Angriff aufs Bargeld S. 7

Preußische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

Unabhängige Wochenzeitung für Deutschland

Nr. 36 – 8. September 2012

Einzelverkaufspreis: 2,40 Euro

C5524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE





Unter starkem politischen Druck: Kippen die Verfassungsrichter den ESM, stehen die Euro-Retter vor dem Nichts Bild: Ronald Wittek/dapd

Verrät uns auch Karlsruhe?

Staatsstreich: Parlament hat Deutsche bereits schutzlos dem ESM ausgeliefert

Tritt der Euro-Rettungsfonds ESM in Kraft, dann verliert der Bundestag de facto sein Budgetrecht und wird somit machtlos, denn eine ESM-Obergrenze ist nicht existent.

Gebannt blicken nicht nur die Deutschen am kommenden Mittwoch gen Karlsruhe. Dort entscheidet an jenem Tag das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) über die Eilanträge gegen den „Europäischen Stabilitätsmechanismus“ (ESM).

Trotz mehr als einjähriger Diskussion dürfte Millionen von Bürgern nocht immer nicht klar sein, was dort auf dem Spiel steht. Das ist vor allem der geschickten Vorgehensweise der Bundesregierung und der rot-grünen Opposition zu verdanken, die es geschafft haben, die Deutschen über den brisanten Kern des „Rettungsschirms“ ESM hinwegzutäuschen.

Die deutsche Haftung für zu „rettende“ Euro-Länder sei streng begrenzt, heißt es. Und: Die Demokratie, vor allem das Mitbestimmungsrecht der Deutschen über ihr Geld, bleibe bestehen.

Beides ist falsch. Laut Vertrag kann das ESM-Führungsgremium beliebig Geld bei den Euro-Ländern einfach abrufen. Die „Obergrenze“ von 700 Milliarden Euro, von denen schon so mehr als 192 Milliarden auf Deutschland entfallen, kann durch Tricks im Vertrag jederzeit angehoben werden. Und Deutschland kann sich gegen die Forderungen nicht mehr wehren.

Damit fällt auch das zweite Versprechen: Das wichtigste Recht des Parlaments, seine Herrschaft über den Steuersäckel, wird ihm de facto genommen. So machtlos, wie es der Bundestag dann sein wird, war (mit Ausnahme von NS-Zeit und DDR) kein deutsches Parlament seit der Gründung des Deutsches Reiches 1871.

Lizenz zum Gelddrucken ist längst erteilt

Von Berlin aus werden die Deutschen mit Spiegelfechtereien bei Laune gehalten und abgelenkt: Sie sei strikt dagegen, dass der ESM eine „Banklizenz“ erhalte, mit der er sich grenzenlos Geld bei der Europäische Zentralbank (EZB) holen könne, tönt die Kanzlerin. Eine derartige Erweiterung des ESM-Mandats sei mit ihr nicht zu machen. Doch Merkel weiß: Bereits im vorliegenden Vertrag ist die „Banklizenz“ längst vorhanden, nur etwas verklausuliert formuliert. Und diesem Vertrag haben Union, FDP, SPD und Grüne im Juni im Bundestag zugestimmt. Die wenigen Gegenstimmen, angeführt von Klaus-Peter Willsch (CDU), Frank Schäffler (FDP) und Peter Gauweiler (CSU), waren einsame Rufer in der Wüste.

Bislang hat sich das BVerfG keinem der Euro-Abenteuer in den Weg gestellt, auch wenn ihre verfassungspolitischen Konsequenzen bereits bedenklich waren. Diesmal müssten die Richter endgültig „Stopp“ rufen. Lassen sie auch diese Chance verstreichen und winken den ESM-Vertrag mit ein paar blutleeren Ermahnungen durch, stehen die Deutschen einem neuartigen Staatsstreich gegenüber, gegen den sie kein Organ der Republik mehr schützt. Eine niederschmetternde Erfahrung, auf die das Volk dann selbst eine Antwort finden muss. *Hans Heckel*

JAN HEITMANN:

Nur Taktik

Drei Jahrzehnte ist es her, dass Helmut Kohl ins Kanzleramt einzog und uns eine „geistig-moralische“ Wende versprach. Auf diese Wende warteten seine Wähler vergebens, doch hat er unser Land über seine Regierungszeit hinaus geprägt. Als „Kanzler der Einheit“ und „Architekt des Hauses Europa“ genießt er bei vielen noch immer hohes Ansehen. Das will sich nun die CDU zunutze machen, indem sie den Altkanzler in den kommenden Wochen bei Festakten und Veranstaltungen hochleben lässt. Anlass ist der Regierungswechsel vor 30 Jahren, bei dem Helmut Schmidt aus dem Amt gejagt wurde. Kurios: Der Verlierer von damals wird heute wie ein Popstar gefeiert, während es um den Gewinner schon lange ruhig geworden ist. Aber „Kanzler der Einheit“ ist eben nur einer. Dabei hat Kohl 1989/90 lediglich erkannt, dass es besser ist, auf die Lok eines anfahrenden Zuges aufzuspringen, als später vom letzten Wagen überrollt zu werden. So hat er seinem Zeitplan alles andere untergeordnet. Gleiches gilt für seine Rolle bei der Einführung des Euro.

Während Kritik am „Kanzler der Einheit“ einem Tabubruch gleichkommt, mehren sich sogar in den Reihen der CDU die Stimmen, die an dessen unrühmliche Versäumnisse bei der Einführung der Gemeinschaftswährung erinnern. Dem wirkt Angela Merkel, seine Nachfolgerin in Partei- und Staatsamt, mit seiner Hofierung entgegen. Zudem bedient sie Kohls Anhängerschaft, die sich von ihr vernachlässigt fühlt. Und nicht zuletzt nimmt sie Kohl bei seiner Kritik an ihrer Euro-Politik den Wind aus den Segeln. Die Hinwendung der Partei zu ihrer einstigen Lichtgestalt ist also kein Ausdruck wieder erwachter Zuneigung, sondern politischer Taktik.

Kriegsgebiet Deutschland

Berliner Salafist droht Regierung – Bundeskriminalamt alarmiert

Die Bedrohung der inneren Sicherheit Deutschlands durch den Salafismus nimmt laut dem Bundeskriminalamt (BKA) konkrete Formen an. Der Berliner Salafistenführer Denis Cuspert, früher als Rapper Deso Dogg bekannt, hat sich in einem Videofilm direkt an „Merkel, Innenminister und Außenminister“ gewandt und angekündigt, den Dschihad nach Deutschland zu bringen. Der Islamist, gegen den unter anderem wegen Volksverhetzung ermittelt wird, soll sich derzeit mit zahlreichen gewaltbereiten Anhängern in Ägypten aufhalten. Das Terrornetzwerk Al-Kaida soll nach Erkenntnissen des BKA Kontaktpersonen dorthin entsandt haben, um Attentäter für Anschläge in Westeuropa zu rekrutieren. Diese sollen in Ausbildungslagern das Terrorhandwerk erlernen, dann im syrischen Bürgerkrieg und bei Terroraktionen im Nahen Osten „Kampferfahrung“ sammeln und schließlich nach Deutschland zurückkehren. Hier würden sie dann erworbenes Wissen und Fähigkeiten vermutlich als Selbstmordattentäter anwenden. Das BKA befürchtet eine Ausreisewelle von Dschihadisten, die später auf diese Weise den heiligen Krieg gegen Deutschland führen könnten.

Terrorausbildung in Ägypten

Was dies bedeutet, erklärt Cuspert in seiner Videobotschaft, die offenbar in der Nähe des Kölner Doms gedreht wurde: „Ihr werdet nicht mehr in Sicherheit leben. Ihr setzt Millionen und Milliarden ein für den Krieg gegen den Islam. Und deshalb ist dieses Land hier, die Bundesrepublik Deutschland, ein Kriegsgebiet“. Das BKA sieht das Video als Alarmsignal. Laut BKA-Präsident Jörg Zielke nehmen die Sicherheitsbehörden die Drohung „sehr ernst“, denn das Video enthalte erste Hinweise darauf, dass jemand sich tatsächlich entschlossen habe, möglicherweise als Märtyrer zu sterben. *Jan Heitmann*

»Die Deutschen ausbremsen«

Polnische Nationalisten wollen Rechte der Volksgruppe beschneiden

Ein neuer Nadelstich gegen die deutsche Volksgruppe in der Republik Polen: Die Partei „Solidarisches Polen“ (SP) will die Zahl der Gemeinden drücken, in denen Deutsch als Amtssprache gebraucht werden kann. „Es geht uns darum, die Expansion der deutschen Minderheit in der Woiwodschaft Oppeln sowie deutsche Namengebung für polnische Ortschaften auszubremsen“, sagte Patryk Jaki, Pressesprecher der im Warschauer Sejm vertretenen rechten Abspaltung der nationalkonservativen Kaczynski-Partei PiS.

Die Pläne der SP sehen eine für die Deutschen nachteilige Abänderung des Minderheitenschutzgesetzes vor: Künftig sollen aus dem Verzeichnis der Gemeinden, in denen Deutsch als zusätzliche Amtssprache verwendet wird, diejenigen gestrichen werden, in denen der deutsche Bevölkerungsanteil unter 20 Prozent gesunken ist. Die Folge wäre ein quasi automatisches Erlöschen des deutschen Ortsnamens. „Genau wegen der zweisprachigen Ortsnamen entstand diese Idee“, erklärte der Sprecher in schöner Offenheit.

»Wir haben polnische Interessen«

Das Gesetz sah auch bisher schon eine 20-Prozent-Hürde vor, bevor Ortschilder mit deutschen – oder auch litauischen oder kaschubischen – Namen aufgestellt und Minderheitensprachen verwendet werden durften. Die Pläne der Nationalisten vom „Solidarischen Polen“ sehen vor, die Einhaltung des 20-prozentigen Bevölkerungsanteils gesetzlich auch für die Zukunft vorzuschreiben. Die Partei unter Führung des früheren Justizministers Zbigniew Ziobro hat die Gesetzesnovelle bereits in den Sejm eingebracht.

Wie Jaki unterstrich, entstand die Novelle extra wegen der Deutschen im Oppelner Land: Diese betrieben eine „expansive Politik“. „Das wollen wir aufhalten. Wir sind Polen und haben polnische Interessen.“ *CR*

MELDUNGEN

Friedenseiche als Gewaltopfer

Rostock – Der zum 20. Jahrestag der ausländerfeindlichen Krawalle in Rostock-Lichtenhagen gepflanzte Baum ist nun selbst Opfer eines politisch motivierten Anschlags geworden. Eine linke Aktionsgruppe names „AG Antifaschistischer Fuchsschwanz“ hat die Friedenseiche nur wenige Tage später wieder abgesägt. Der junge Baum hätte für „Deutschtümelei und Militarismus“ gestanden. Da solche Bäume während der NS-Zeit als „Hitlereichen“ gepflanzt worden seien, sei so etwas ein Schlag ins Gesicht für die damals betroffenen Ausländer. Die Stadt Rostock kündigte unterdessen an, in der Plattenbausiedlung einen neuen Baum zu pflanzen. *tws*

Scharia-Banking made in Germany

Frankfurt am Main – In den nächsten Wochen will die Bank Kuveyt Türk bei der deutschen Bankenaufsicht Bafin eine Zulassung für den Bankbetrieb in Deutschland beantragen. Dies ist insoweit beachtenswert, als die Istanbuler Bank eine sogenannte Schariabank ist und sich an das Zinsverbot im Koran hält. Da in Deutschland vier Millionen Moslems leben, erhofft sich Kuveyt Türk die Erschließung eines neuen Marktes. Doch Steuerfragen stellen die Bank vor ernste Probleme. So wird das Zinsverbot des Korans derart umgesetzt, indem bei einer Immobilienfinanzierung die Bank das vom Kunden gewünschte Haus kauft und der Kunde dieses dann mit Aufpreis später abkauft. In Deutschland fallen so aber zweimal Grunderwerbssteuern in Höhe von rund vier Prozent des Kaufpreises an, was die Kosten stark erhöht. Auch passt die Idee der Einlagensicherung nicht in das System einer Schariabank, da es nach islamischem Recht keine risikofreien Anlagen geben darf. Abgesehen von diesen organisatorischen Details haben Marktstudien ergeben, dass deutsche Muslime kein Interesse an schariakonformen Bankprodukten haben. *Bel*

Nicht jedes Jahr ein Fernseher

Neue Berechnungen der Inflation offenbaren ernüchternde Entwicklung der Realeinkommen

Deutschland ist der große Profiteur des Euro – kaum eine öffentliche Debatte vergeht, in der nicht diese Behauptung aufgestellt wird. Die Forderung, die Deutschen sollten nun im Gegenzug Solidarität zeigen, folgt meist auf dem Fuße. Die Schweizer Bank UBS hat nun untersucht, wo tatsächlich die größten Gewinner und Verlierer seit der Einführung der europäischen Gemeinschaftswährung zu finden sind.

Unter die Lupe genommen hatten die Analysten der UBS die Entwicklung der Realeinkommen, also dem, was nach dem Abzug von Steuern und unter Berücksichtigung der Inflationsraten übrigbleibt. Das Resultat der Untersuchung lässt von der mittlerweile immer häufiger aufgestellten Behauptung, die Südeuropäer seien die Verlierer der Währungsunion, nicht viel übrig – zumindest nicht, was den Zeitraum von 2000 bis 2010 angeht. Ausgerechnet die ärmsten zehn Prozent der Österreicher waren es, die mit einem Minus von 35 Prozent die größten Realeinkommensverluste unter dem Euro schultern mussten. Massive Einbußen hatte der UBS zufolge aber auch die Mittelschicht in Österreich, Deutschland, Frankreich, Irland und sogar in Italien zu erleiden.

Die großen Gewinner der Währungsunion waren noch bis zum Jahr 2010 in traditionellen Weichwährungsländern im Süden Europas zu finden: in Griechenland, Spanien und Portugal. Dort fielen auch nach Einführungen des Euro die Lohnzuwächse so massiv aus, wie dies in der Vergangenheit aufgrund hoher Inflationszahlen üblich war. Gleichzeitig sorgte der Euro – zumindest aus Sicht dieser Länder – aber für sinkende Inflationszahlen. Das Resultat waren reale Einkommenszuwächse für breite Bevölkerungsteile, die selbst bei den untersten Einkommensschichten einen steigenden Lebensstandard zur Folge hatten.

Griechen hatten Lohnzuwächse wie zu Drachme-Zeiten

Dass die UBS zu Befunden kommt, die so gänzlich anders lauten als das, was üblicherweise über die Vorteile des Euro verbreitet wird, hat einen einfachen Grund. Statt der offiziellen Teuerungsraten wurden für die Analyse eigene Berechnungen angestellt, die näher am Lebensalltag der Normalbürger liegen. Statt eines statistischen Standard-„Warenkorbs“ wurde das Kaufverhalten verschiedener Einkommensschichten separat untersucht. Mit gutem Grund: Tatsächlich sind viele technische Güter wie etwa Computer oder TV-Geräte in den letzten Jahren oft beträchtlich im Preis gefallen – nur sie werden von Normal- und Geringverdienern bei weitem nicht so häufig angeschafft, wie dies üblicherweise in die Inflationsstatistiken einfließt. Untergewichtet ist dagegen häufig alles, was für die Masse der Normalbürger lebensnotwendig ist und vor allem von beträchtlichen Preissteigerungen betroffen war. Während viele Österreicher und Bundesdeutsche die gesunkenen Realeinkommen und die nachlassende Kaufkraft nach Einführung des Euro im Alltag durch einen sinkenden Lebensstandard zu spüren bekommen haben, sieht dies bei den Verlusten, die von der Inflation beim Vermögensaufbau verursacht werden, häufig noch anders aus. Dass mit

Am Ende stehen große Inflation und Währungsreform

klassischen Anlageformen wie Sparbuch oder Festgeld mittlerweile weder Vermögen geschützt noch gar aufgebaut, sondern schleichend vernichtet werden, ist der breiten Masse der Bevölkerung noch immer nicht bewusst. Wenig beachtet wird, dass die Realzinsen – das heißt die nominale Verzinsung abzüglich der Inflationsraten – mittlerweile im Normalfall im negativen Bereich liegen. Die Opfer, die so ungefragt von Verbrauchern über hohe Preise oder von Sparern über negative Zinsen abverlangt werden, drohen allerdings auf lange Sicht noch wesentlich größer zu werden. Von EZB-Präsident Mario Draghi sind inzwischen „außergewöhnliche Maßnahmen“ angekündigt. Letztendlich geht es dabei um nichts anderes, als dass die EZB noch stärker als bisher in den Ankauf von Anleihen von Staaten wie Italien oder Spanien einsteigt. Langfristig drohen damit die Steuerzahler auf Verlusten sitzen zu bleiben, wenn sich die angekauften Anleihen in der Bilanz der EZB als wertlos herausstellen sollten.

Noch viel schneller könnte allerdings ein anderes Risiko zur Realität werden. „Wenn Zentralbanken Staatsanleihen kaufen, geraten die Staatshaushalte zwangsläufig außer Kontrolle, weil es keine Begrenzungen mehr gibt. Eine Umkehr ist gut wie ausgeschlossen. Die Schulden wachsen in den Himmel und am Ende steht die große Inflation“, so der FDP-Finanzexperte Frank Schäffler gegenüber der *PAZ*. Dabei besteht die Gefahr, dass es nicht nur bei einer steigenden Inflation bleiben wird. Auf ein Phänomen, das sich ziemlich regelmäßig im Zusammenhang mit der Finanzierung von Staatsschulden per Druckerpresse einstellt, hat Felix Zulauf, einer der weltweit renommiertesten Vermögensverwalter, in einem Interview mit dem „Handelsblatt“ aufmerksam gemacht: Finanziert eine Notenbank über ein Drittel des Staatshaushaltes, kommt es im Schnitt nach fünf Jahren zu einer Währungsreform, so Zulauf. *Norman Hanert*



Sparen ist angesagt: Geringe Realeinkommen schwächen den Wohlstand Bild: T. Silz/dapd

Die Schulden-Uhr:
Rechenspiele in Berlin

Da niemand gerne spart, denkt das Bundesfinanzministerium über „Einnahmeverbesserungen“ nach, wie das weitere Schröpfen des Steuerbürgers so schön euphemistisch im Politikerdeutsch heißt. 9,9 Milliarden Euro brächte gemäß den Berechnungen des Ministeriums die Anhebung des Regelsteuersatzes der Umsatzsteuer von 19 auf 20 Prozent, zwei Milliarden die Anhebung des Steuersatzes der Körperschaftssteuer um einen Prozentpunkt sowie 1,3 Milliarden die Anhebung des Spitzensteuersatzes der Einkommensteuer und der sogenannten Reichensteuer um einen Punkt. Die Anhebung der Energiesteuer auf Benzin und Diesel um einen Cent würde 700 Millionen Euro führen. *M.R.*

2.049.632.689.982 €

Vorwoche: 2.048.793.445.356 €
Verschuldung pro Kopf: 25.057 €
Vorwoche: 25.046 €

(Dienstag, 4. September 2012, Zahlen: www.steuerzahler.de)

Bundesheer bald Berufsheer?

Österreich: Volk soll zum Erhalt der Wehrpflicht befragt werden

Österreichs innenpolitische Szene war im Sommer geprägt vom allmählich langweiligen Aufdecken wirklicher oder auch nur behaupteter Korruptionsfälle. Doch im August gab es dann auch zwei echte Aufregerthemen: Die Ankündigung von Magna-Gründer Frank Stronach, im September eine eigene Partei gründen zu wollen, und die Forderung von Niederösterreichs Landeshauptmann Erwin Pröll (ÖVP) nach einer Volksabstimmung über die Wehrpflicht.

Der Schritt des als Franz Strohsack in der Steiermark geborenen „Austro-Kanadiers“ Stronach kam nicht ganz überraschend, denn bereits im Frühjahr hatte er in mehrseitigen Inseraten eine „Revolution für Österreich“ gefordert. Der Bekanntheitsgrad Stronachs, der 2010 seine Magna-Anteile verkaufte und 2011 als Magna-Präsident zurücktrat, ist jedenfalls enorm. Denn mit der Magna-Europazentrale und mehreren Produktionsbetrieben hatte er zahlreiche neue Arbeitsplätze geschaffen, sich als Sponsor von Fußball und Reitsport und als Kunst-Mäzen betätigt und mehrere Politiker von SPÖ, ÖVP, FPÖ und BZÖ nach Ausscheiden aus ihren Ämtern im Konzern selbst oder als Aufsichtsräte und Berater beschäftigt.

Die formale Hürde für das Antreten der Partei bei den Parlamentswahlen 2013 ist schon genommen. Denn Alternative zum mühsamen Sammeln von Unterstützungserklärungen aus allen

Stronachs neue Partei verunsichert etablierte Politiker

Bundesländern ist die Unterstützung von mindestens drei Nationalrats-Abgeordneten, und die hat Stronach bereits – von Dissidenten aus SPÖ und BZÖ. Dass er es auch ins Parlament schafft, gilt als sicher, offen ist nur, wen das Mandate kosten wird. Vielleicht ist eine Regierung dann nur noch als Dreierkoalition möglich.

Dies gilt insbesondere angesichts der Schwäche der ÖVP, die durch Pröll noch offensichtlicher wurde. Denn sein Vorstoß kam ohne Wissen von Parteiobmann und Vizekanzler Michael Spindelegger und erschütterte das bisher klare Bekenntnis der ÖVP zur Wehrpflicht. Pröll folgte damit seinem roten Wiener Amtskollegen Bürgermeister Michael Häupl, der mit einem ähnlichen Vorstoß 2010 die SPÖ-Linie zur Wehrpflicht umdrehen konnte. Und so zeigte sich wieder einmal, dass die mit gewaltiger Hausmacht ausgestatteten „Landesfürsten“ der zwei wichtigsten Bundesländer eine Art Schattenregierung darstellen.

Statt der geforderten Volksabstimmung haben sich SPÖ und ÖVP nun auf eine bloße Volksbefragung geeinigt – deren Ergebnis aber „bindend“ sein soll. Die Regierungsparteien hoffen offenbar, damit das undankbare Thema Wehrpflicht aus dem Wahlkampf heraushalten zu können. Die Volksbefragung dürfte laut Umfragen aber knapp ausgehen, denn in weiten Landesteilen außer in Wien überwiegen die Sympathien für ein Bundesheer als Volksheer. Entgegen populistischen Behauptungen würde jedenfalls ein Berufsheer hohe Mehrkosten bringen, und etliche Organisationen, die bisher Zivildiener einsetzten, würden in teils existentielle Probleme geraten. *R. G. Kerschhofer*

Kontext statt Flucht

Vertriebenenzentrum legt Konzept vor

Der Stiftungsbeirat der Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung hat einstimmig eine Konzeption für die Stiftungsarbeit verabschiedet. Sie wurde in die Sprache der ehemaligen Besatzungsmächte der Bundesrepublik und deren tschechischer und polnischer Verbündeter übersetzt.

Die meisten werden die Stiftung wegen der geplanten Dauerausstellung im Dokumentationszentrum besuchen und so kommt dieser eine besondere geschichtspolitische Bedeutung zu. Kernstück dieser Dauerausstellung soll neben dem „Prolog“, der „Empathie für alle von Zwangsmigration betroffenen Menschen wecken“ und dem ersten Raum, der einen „inhaltlichen und geografischen Überblick über das Thema“ bieten soll, der sogenannte Chronologische Rundgang darstellen. Entsprechend der politischen Vorgabe die Vertreibung der Deutschen in den historischen Kontext zu setzen, wird sie nur in einem von insgesamt sieben Gliederungspunkten thematisiert. Diese lauten: (1) Das Prinzip des ethnisch homogenen Nationalstaats und der Zerfall der Vielvölkerimperien am Ende des Ersten Weltkriegs; (2) Mehr- und Minderheiten zwischen den Weltkriegen; (3) „Volksgemeinschaft“, Antisemitismus und „Lebensraum im Osten“: Zentrale Bestandteile des Nationalsozialismus; (4) Der Zweite Weltkrieg (Besatzungsterror, Zwangsmigration und Völkermord als Teil der NS-Herrschaft; Das „ethnische Regime“ der stalinistischen Sowjetunion; Evakuierung und Flucht der deutschen Zivilbevölkerung); (5) Die Vertreibung der Deutschen und die Neuordnung Europas (Der Weg zur Potsdamer Konferenz; „Wilde Vertreibungen“; Zwangsaussiedlungen; Deportation, Internierung und Vertreibung in Südosteuropa); (6) Flüchtlinge und Vertriebene in Deutschland und in Europa nach 1945: Strategien, Konflikte und Erfolge von Integrationsprozessen (Ankunftserfahrungen; Zwischen Integration und Assimilation: Flüchtlinge und Vertriebene in beiden deutschen Teilstaaten; Versöhnungsinitiativen) (7) Nach 1989: Auf dem Weg zu einer europäischen Erinnerungskultur? *M.R.*

Aussteller sprechen von »Zwangsmigration«

(Siehe auch Seite 11)

Inszenierte Empörung

Von THEO MAASS

In Berlin-Wilmersdorf steht die russisch-orthodoxe „Erlöser-Kathedrale“. Dort sollte am vorvergangenen Wochenende eine auf Facebook organisierte Protestveranstaltung gegen die Verurteilung der drei jungen Damen der Punkformation „Pussy Riot“ in Russland stattfinden. Die hatten mit einem „Punkgebet“ in einer Moskauer Kirche den Gottesdienst gestört und wollten ihre Aktion als politische Demonstration wahrgenommen sehen.

Die weltweite Empörung sei riesengroß, schreiben die meinungsführenden Blätter dieses Landes. Es mag sein, dass es in Deutschland und in anderen Staaten der Welt inzwischen möglich ist, religiöse Gefühle von Gläubigen zu verletzen und sie lächerlich zu machen. Die alternde und inzwischen auch politisierende „Pop-Diva“ Madonna gefiel sich in früheren Jahren auch mit provokanten – von vielen als abstoßend empfundenen – Auftritten, um sich öffentliche Aufmerksamkeit zu verschaffen. Aber in Ländern, in denen religiöse Gefühle geschützt werden, ist das anders. Das sollte in Deutschland respektiert werden.

Auf Facebook war zu lesen, bis zu 90 Teilnehmer hätten ihr Kommen angekündigt. Das ist nicht gerade viel. „Kommt mit bunten Wollmützen über dem Kopf zur Russisch-Orthodoxen Kathedrale Berlin und sprecht euer Gebet zu Ehren der verurteilten Pussy Riot“, hieß es in dem Internet-Portal. Groß war die Vorberichterstattung. Danach war gar nichts mehr zu lesen. Nanu? Reicht Wladimir Putins Arm bis zu uns? Ist die veröffentlichte Empörung über die Verurteilung von „Pussy Riot“ im Speziellen und die Wiederwahl Wladimir Putins im Allgemeinen etwa abgeebbt? Die Antwort darauf konnte der aufmerksame Radiohörer in einer kleinen Meldung des Radio-Regionalprogramms des öffentlich-rechtlichen Senders RBB am späten Nachmittag erfahren. Es war niemand da. Nicht ein einziger Demonstrant hatte seine auf Facebook gegebene Zusage eingelöst. Im Radio lamentierte ein Redakteur. In Köln waren an dem Wochenende immerhin drei Randalierer gekommen, die im Dom einen Gottesdienst störten, um Solidarität mit „Pussy Riot“ zu zeigen.

So drängt sich der Verdacht auf, dass die Meinungsindustrie gelegentlich versucht, Kampagnen in Szene zu setzen, die mit der Befindlichkeit der Menschen nichts gemein haben. Wer empörte sich über Thilo Sarrazins „Deutschland schafft sich ab“? Die Medien, nicht die Bürger, das Buch war ein Renner. Wer wollte am Beispiel Nadja Drygallas die Sippenhaftung in Deutschland wieder einführen? Ist die Bestrafung „Pussy Riot“ gar ebenfalls so ein angeblicher „Aufreger“, der bloß in den Medien stattfindet?

Fakten geschönt und bemäntelt

Berlin stellt »Kriminalitätsaltas« vor: Wie man die Wahrheit hinter Zahlenbergen versteckt



Aufbaugeneration trifft blinde Zerstörungswut: In Berlin-Lichtenberg passiert eine ältere Frau zwei völlig durch Brandstiftung zerstörte Autos

Bild: pa

Eine neue Statistik soll Verbrechensgefahren für den Einzelnen kleinrechnen – Tabus und bunte Balken statt Klartext.

Ein völlig neuer Kriminalitätsatlas für Berlin verwirrt mehr, als dass er aufklärt. Das Papier enthält einigen Sprengstoff: Einbrüche nehmen wegen reisender Banden stark zu. In bestimmten Kiezen ist die Wahrscheinlichkeit, Opfer von Raub und Gewalt zu werden, hoch. Was der Bericht versteckt: Von den immer jünger werdenden Tätern haben 68,4 Prozent einen Immigrationshintergrund, die Zahl linker Straftaten einschließlich Gewalt ist hoch, auch die Gewalt gegen die Polizei alarmiert. Doch das Schönreden durch die Politik bleibt Programm.

„Kriminalitätsbelastung in öffentlichen Räumen (Kriminalitätsatlas) Berlin 2011“, so der Titel des erstmals von Berlins Polizeipräsidentin vorgestellten Werks mit absoluten Zahlen und prozentualen Entwicklungen zu 17 Arten von Straftaten. Der Atlas macht Aussagen zu Raub, Körperverletzung, Bedrohung, Nötigung, Diebstahl, Brandstiftung, Sachbeschädigung und Drogendelikten für die Jahre 2006 bis 2011, die für den Zeitraum speziell aufbereitet wurden, sodass „Aussagen über regionale Schwerpunkte beziehungsweise auffällige Entwicklungen enthalten“ sind, wie das Vorwort verheißt, außerdem Empfehlungen.

Gegenmaßnahmen der Polizei stellt der Atlas ebenso vor und führt so Statistik und politische Reaktionen zusammen. Wer aber auf nachvollziehbare Strategien hofft, wird rasch enttäuscht: Eine Bewertung nach gleichen Kriterien für jeden Ortsteil lehnen die Macher als „nicht mehr zu rechtfertigenden Arbeitsaufwand“ ab. Das liegt vor allem an der regelrechten Besessenheit des Atlas von Häufigkeitszahlen. Das Werk soll nämlich eine Art Gefahrenatlas für den Bürger sein. Diese sogenannten Kennzahlen geben Bürgern vermeintlich Anhaltspunkte, wie groß oder besser gering das Risiko ist, an einem bestimmten Ort Opfer zu werden.

Auch „kiezbezogenen Straftaten“ widmet der Atlas viel Raum. Doch Politik und Polizeiführung ruderten zur Premiere der mithilfe der Polizeilichen Kriminalitätsstatistik erhobenen Werte gleich zurück. Die amtierende Polizeipräsidentin Margarete Koppers: „Es gibt in Berlin keine No-go-Areas!“ – will heißen, Polizei und Politik haben alles unter Kontrolle, keine Gegend ist zu meiden.

> Polizeipräsidentin: »Es gibt keine No-Go-Areas«

Auffällig ist aber laut Bericht, „dass einige Ortsteile über die Jahre und zu unterschiedlichen Delikten immer wieder zu den Ortsteilen mit der höchsten Häufigkeitszahl zählen“. Spandau, Tiergarten und Mitte sind im Vergleich zur Einwohnerzahl am stärksten belastet. Die Kieze Wedding und Neukölln, soziale wie ethnische Brennpunkte, sind demnach am zweitstärksten betroffen. „Raub ist ein jugendtypisches Delikt und Neukölln einer der Ortsteile mit dem geringsten Durchschnittsalter der Einwohner“, heißt es zum dortigen Raub und Straßenraub lapidar. Das Papier verklappt „Raubtaten zulasten von Geschäften“ im Nebensatz. Wo keine Einkaufszentren sind, fehlten eben die Ladendiebe, so die allgemeine Schlussfolgerung zu „Einzelhandelsstrukturen“.

Nicht nur Geschäftsleuten könnte das wie Hohn vorkommen: Zu den grassierenden Brandstiftungen in der Stadt schreiben die Autoren des Atlas: „Die gemäß der Höhe der Fallzahlen unbedeutendste der 15 betrachteten Deliktgruppen stellt die Brandstiftung dar. Die gut 1300 Fälle machen nur 0,3 Prozent der Straftaten insgesamt aus.“ Im Gegenzug mengt der Atlas für den Bürger wenig bedrohungsrelevante häusliche Gewalt und Verwahrlosung den Kieztaten unter, trotzdem gilt: „40 Prozent der kiezbezogenen Straftaten sind Körperverletzungen.“

Schwer nach Betriebsblindheit klingen auch Satzverbindungen wie: „In Neukölln und Gesundbrunnen geht ein junges Durchschnittsalter der Wohnbevölkerung auch mit einem hohen Migrantenanteil einher, der sich aus der positiven kulturellen Durchmischung der Bevölkerung Berlins ergibt. Der Anteil von Tatverdächtigen mit Migrationshintergrund an allen Tatverdächtigen unter 21 Jahren liegt zum Raub bei 68,4 Prozent“ – 68,4 Prozent Anteil bei den Raubdelikten als Ausfluss einer „positiven kulturellen Durchmischung“.

Die empfohlenen Gegenmaßnahmen erschöpfen sich in „Kräftesteuerung“ und „Lageauswertung“, man zählt „konfliktmindernde Maßnahmen“ im Mauerpark auf und den „Präventionsansatz Zivilcourage“. Für 14-jährige Erstdrogenkonsumenten empfiehlt der Atlas aufklärende Faltblätter.

Verbrechensschwerpunkte begründet die Studie unter anderem mit Tourismus und Großveranstaltungen. Lokal teils deutlich überhöhte Werte für Wohnungseinbruch oder Taschendiebstahl werden ebenfalls als Folge des Tourismus bemäntelt. Dabei haben Einbrüche deutlich mehr zugenommen als der Fremdenverkehr. Soll hier von hausgemachten Verwerfungen abgelenkt werden?

Der zunehmende Diebstahl treibt die Gesamtzahlen besonders nach oben. Gut 213 000 Fälle 2011 und damit rund 43 Prozent aller Straftaten macht dieser Bereich aus – fünf Jahre zuvor trug Diebstahl nur zu gut 37 Prozent des Gesamttataufkommens bei. Verrohung und schwindender Respekt vor Staat und Gesetz treten auch bei der massiven Gewalt gegen Polizisten zutage. In der Studie bleibt dies jedoch unerwähnt, ebenso die Gefahren aus politischer Gewalt: 397 politische Gewalttaten sind laut Polizeistatistik auf linksextreme Täter zurückzuführen, 61 auf rechtsextreme. *Sverre Gutschmidt*

Seenlandschaft wird teuer

Rechnungshof rügt Brandenburg – Sachsen weit sparsamer

Um ein Beispiel reicher wird die Liste der Brandenburger Großprojekte, bei denen die Kosten aus dem Ruder laufen: Der Bau eines schiffbaren Kanals im Lausitzer Seenland ist es diesmal, der ins Visier des Brandenburger Rechnungshofs geraten ist. Von einst geplanten 6,5 Millionen Euro sind die Kosten über 30 Millionen im Jahr 2011 auf inzwischen 51 Millionen Euro geklettert.

Der zunehmend kostspieliger werdende Kanal ist Teil eines großen Renaturierungsprojekts von ehemaligen Braunkohletagebauen, bei dem im südlichen Brandenburg und im Nordteil Sachsens die größte künstliche Seenlandschaft Europas entstehen soll. Endziel ist ein Touristengebiet mit 23 Seen und 13 000 Hektar Wasserfläche, wobei zehn der Seen mit schiffbaren Kanälen verbunden werden sollen. Der von den Landesrechnungsprüfern kritisierte Kanalbau zwischen dem Senftenberger See und dem Geierswalder See ist lediglich einen Kilometer lang.

Umso erstaunlicher die Kostenexplosion: Bis zur Eröffnung soll der Überleiter etwa achtmal teurer sein als anfangs veranschlagt, so die „Potsdamer Neuesten Nachrichten“. Auch bei einem zweiten schiffbaren Kanal, der den Sedlitzer mit dem Großräschener See verbinden soll, wird statt der kalkulierten zwölf Millionen Euro mittlerweile mit Baukosten in Höhe von 46,9 Millionen gerechnet. Während die zuständigen Planer „höhere Gewalt“ wie Starkregen und Hochwasser als Kostentreiber geltend machen, sieht der Rechnungshof ganz andere Ursachen: mangelhafte Planungen und Bauvorbereitungen.

> Luxuswünsche ließen die Kosten explodieren

Kritiker haben einen anderen Grund ausgemacht: Eine „Luxus-Ausstattung“ der Schiffswege – zumindest was den Brandenburger Teil des zusammen mit Sachsen vorangetriebenen Renaturierungsprojekts angeht. Zusätzliche Wünsche hätten beispielsweise die Stadt Senftenberg und der Zweckverband Lausitzer Seenland Brandenburg (LSB) erfüllt bekommen. Bestellt wurde etwa eine Kommunalstraße neben dem Kanal und ein Großparkplatz am Senftenberger See.

Dass es auch wesentlich sparsamer geht, beweist Sachsen: Auf wünschbare, aber kostspielige Extras wurde dort von vornherein verzichtet. Für Brandenburg könnte das Resultat der Misswirtschaft bedeuten, dass die beiden Kanäle statt geplanter 29 Millionen Euro am Ende mehr als 98 Millionen Euro Steuergelder kosten werden. *Norman Hanert*

Umzug gefordert

Platzeck: Alle Ministerien nach Berlin

Brandenburgs Ministerpräsident Matthias Platzeck (SPD) fordert den vollständigen Umzug der Bundesregierung nach Berlin. Er schließt sich damit dem Bundesrechnungshof an, der im Juni den kompletten Umzug aller Ministerien vorgeschlagen hatte. Dies würde nicht nur Kosten sparen, sondern auch der Effizienz dienen.

Die Teilung des Regierungssitzes in Berlin und Bonn verschlingt erhebliche Summen an Steuergeldern. In dem Vertrag vom 25. August 1992 ging es um den Ausbau Berlins zum künftigen Parlaments- und Regierungssitz sowie die Aufgabenverteilung zwischen der alten Bundeshauptstadt Bonn und der neuen. Von den 14 Bundesministerien haben sechs noch immer ihren ersten Hauptsitz in Bonn, Tausende Regierungsbeamte arbeiten dort.

> Teilung mit Bonn teuer und ineffizient

Manche Minister mit Hauptsitz Bonn sind wochen- oder gar monatelang nicht an ihrem ersten Dienstsitz zu sehen, weil sie sich in Berlin aufhalten. Der Bund der Steuerzahler schätzt die Kosten des doppelten Regierungssitzes auf 23 Millionen Euro pro Jahr – Dienstreisen, verlorene Arbeitszeit und Transport von 750 Tonnen Akten inklusive. Nicht enthalten sind mögliche politische Schäden durch die umständliche Regierungsführung an zwei Standorten.

Platzeck schlägt vor, die Vereinbarungen von 1992 zu überprüfen. Laut Bundesrechnungshof würde der endgültige Umzug noch einmal beträchtliche Kosten verursachen, kommende Generationen aber würden entlastet, argumentieren die Befürworter des vollständigen Wechsels an die Spree. *Hans Lody*

Moslems wollen Zentralfriedhof

Neuköllns Baustadtrat Thomas Blesing (SPD) klagt: „Die Zukunft der muslimischen Bestattungskultur in Berlin wird derzeit zu Grabe getragen.“ Die Forderung moslemischer Verbände nach einem Bestattungsareal auf dem stillgelegten Flughafen Tempelhof war von der Senatsverwaltung abgelehnt worden. Fazli Altin von der islamischen Föderation sieht darin „eine Missachtung der Muslimischen Gemeinden“. Seit 1988 steht Moslems auf dem Landschaftsfriedhof Gatow ein Gelände zur Bestattung zur Verfügung. Viel zu weit draußen, monieren sie: „Da kann man ja gleich in die Türkei fliegen“, höhnt Bestattungsunternehmer Orhan Aydogdu. Es werden konkret Gräberfelder in Kreuzberg oder Neukölln gefordert. Nun verlangt die Islamische Föderation als Kompromiss „separate muslimische Gräberstätten“ auf christlichen Friedhöfen. Bereits 2010 wurde in Berlin der Sargzwang aufgehoben. Moslems beerdigen lieber in einem Leichentuch. *T.M.*

Zeitzeugen



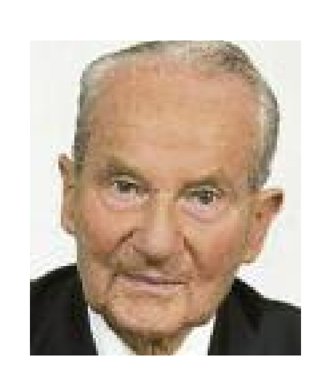
Jutta Sundermann – „Ohne eine spürbare Umverteilung von Reich zu Arm wird Politik künftig keinerlei Gestaltungsspielräume mehr haben", warnt Jutta Sundermann, Mitglied von Attac Deutschland und Initiatorin der Aktion „Um-Fairteilen". Die ehemalige Praktikantin des Hessischen Rundfunks gibt an, aus Zeitgründen auf ein Studium verzichtet zu haben und finanziert sich als selbsternannte Berufsaktivistin über Spenden.

Ulrich Schneider – Der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes gehört neben dem Chef der Gewerkschaft Verdi, Frank Bsirske, zu Sundermanns Aktions-Partnern. Auch dem Erziehungswissenschaftler geht die bisherige Umverteilung in der Gesellschaft nicht weit genug. So sieht er zusätzlichen Investitionsbedarf in den deutschen Wohlfahrtsstaat von über 20 Milliarden Euro.



Paul Kirchhof – 2011 forderte der ehemalige Verfassungsrichter noch, „lasst die Vermögenden in Ruhe", doch vor wenigen Wochen forderte auch der Steuerexperte eine einmalige Vermögensabgabe in Höhe von zwölf Prozent für Millionäre zur Reduzierung der Staatsschulden. Die vom Beamtenbund in Auftrag gegebene Expertenmeinung verwirrte Konservative wie Liberale, als deren Vordenker Kirchhof bisher galt.

Robert Bosch – Seit über 40 Jahren führt eine nach dem Firmengründer benannte unternehmensverbundene Stiftung dessen gesellschaftliches Engagement fort. Mit 92 Prozent der Firmenanteile der Robert Bosch GmbH ausgestattet, floss der Stiftung 2011 ein Ertrag von über 68 Millionen Euro zu, der in über 800 Projekte in den Bereichen Gesundheit, Wissenschaft, Bildung, Kultur und Völkerverständigung investiert wurde.



Reinhard Mohn – „Eigentum verpflichtet", war die Devise des langjährigen und 2009 verstorbenen Vorstandvorsitzenden des Bertelsmann-Verlages. 1977 übertrug er seine Firmenanteile auf die Stiftung, die nun mit den Erträgen sein gesellschaftliches, kulturelles und soziales Engagement fortsetzt. Die Bertelsmann Stiftung versteht sich selbst als Förderin des gesellschaftlichen Wandels und unterstützt das Ziel einer zukunftsfähigen Gesellschaft.

Linke Steuermärchen

Jenseits des Sozialneids: Kaum jemand ahnt, wer in Deutschland die Hauptlast trägt

Zahlen Besserverdiener wirklich kaum Steuern? Könnten höhere Steuern für „Reiche" den Haushalt sanieren? Experten zweifeln an beidem.

Nie nahm der deutsche Fiskus so viel an Steuern ein wie in den Jahren 2011 und 2012. Dennoch schaffte es die Politik nicht, mit dem Geld auszukommen, es mussten neue Schulden angehäuft werden.

Schlimmer noch: Die „Volkswirtschaftliche Einkommensbelastungsquote" stieg 2012 auf 51,7 Prozent von 51,1 im Vorjahr. Das heißt: 51,7 Prozent der Einkommen der Deutschen gingen an die öffentliche Hand. Um 0,1 Prozentpunkte stiegen die Soziallasten, um 0,5 Prozent die Steuern.

Der Bund der Steuerzahler (BdSt) errechnet jährlich den „Steuerzahler-Gedenktag". Bis zu diesem Tag haben die Deutschen theoretisch ausschließlich für den Staat gearbeitet. Erst das Geld, das sie danach verdienen, verbleibt ihnen. Je später der Tag, desto höher die Gesamtbelastung: 2012 war es der 8. Juli. Zwei Tage später als 2011, eigentlich sogar drei, denn mit dem 29. Februar hat das Schaltjahr 2012 einen Tag mehr.

Politiker von SPD, Grünen und Linken behaupten davon ungerührt, dass der Staatshaushalt nur saniert werden könne, wenn die Steuern erhöht würden. Dem steht die Erfahrung entgegen.

> Untere Hälfte zahlt nur 5,4 Prozent der Einkommensteuer

In einer Studie für das Karl-Bräuer-Institut des BdSt hat der Steuerexperte Olaf Schulemann untersucht, wie der Staat auf steigende Einnahmen reagiert. Ergebnis: Mit einer Verzögerung von zwei Jahren seien regelmäßig die Ausgaben ausgeweitet worden, statt die Verschuldung zu reduzieren. So auch in den letzten beiden Phasen steigender Steuereinnahmen 2002 und 2007, als der Ausgabenanstieg den höheren Einnahmen auf dem Fuße folgte.

Laut der Studie wäre es ein Holzweg, mit dem Mittel höherer Steuern das Staatsdefizit abbauen zu wollen. Das Mehr an Geld würden die Politiker sofort wieder ausgeben. Am Ende, so die Untersuchung, hätten jeweils höhere Steuern *und* mehr Staatsschulden gestanden.

Ein weiteres Argument für höhere Einkommensteuern zulasten Wohlhabender lautet, dass die Besserverdienenden zu wenig abgeben müssten, während die unteren Einkommensschichten die Hauptlast tragen müssten. Das indes geben die offiziellen Zahlen des Bundesfinanzministeriums nicht her.

Danach trug die obere Hälfte der Einkommensgruppen mit Brutto-Jahresgehältern ab 26191 Euro 94,6 Prozent der Einkommensteuerlast, während die untere Hälfte (bis 26191 Euro) lediglich 5,4 Prozent beitrug. Auch weiter aufgeschlüsselt verändert sich das Bild nicht: Die oberen 25 Prozent (ab einem Jahresbrutto von 44084 Euro) zahlten 76,9 Prozent, die unteren 25 (bis 11168 Euro Jahresbrutto) 0,2 Prozent.

Besonders belastet sind indes die mittleren Einkommensgruppen, da sie nur kurz unter- oder oberhalb der „Beitragsbemessungsgrenze" für Sozialbeiträge liegen: Hier bündeln sich die Nachteile für die oberen mit denen der unteren Einkommensgruppen. Für Geringverdiener schlagen vor allem die Soziallasten zu Buche, während „oben" insbesondere die Steuern schmerzen. In der Mitte sind beide Belastungen stark.

Hinzu kommt die „kalte Progression" (siehe Kasten). Sie kann unter Umständen ein Bruttolohn-Plus vollständig aufzehren. In der Metallbranche wurde eine Gehaltserhöhung von 4,3 Prozent erreicht, doch infolge von Inflation und kalter Progression verbleibt den Metallern mit mittlerem Einkommen davon real nichts. *H. Heckel*



Vermögenssteuer gefordert: Protestaktion des Bündnisses „umFairteilen" in Berlin vor dem Kanzleramt

Bild: Oliver Lang/dapd

Wie Steuern im Verborgenen erhöht werden

Ein besonderes Ärgernis im deutschen Steuerrecht ist die „kalte Progression". Als sie 1893 zur Regierungszeit Wilhelms II. eingeführt wurde, sollte sie dem sozialen Ausgleich dienen. Seitdem gilt, dass der, der mehr verdient, auch einen höheren Prozentsatz von seinem Einkommen abgeben soll.

Was ihre Schöpfer kaum ahnen konnten: Mittlerweile hat sich die kalte Progression zum Instrument einer permanenten Steuererhöhung durch die Hintertür entwickelt, und zwar mit Hilfe der Inflation.

So rückt ein Arbeitnehmer mit jeder Gehaltserhöhung in einen höheren Einkommenssteuersatz. Mit der Folge, dass einem Durchschnittsverdiener rund 60 Prozent des Einkommenszuwachses per Steuern und Abgaben wieder weggenommen werden. Wenn man die Inflationsrate abzieht, kann es passieren, dass sich durch eine Gehaltserhöhung zwar Steuern und Abgaben erhöhen, der Reallohn aber sogar sinkt.

> Ärgernis »Kalte Progression«

Eigentlich ist der Gesetzgeber aufgerufen, die Grenzsteuersätze regelmäßig an die Inflation anzupassen. Davon macht er jedoch nur sehr zurückhaltend Gebrauch. Folge: Um in den Spitzensteuersatz zu rutschen, musste ein Arbeitnehmer am Ende der 1950er Jahre inflationsbereinigt mehr als dreimal so viel verdienen wie heute.

Anläufe aus den Reihen des Steuerzahlerbundes, unterstützt vor allem von der FDP, die kalte Progression abzuschaffen, werden bislang von der Mehrheit der Parteien abgeblockt. Das Mittel der verdeckten Steuererhöhung ist politisch bequemer, als Steuern aktiv erhöhen zu müssen. Solche Erhöhungen müssten begründet werden, die kalte Progression „geschieht" einfach im Verborgenen. *H.H.*

Viel besser als ihr Ruf

Immer öfter setzen Vermögende ihr Geld für die Gesellschaft ein

Wer etwas mehr Geld verdient oder Vermögen hat als der Durchschnitt, gilt linken Parteien, vereinfacht gesagt, als Personifizierung des Bösen. Schließlich könne es nicht mit rechten Dingen zugehen, dass einige mehr haben als andere. Dass die meisten sich dieses Geld hart erarbeitet haben oder manchmal auch geerbt haben von Verwandten, die zuvor hart für dieses Geld gearbeitet haben, ist für linke Politiker unbegreiflich. Aktionen wie „UmFairteilen" machen deutlich, dass ihrer Meinung nach nur die Enteignung der Reichen eine gerechte Gesellschaft schaffen könne. Dass die Reichen aber auch den weniger Vermögenden helfen, indem sie ihnen direkt Arbeit geben, mit ihren Konsumwünschen Nachfrage schaffen, aus der Arbeitsplätze resultieren, oder ihr Geld in die Wirtschaft investieren, die wiederum Arbeitsplätze schafft, liegt dem linken Denken genauso fern wie die Erkenntnis, dass viele Vermögende von ihrem Geld spenden und auf diesem Wege Gutes tun.

Aktuell gibt es in Deutschland laut Bundesverband Deutscher Stiftungen rund 19000 rechtsfähige Stiftungen bürgerlichen Rechts, 65 Prozent davon von natürlichen Personen gegründet, in denen hohe Beträge angelegt sind und von deren jährlichen Erträgen die verschiedensten wohltätigen Projekte gefördert werden. Die meisten Bürger kennen berühmte Stifter wie die Verlegerin Friede Springer, Versandhauschef Michael Otto oder den Inhaber des Bertelsmann-Verlages Reinhard Mohn. Doch bei aller Freude über das gesellschaftliche Engagement, kann man ihnen auch unterstellen, dass die Gründung einer Stiftung auch dem Image ihrer Unternehmen gut tut.

> Inzwischen gibt es 19000 Stiftungen

Aber es gibt auch Stifter, die der Öffentlichkeit nicht bekannt sind und ohne jeden Eigennutz ihr Geld Gutes tun lassen. Dr. Wolfgang Neubert dürfte zwar in seiner Heimatregion bekannt sein, doch außerhalb von Bad Wilsnack und Umgebung kennen nur wenige den Vorstandsvorsitzenden der KMG Kliniken AG. 2009 gründete er eine Stiftung zur Förderung des Sports, vor allem des Pferdesports. 2007 ließ auch der Bankier Ehrhardt Bödecker andere an seinem Hobby Anteil haben und gründete die Stiftung Brandenburg-Preußen Museum. Seit 2009 hat sich die Walter-Hoffmann-Axthelm-Stiftung der Förderung von Kunst und Kultur sowie der Denkmalpflege in Perleberg verschrieben. Die Hamburger Schiermann-Stiftung wiederum will die Betreuung und das Wohlbefinden von Pflegebedürftigen erhöhen und fördert entsprechende Projekte. Bernard Broermann möchte hingegen Kindern zu einer besseren Entwicklung verhelfen und fördert ihre Gesundheitsfürsorge, um Krankheiten wie Verhaltensstörungen, Übergewicht und Drogenabhängigkeit vorzubeugen. Im Namen von Dr. Dr. h.c. Wolfgang-Lassmann werden Nachwuchswissenschaftler unterstützt.

Schon diese wenigen Beispiele zeigen, wie vielfältig Vermögende ihr Geld einsetzen, auch um die Gesellschaft zu bereichern. Immer öfter springen sie dort ein, wo der Staat versagt oder aufgrund finanzieller Engpässe sich zurückzieht. 19000 Stiftungen plus unzählige Millionen an regulären Spenden stören die linke Propaganda vom egoistischen Reichen massiv. *Bel*

Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur:
Dr. Jan Heitmann
(V. i. S. d. P.)

Chefin vom Dienst, Politik, Bücher: Rebecca Bellano; **Politik, Wirtschaft:** Hans Heckel; **Kultur, Lebensstil, Leserbriefe:** Harald Tews; **Geschichte, Ostpreußen heute:** Dr. Manuel Ruoff; **Heimatarbeit:** Manuela Rosenthal-Kappi; **Ostpreußische Familie:** Ruth Geede.

Freie Mitarbeiter: Dr. Richard G. Kerschhofer (Wien), Liselotte Millauer (Los Angeles), Norman Hanert (Berlin), Wilhelm v. Gottberg, Hans-Jürgen Mahlitz.

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchtstraße 4, 22087 Hamburg. **Für den Anzeigenteil gilt:** Preisliste Nr. 32.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2010: Inland 9 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 11,50 Euro, Luftpost 15,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Konten: HSH Nordbank, BLZ 210 500 00, Konto-Nr. 192 344 000. Postbank Hamburg, BLZ 200 100 20, Konto-Nr. 84 26-204 (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Die Bezieher der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* werden, wenn sie keinen anderen Willen äußern, mit dem Beginn des Abonnements Mitglieder der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. und ihrer Untergliederungen. Die Aufnahme der Bezieher in die Heimatkreise oder Landesgruppen erfolgt durch schriftliche Beitrittserklärung. Diese kann zusammen mit dem Antrag auf Lieferung der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* erklärt werden. Der Mitgliedsbeitrag in Höhe von einem Drittel des Brutto-Inlandsbezugspreises der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* wird zusammen mit dem jeweils gültigen Abonnementpreis in einer Summe erhoben und dient der Unterstützung der Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.

Telefon	**(040) 4140 08-0**
Telefon Redaktion	(040) 4140 08-32
Fax Redaktion	(040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen	(040) 4140 08-47
Telefon Vertrieb	(040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb	(040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de
E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

www.preussische-allgemeine.de
Benutzername/User-ID: **paz**
Kennwort/PIN: **7534**

Unkoordiniert und ohne klares Ziel

Deutsche Wirtschaft kritisiert Außenpolitik: Neue Wachstumsmärkte nicht im Blick

Mit sieben Ministern und zahlreichen Wirtschaftsvertretern im Gefolge bereiste Bundeskanzlerin Angela Merkel Ende August China. Aber die mit viel Aufwand betriebene Reise offenbarte auch die Schwächen der deutschen Politik.

China, China, immer wieder China. Merkel ist offenbar gern dort. Auch wenn ihre Kritik an Pekings Umgang mit den Menschenrechten zaghafter geworden ist, so kann sie hier doch regelmäßig noch glänzen. Außerdem kehrt sie mit symbolkräftigen Fotos und einigen Zusagen für mehr wirtschaftliche Zusammenarbeit im Gepäck heim. Ohne Zweifel ist die Volksrepublik eine aufstrebende Macht und ein großer Markt für deutsche Firmen, 6,1 Prozent der deutschen Exporte gingen 2011 in das Riesenreich, 2001 waren es nur zwei Prozent. Chinas Bedeutung für die deutsche Wirtschaft steigt Jahr für Jahr. Doch das Land ist auch ein instabiler Riese, dessen hohes Wachstum keineswegs immer so weitergehen kann und wird. Und so wünschen sich immer mehr Vertreter deutscher Unternehmen, die deutsche Politik möge ihr Interesse etwas breiter streuen und sich nicht fast ausschließlich um die großen Länder wie China, Russland und die USA kümmern.

Die Wachstumsmärkte der nahen Zukunft hingegen wie in Lateinamerika, Afrika oder Asien hingegen können sich nur selten über Besuche deutscher Politiker freuen. Natürlich bieten Länder wie Vietnam, Indonesien, Malaysia, aber auch Angola oder die Vereinigten Arabischen Emirate nicht gleich so viele milliardenschwere Projekte mit einem Schlag, doch das scheint beispielsweise den südkoreanischen Präsidenten wie auch den Premier nicht davon abzuhalten, regelmäßig diese Länder zu bereisen, um dort gute Beziehungen aufzubauen, die der südkoreanischen Wirtschaft spätere Vertragsabschlüsse erleichtern. Aber selbst das große Brasilien liegt nicht auf Merkels Reiseroute. Am Amazons ist man stolz auf die wirtschaftlichen Erfolge der letzten Jahre und sieht sich als attraktiven Wirtschaftspartner, doch die deutsche Kanzlerin war bis jetzt erst eineinhalb Tage dort und dann noch nicht einmal exklusiv, sondern während einer Lateinamerika-Reise. Der Brasilien-Korrespondent des „Handelsblattes", Alexander Busch, merkt an, dass sich das Land von Deutschland nicht ernst genommen fühle, so rede Berlin vorwiegend über Entwicklungszusammenarbeit und Regenwaldschutz, während Brasilien sich schon längst als aufstrebende Wirtschaftsmacht sieht. Busch betont, dass Deutschland doch eigentlich viel mit dem demokratischen Giganten Südamerikas verbinde, aber diese Beziehungen müssten dringend ausgebaut werden.

Marc S. Tenbieg, Vorstand des Deutschen Mittelstands-Bundes, lobt auf *PAZ*-Anfrage zwar das China-Engagement der deutschen Außenpolitik, merkt aber an, dass es noch andere Wachstumsstaaten

Politik solle Wirtschaft »die Türen öffnen«

gebe. „Deutschland und seine Unternehmen haben in der Welt einen tadellosen Ruf", so Tenbieg, „doch darf man sich nicht darauf ausruhen. Man muss vielmehr in einer engen Verbindung aus Politik und Wirtschaft außereuropäische Märkte für unsere Unternehmen zugänglich machen. Gute Beziehungen entwickelt man nachhaltig und das geschieht nicht von jetzt auf gleich." Zudem merkt er an, dass man bei den von der Politik zusammengestellten Delegationsreisen Vertreter des deutschen Mittelstandes vermissen würde.

Brun-Hagen Hennerkes, Vorstand der Stiftung Familienunternehmen, gibt gegenüber der *PAZ* zu bedenken, dass die Bundeskanzlerin weltweit wertvolle Kontakte für die deutsche Wirtschaft herstelle, aber die Nacharbeit noch zu optimieren sei. „Hier müssten die konsularischen Dienste und die Handelskammern stärker nachfassen. Hier fehlt es an effizienter Koordination und Controlling."

Koordination vermisst auch Eberhard Sandschneider, Chef der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik. So habe jeder Minister eine außenpolitische Abteilung, die aber oftmals untereinander gar nicht wüssten, was die anderen gerade im Ausland tun. Auf diesen Vorwurf von der *PAZ* angesprochen, verweisen die Pressesprecher des Entwicklungshilfeministeriums und des Wirtschaftsministeriums auf das Auswärtige Amt. Dieses antwortet blutleer: „Die Förderung der Außenwirtschaft ist eine Kernaufgabe des Auswärtigen Dienstes und wichtige Priorität dieser Bundesregierung." Und weiter: „Die Bundesregierung legt großen Wert darauf, die Wirtschaftsbeziehungen zu den neuen Gestaltungsmächten auszubauen. Es geht darum, unsere traditionellen Partnerschaften in Europa und der Welt zu pflegen und gleichzeitig neue Partnerschaften mit den aufstrebenden Gestaltungsmächten in Asien, Lateinamerika und Afrika zu begründen."

Sandschneider wünscht sich eine klare Interessenpolitik der deutschen Außenpolitik, die sich viel zu oft hinter den EU-Partnern und einer diffusen selbstgesetzten Werte-Politik verstecke. Der Verband Deutscher Maschinen- und Anlagenbau (VDMA) hat wiederum ganz konkrete Alltagswünsche. So kritisiert der VDMA-Außenwirtschaftsexperte Ulrich Akkermann im Gespräch mit der *PAZ*, dass es im Parlament keinen Ausschuss für Außenwirtschaftsförderung gebe. Zwar existiere ein Wirtschaftsausschuss, doch dessen Themenspektrum sei so weit gefasst, dass Außenwirtschaftsförderung kaum eine Rolle spiele. Auch müsse sich nicht das Auswärtige Amt (AA), sondern das Wirtschaftsministerium um Außenwirtschaftsförderung schwerpunktmäßig kümmern. Dass AA sei für Politik da. Außerdem müsse die Regierung als Ganzes eine klare Strategie entwickeln, wo man gemeinsam gezielt die Schwerpunkte setzen wolle, statt Diskussionsrunden mit Titeln wie „Globalisierung gestalten: Umgang mit neuen Gestaltungsmächten" zu führen.

Doch Ackermann sieht auch Positives: So lobt er den bundeseigenen Informationsdienst „germany trade & invest", die deutsche Ausland-Messe-Förderung und die Idee der Exportkreditgarantien des Bundes, auch wenn sie noch etwas bürokratisch seien und sich für kleinere Unternehmen nicht lohnten. *Rebecca Bellano*



Schönes China: Angela Merkel war inzwischen zum sechsten Mal in der Volksrepublik. Das aufstrebende Brasilien hat sie hingegen erst einmal für eineinhalb Tage während einer Lateinamerikareise besucht. Bild: O. Lang/dapd

MELDUNGEN

Ankara mischt mit

Hamburg – Der Landesverband der Partei „Die Freiheit" kritisiert die fehlende Bürgerbeteiligung bei den Staatsverträgen, die die Stadt Hamburg mit den Aleviten und verschiedenen muslimischen Verbänden geschlossen hat. Die vertragliche Regelung etwa eines islamischen Religionsunterrichts stelle einen Dammbruch in Deutschland dar. Es sei zu befürchten, dass weitere Schritte hin zu einer Islamisierung der Gesellschaft folgten und der Staat die Kontrolle über die Bildung der Kinder zumindest in Teilen verliere, so der Landesvorstand. An den Verhandlungen sei zudem auch die Ditib beteiligt gewesen, der deutsche Ableger der türkischen Religionsbehörde. Somit habe der türkische Staat direkt Einfluss auf die deutsche Innenpolitik genommen. „Die Freiheit" prüft juristische Schritte gegen den Vertrag. *Bel*

Wildes Beruferaten

Berlin – Inzwischen gibt es laut einem Bericht des „Handelsblattes" 15937 verschiedene Studiengänge und über 3200 Ausbildungsberufe, aus denen Schulabgänger wählen können. Diese Vielfalt führe dazu, dass nicht nur bei der Berufsorientierung hilfsbereite Lehrer nicht mehr über alles informiert seien, sondern auch Berufsberater nicht mehr alles im Blick hätten. „Wir bieten kein Rundum-Sorglos-Paket, da sind die Schulabgänger selbst gefragt", merkt Ralf Beckmann an, Berufsberatungsexperte der Bundesarbeitsagentur, an die Eigeninitiative der jungen Leute. Um zu erfahren, was sich beispielsweise hinter der Studiengangbezeichnung „Intelligente Medien und Virtuelle Realität" oder „Information und Interface Design" verbirgt, müssten sich die Schüler selbst über das Internet informieren oder auch verstärkt Berufsmessen besuchen. *Bel*

Piratenprozess in Sackgasse

100. Verhandlungstag: Somalier klagen sich gegenseitig an

Die Ereignisse überschneiden sich: Während auf dem Gelände der Hamburg Messe im Laufe des Kongresses „Maritime Security and Defense" Sicherheitsexperten darüber beraten, wie sich Schiffsbesatzungen gegen Piraten-Überfälle sichern können, erlebt nur einen Kilometer entfernt eine Gruppe somalischer Männer den 100. Verhandlungstag ihres Strafverfahrens vor dem Hamburger Landgericht. Ihnen wird vorgeworfen, am 5. April 2010, rund 530 Seemeilen vor der somalischen Küste, das Containerschiff „Taipan" der Hamburger Reederei Komrowski geentert zu haben.

Als der Prozess gegen die zehn Männer im November 2010 eröffnet wurde, umfasste die von Oberstaatsanwalt Wilhelm Möllers verfasste Anklageschrift nur 33 Seiten. Er bezeichnete den Sachverhalt seinerzeit als „überschaubar und gut eingrenzbar". Heute, fast zwei Jahre später und angesichts des 100. Verhandlungstages, ist er nicht mehr bereit, sich zum weiteren Verlauf des Verfahrens überhaupt noch zu äußern.

Der Prozess zeigt die Schwierigkeiten des Rechtsstaates, sich mit einer Form von Kriminalität auseinanderzusetzen, die über Jahrhunderte vor deutschen Gerichten nicht mehr verhandelt wurde, für die folglich auch keine zeitgemäßen Rechtsnormen und Verfahrensweisen gewachsen sind. Zudem prallen unterschiedliche kulturelle Auffassungen aufeinander, sind umständliche und sorgfältige Übersetzungen nötig, für die in der somalischen Sprache oft die entsprechenden Begriffe fehlen. Seeleute, die das Verfahren verfolgen,

Kosten explodieren: Zwei Verteidiger je Somalier

haben nur wenig Verständnis dafür, wenn Medien ausgiebig über die seelische Verfassung der Angeklagten und ihre Ängste berichten, die Situation der betroffenen Besatzung aber kaum Erwähnung findet. Zudem wurden während des Verfahrens auch alte, längst überholte Klischees wiederholt, wie jenes von den angeblich überfischten Gewässern vor der ostafrikanischen Küste und der daraus entstandenen Not, die die Männer um des puren Überlebens willen in die Piraterie getrieben hätte.

Anfang des Jahres 2012 zeichnete sich kurzfristig ein Ende des Prozesses ab: Die Staatsanwaltschaft hielt Ende Januar ihr Plädoyer – und forderte Haftstrafen zwischen vier und elfeinhalb Jahren für die Angeklagten. Weil ein Angeklagter dann jedoch ein Geständnis ankündigte, das alle Somalier betreffen sollte, wurde dieser Schritt rückgängig gemacht. In dem Geständnis bezichtigte er seine Mitangeklagten der Lüge. Alle zehn hätten bei dem Überfall auf den Hamburger Frachter freiwillig mitgemacht, sie seien nicht, wie von manchen vor Gericht behauptet, dazu gezwungen worden. Seine Mitangeklagten wiederum erklärten, Drahtzieher des Überfalls seien Verwandte des geständigen Angeklagten gewesen; diese hätten den Überfall von London aus organisiert und Waffen besorgt.

Das Verfahren verursacht immense Kosten. Die Justizbehörde der Hansestadt muss aus ihrem Etat jeden der 20 Pflichtverteidiger bezahlen. Jeweils zwei Verteidiger pro Angeklagtem erschienen dem Gericht notwendig, damit nicht, möglicherweise durch krankheitsbedingte Ausfälle eines Verteidigers, das Verfahren neu aufgerollt werden müsse. Die Anwälte erhalten pro Verhandlungstag zwischen 216 und 324 Euro. Hinzu kommen Aufwendungen für Untersuchungshaft, Gericht, Staatsanwaltschaft, Sachverständige und Zeugen. *Eigel Wiese*

Fiskus jagt Auslandsrentner

Nachträgliche Forderungen in Millionenhöhe

Rund 600000 der 1,6 Millionen im Ausland lebenden deutschen Rentner erhielten in den letzten Wochen und Monaten unangenehme „blaue Briefe". Der Inhalt: Forderungen über Steuernachzahlungen seit dem Jahr 2005. In einigen Fällen betrafen die Bescheide über 90-Jährige und beliefen sich oft auf mehrere 1000 Euro. Im Fall einer in Frankreich lebenden Rentnerin betrug der Bescheid 13500 Euro. Die Einschaltung eines mit internationalem Recht vertrauten Steuerberaters brachte Erleichterung. Der verbesserte, neue Bescheid betrug null Euro. Auch andere falsche Bescheide an Rentner in Dänemark (Forderung 12000 Euro), Kanada (7000 Euro) und auf den Philippinen (6600 Euro) mussten inzwischen nach entsprechender Intervention revidiert werden. Allerdings wurden auch Fälle bekannt, in denen betrügerische Berater unwissende Pensionäre zusätzlich abzockten. Vorsicht also bei Internet-Angeboten. Und in vielen Fällen zahlten die verschreckten Senioren ohne Prüfung und verschuldeten sich sogar dafür.

Nach einer 2005 erlassenen Gesetzesänderung unterliegen ins Ausland gezahlte Renten zu 50 Prozent der Steuerpflicht. Betragen beispielsweise die Altersbezüge jährlich 10000 Euro, so sind 5000 Euro mit 25 Prozent steuerpflichtig. Die jährliche Forderung beträgt also 1250 Euro. Nachzahlungen von 2005 bis 2011 in Höhe von 8750 Euro sind demnach fällig. Dafür zentral zuständig ist das Finanzamt Neubrandenburg. Und das beruft sich darauf, dass im Gegensatz zu Inlandsrentnern im

Steuerbescheide sind oft nicht berechtigt

Ausland lebende Personen als „beschränkt steuerpflichtig" eingestuft werden. Im Klartext: Sie erhalten keinen Grundfreibetrag. Und so kommt es, dass Rentner, die in Deutschland gar nicht steuerpflichtig wären, in ihrem fernen Altersdomizil zur Kasse gebeten werden. Da Forderungen aus 2005 und 2006 Ende des Jahres verjähren, erklärt sich die gegenwärtige Flut solcher Briefe.

Einige Steuerberater weisen darauf hin, dass solche Bescheide in Länder, mit denen ein Doppelbesteuerungsabkommen besteht, rechtlich nicht gedeckt seien. Denn laut Abkommen etwa mit Namibia obliegt das Recht, solche Abgaben zu erheben, ausschließlich dem Gastland. Darauf weist inzwischen auch die deutsche Botschaft in Windhuk hin.

Viel Ärger für Auslandsrentner gab es zudem mit einem um bis zu 14 Tage verzögerten Eingang ihrer Rente, die in Deutschland jeweils am letzten Tag des Monats gutgeschrieben wird. Recherchen der *PAZ* ergaben, dass dies an einer besonderen Konstruktion des Überweisungsweges ins Ausland liegt. Zwar bezahlt die Berliner Rentenanstalt pünktlich an die mit der Auszahlung befasste Berliner Postbank. Diese schaltet aber in einer Vielzahl von Fällen, zum Beispiel für die Philippinen, die Londoner Barclays Bank als sogenannte Korrespondenzbank mit deren Geschäftsbeziehungen in dem jeweiligen Land ein. Und diese arbeitet dann mindestens eine Woche, meist länger, mit dem Geld der Rentner. Und das heißt bei der Vielzahl der Fälle zinsloser Kredit in Millionenhöhe. In einem Fall wurde auf Verlangen die Postbank Saarbrücken eingeschaltet. Sie korrespondiert mit der New Yorker Chase Manhattan Bank. Und siehe, der in Manila lebende Rentner bekam sein Geld sogar schon Tage vor dem Ersten des Monats auf dem Konto der philippinischen PCI-Bank gutgestellt. *J. Feyerabend*

MELDUNGEN

Premier Ponta ist Vize-Linker

Bukarest – Der rumänische Ministerpräsident Victor Ponta wurde Vizepräsident der Sozialistischen Internationale (SI). Ponta hat seine Dissertation größtenteils abgeschrieben, ist ohne Wahlen durch „Abgeordnetenwechsel" an die Macht gekommen, hat Richter bedrohen lassen und Gerichtsurteile ignoriert, gilt als Schutzherr der Korrupten und ist für den gescheiterten Staatsstreich gegen Präsident Traian Basescu verantwortlich. Präsident der SI ist der griechische Ex-Premier Giorgios Papandreou. Vizepräsidenten sind unter anderem die Ex-Premiers von Spanien und Portugal José Luis Zapatero und José Sócrates, Iraks Präsident Jalal Talabani, Pakistans Präsident Asif Ali Zardari, genannt Mr. Zehn Prozent, und Südafrikas Präsident Jacob Zuma, ebenfalls tief in Korruption verstrickt. *RGK*

Moon-Sekte ohne Anführer

Seoul – Der südkoreanische Sektenführer San Myung Moon ist tot. In den 50er Jahren hatte er eine religiöse Geschäftsidee. Er behauptete nachträglich, als 16-Jähriger eine Christuserscheinung gehabt zu haben, gründete eine Kirche, ließ deren Mitglieder auf der Straße Spenden einsammeln und wurde so zum Millionär. Seine Vereinigungskirche, die als sogenannte „Moon-Sekte" bekannt wurde, sorgte auch in Deutschland mit ihren fragwürdigen Missionierungszielen für Aufsehen. Letzten Montag ist der selbsternannte Messias nun im Alter von 92 Jahren gestorben. Was aus der Sekte ohne den charismatischen Tycoon wird, steht in den Sternen. Seit 2008 leitet zwar sein Sohn Hyung Jin Moon die Geschäfte. Als religiöser Führer der weltweit noch auf drei Millionen Anhänger geschätzten Mitglieder trat er aber nicht in Erscheinung. *tws*

Europa spült Minsk vom Markt

Betriebe nicht konkurrenzfähig – Lukaschenko: Widersprüchliche Signale vor der Parlamentswahl

Nach 19 Jahren zäher Verhandlungen ist Russland seit Ende August endlich Mitglied der Welthandelsorganisation (WTO). Während man sich in Moskau und in der EU auf einen Boom wegen des Wegfalls von Handelsbeschränkungen vorbereitet, stehen für Weißrussland angesichts der wachsenden Konkurrenz europäischer Produkte die Chancen schlecht, noch mithalten zu können. Kurz vor den Parlamentswahlen am 23. September bedrängt Präsident Alexander Lukaschenko Unternehmer und wiegt die Bürger in Sicherheit.



Nicht konkurrenzfähig: Lukaschenko fordert von Unternehmen zugleich Sparen und höhere Löhne Bild: imago

Die Europäische Kommission in Brüssel begrüßt Russlands Beitritt zur Welthandelsorganisation (WTO). Der Beitritt werde den Handel und die Investitionstätigkeit erleichtern, zur rascheren Modernisierung der russischen Wirtschaft beitragen und sowohl den russischen als auch europäischen Unternehmen eine Fülle von Geschäftsmöglichkeiten erschließen, sagte EU-Handelskommissar Karel de Gucht. Russland ist heute schon der drittgrößte Handelspartner der EU. Die EU exportiert hauptsächlich Fahrzeuge, Arzneimittel, Autoteile, Telefone, Bauteile und Zugmaschinen nach Russland. In umgekehrte Richtung werden überwiegend Erdöl und Gas geliefert. Moskau hofft wieder auf mehr Investitionen aus dem Ausland, nachdem in den vergangenen Jahren wegen der Wirtschaftskrise und der unklaren Rechtslage eine steigende Kapitalflucht eingesetzt hatte.

Was des einen Freud, ist des anderen Leid. Auf diesen lapidaren Nenner lässt sich die Situation Weißrusslands nach dem WTO-Beitritt des großen Nachbarn reduzieren. Vielen Betrieben im Land des „letzten Diktators Europas" droht der Bankrott, weil ihre Produkte gegenüber den auf den russischen Markt drängenden europäischen nicht konkurrenzfähig sind. Durch die Verringerung der Zollgebühren werden Waren aus dem Westen zudem günstiger. Um bestehen zu können, müssten Weißrusslands Betriebe dringend ihre Infrastruktur modernisieren, dafür fehlt ihnen aber das Geld. Hochqualifizierte Manager sind Mangelware. Vor allem Herstellern von Kleidung, landwirtschaftlichen Produkten, Alkohol und Maschinenbaubetrieben, aber auch Möbelproduzenten, droht das Aus. Ein drastischer Anstieg der Arbeitslosigkeit und damit einhergehender Armut wäre die Folge. Da die Inflationsrate schon jetzt bei rund 108 und der Leitzins bei 38 Prozent liegt, dürfte Alexander Lukaschenko ein solches Fiasko politisch kaum überleben. Seit Jahren steht Weißrussland immer wieder kurz vor dem Staatsbankrott, wären da nicht die Finanzspritzen der Eurasischen Wirtschaftsunion.

Zwei Wochen vor der Parlamentswahl werden die Weißrussen erneut mit kräftigen Preiserhöhungen konfrontiert. Ab Oktober wird der öffentliche Nahverkehr um 13 Prozent teurer, der Staat erwägt eine Limitierung des privaten Stromverbrauchs. Laut dem Energieminister wird die Regelung in Kürze in Kraft treten. Seit August sind bis zu 28 Prozent mehr für Wohnnebenkosten zu berappen, ein Hochschulstudium ist sogar um 100 Prozent teurer. Um der Mehrbelastung der Bürger entgegenzuwirken, ist Lukaschenko in die Betriebe gegangen und forderte von den Unternehmern eine Erhöhung des Durchschnittslohns auf umgerechnet 397 Euro. Kritik an dieser Forderung kam aus dem Wirtschaftsministerium. Eine Lohnerhöhung von durchschnittlich 7,4 Prozent bei einer Arbeitsproduktivitätssteigerung von nur 5,2 Prozent stelle ein zu ungesundes Ungleichgewicht dar. In Minsk liegt das durchschnittliche Einkommen nun bei 472 Euro, im Landesdurchschnitt sind es 373 Euro. Gleichzeitig forderte Lukaschenko die Unternehmer zur Kosteneindämmung auf. Waren die Weißrussen bislang an einen vergleichsweise hohen Lebensstandard gewöhnt, werden sie sich in Zukunft umstellen müssen. Ihr „Batka" (Väterchen) wird nicht mehr in der Position sein, mit großen Wahlgeschenken aufzuwarten.

Ausweg: Abwertung des Rubel und Austritt aus Zollunion

Lukaschenko wird sich gerade nach dem WTO-Beitritt Russlands vermehrt dem Druck aus Moskau und der EU beugen müssen. Bereits heute sind viele weißrussische Betriebe eng mit der russischen Wirtschaft verflochten, Investoren aus Moskau haben es auf strategisch wichtige Betriebe wie das Alkaliwerk Belaruskali und petrochemische Unternehmen abgesehen. An Hilfen aus dem Antikrisenfonds der Eurasischen Wirtschaftsunion sind stets Forderungen nach Privatisierung von Staatsbetrieben geknüpft. Nach Einschätzung des weißrussischen Ökonomen Leonid Slotnikow wird Minsk erst in anderthalb bis zwei Jahren die Folgen von Russlands WTO-Beitritt deutlich zu spüren bekommt.

Noch baut Lukaschenko auf die Unterstützung befreundeter Länder: „Wir haben Schulden in Russland, China und Iran. Das sind Länder, die uns immer unterstützt haben. Und falls wir Schwierigkeiten haben, so bauen wir auf die Hilfe dieser Länder, das heißt, die Bezahlung der Schulden kann auf eine bestimmte Zeit verschoben werden", sagte er auf einer Pressekonferenz. Sollte die Hilfe ausbleiben, müsste Weißrussland wie schon im Jahr zuvor erneut seine Währung abwerten. Dies hatte zu der galoppierenden Inflation geführt. Darüber hinaus erwägen Experten den Ausstieg aus der Zollunion mit Russland und Kasachstan sowie die Einführung von Importzöllen zum Schutz der eigenen Wirtschaft.

Obwohl die Opposition von der Parlamentswahl ausgeschlossen ist, formiert sich über soziale Netzwerke im Internet Widerstand gegen die Regierung. „Wir haben diesen Lukaschenko satt", lautet die Parole der Gruppe „In Kontakt", die zurzeit über 37 000 Teilnehmer verfügt. Verschiedene Gruppen haben dazu aufgerufen, die Parlamentswahl zu boykottieren.

Manuela Rosenthal-Kappi

Kopftuch kehrt zurück

Ägypten: Staatsfernsehen setzt auf verhüllte Nachrichtensprecherin

Einen Monat nach Amtsantritt des neuen Informationsministers Salah Abd al Maqsud präsentierte Fatma Nabil mit einem cremefarbenen Kopftuch die Mittagsnachrichten im ägyptischen Staatssender Kanal 1. Maqsud gehört wie der Staatspräsident Muhammad Mursi vor seiner Wahl der Muslimbruderschaft an. Seit seinem Amtsantritt setzt er in den staatlich kontrollierten Medien immer mehr Islamisten auf verantwortungsreiche Posten. Der Auftritt von Fatma Nabil war der erste Auftritt einer verhüllten Ansagerin seit Gründung des Staatsfernsehens in Ägypten 1960. Da die bisherigen Nachrichtensprecherinnen des Staatsfernsehens kein Kopftuch tragen wollten, wurden neue eingestellt, eine davon war Fatma Nabil. Vorher hatte Nabil beim Fernsehsender der Muslimbruderschaft „Misr 25", gearbeitet, wo das Kopftuch der Frauen Pflicht ist. Nabil bestritt gegenüber der Tageszeitung „Al Masri al Youm", dass ihr Auftritt die Folge einer Islamisierung des ägyptischen Medienwesens sei. Der Schleier sei ihre persönliche Entscheidung, sagte sie. Während der Sendung war ihr Gesicht frei zu sehen; das islamische Kopftuch Hidschab bedeckte lediglich Haare, Ohren und den Hals.

Bis zum Sturz von Präsident Hosni Mubarak im Februar 2011 konnten verschleierte Frauen im Staatsfernsehen nur hinter der Kamera arbeiten. Mubarak und seine Vorgänger hatten versucht, über das Fernsehen ein säkulareres Bild Ägyptens zu vermitteln. Auch die Frau des neuen ägyptischen Präsidenten Muhammad Mursi trägt Kopftuch, während Mubaraks Frau Suzanne kein Kopftuch trug.

Der Schleier diene der Befreiung der Frau

Aus dem Informationsministerium verlautete, dass künftig noch mehr Kopftuch tragende Frauen die Nachrichten verlesen würden. Auch Wettermoderatorinnen würde das Tragen des Hidschab erlaubt. Die Neuerung diente der „Stärkung des Gerechtigkeitsprinzips auf dem Gebiet der Medien", so die staatliche Nachrichtenagentur Mena.

In privaten ägyptischen Sendern war das Tragen des Kopftuchs schon seit langem Usus, weil auch im Lande die Mehrheit der Frauen ihr Kopfhaar bedeckt. Jetzt tauchten zu Beginn der Fastenzeit die ersten Fernsehsprecherinnen auf, die den Vollschleier Niqab tragen, der nur einen kleinen Sehschlitz für die Augen offen lässt. Der Sender mit Namen „Maria TV", wurde von Salafisten ins Leben gerufen, er beschäftigt ausschließlich vollverschleierte Frauen. Die Moderatorinnen unterweisen Musliminnen in religiösen Lehren, geben Unterweisung in Ehe-, Hauswirtschafts- oder sogar Kosmetikfragen.

Weltweit galt bislang, dass TV-Moderatorinnen adrett und ansehnlich daherkommen sollen. In der Welt der Salafisten ist Letzteres nicht mehr gewünscht, denn die ausschließlich weiblichen Mitarbeiter sind alle vollverschleiert. „Maria TV" gehört zum ägyptischen Kanal „El-Ummah". Die Betreiber sind streng muslimische Salafisten. Der Name des Senders „Maria TV" soll bewusst christliche Assoziationen wecken, denn auch die christlichen Kopten verfügen in Ägypten und weltweit über eigene gut aufgestellte und auch unter Muslimen beliebte Fernsehkanäle. Maria soll der Name einer ägyptischen, christlichen Sklavin gewesen sein, die der Prophet Mohammed geheiratet und damit befreit habe. Nach Auskunft der Sendermacher soll der Name beweisen, dass mit dem Aufkommen des Islams die Stellung der Frau sich gebessert habe, der Schleier sozusagen zur Befreiung der Frau beigetragen habe. *Bodo Bost*

Islamistische Lunte

Religiöse Fanatiker destabilisieren Ostafrika

Gegenüber dem ehemaligen portugiesischen Fort Jesu in der Altstadt von Mombasa – Kenias und Ugandas Überseehafen am Indischen Ozean – liegen sie nur auf Steinwurfweite voneinander entfernt: christliche Gotteshäuser, Moscheen und Hindutempel. Die Religionen lebten über Jahrhunderte beispielhaft friedlich nebeneinander, der aufkommende Tourismus schwemmte in den 1970er Jahren zudem mehr Wohlstand in die Metropole am Hafen Kilindini. Doch inzwischen mutiert der Touristenort zu einem Hexenkessel religiöser Fanatiker, in dem es keine Sicherheit mehr gibt.



Flüchtlingslager in Kenia: Somalische Islamisten sickern auf diesem Weg ins Nachbarland Bild: pa

Nach dem Mord an einem radikalislamistischen Geistlichen entbrannten Ende August schwere Unruhen. Abgefackelte Autos sowie geplünderte Geschäfte und Häuser prägten zwei Tage lang das Bild, vier christliche Kirchen wurden angegriffen. Zuvor waren mehrere Europäer nach Somalia entführt worden, gab es bereits Boykottaufrufe für die kenianischen Präsidentenwahlen im kommenden Jahr. Die Verquickung mit den al-Shabab-Milizen im benachbarten Somalia ist offensichtlich, und Kenias al-Hijra-Gruppe kooperiert ganz ungeniert mit den radikalen Kräften aus dem Norden. Dabei gehört ein großer Teil der Muslime in Kenia und im südlich benachbarten Tansania dem religiösen Zweig der Ismaeliten unter der Führung von Prinz Karim Aga Khan IV. an, lange als friedliebend und tolerant dem westlichen Lebensstil gegenüber bekannt. Das Blatt wendete sich 1993, als plötzlich die bestickten Ismaelitenmützen aus den Souvenirshops von Mombasa verschwanden. Der Wandel zu einer fundamentalistischen Grundeinstellung hatte begonnen, der Tourismus kam ins Stocken.

2002 gab es einen Bombenanschlag auf das Hotel „Paradise", wurde eine Boeing 757 der israelischen Gesellschaft „Arkia" nach dem Start vom Moi-Airport mit Raketen beschossen, 2003 brannten vier Hotels in der rund 950 000 Einwohner zählenden Stadt, mussten Touristen mit Bundeswehreinsatz abtransportiert werden. 2011 schossen bewaffnete Motorradfahrer auf biertrinkende Lokalbesucher, ähnliche Überfälle wurden auf der zu Tansania gehörenden Gewürzinsel Sansibar verzeichnet, einem früheren Hauptsitz der Sultane von Oman.

Ostafrika beherbergt rund 200 Millionen Einwohner, von denen etwa 35 Prozent Muslime und 68 Prozent Christen verschiedener Facetten sind. Nicht nur Kenia und Tansania haben mit Islamisten Probleme, auch das überwiegend christliche Uganda kämpft mit der Infiltration aus Somalia sowie dem Sudan und verzeichnete bereits zahlreiche Anschläge auf Christen. Die gesamte Region ist mittlerweile instabil. *Joachim Feyerabend*

Angriff aufs Bargeld

Um die Einkommen und Vermögen ihrer Bürger im Blick zu haben, reagieren Südländer mit Verboten

Im Kampf gegen die Steuerhinterziehung ist in Südeuropa ein regelrechter Kampf gegen den Gebrauch von Bargeld ausgebrochen. Das Resultat könnte langfristig aber nicht mehr Steuereinnahmen, sondern das Ende jeglichen Datenschutzes und jeder Privatsphäre sein – auch in Deutschland.

Es gibt sie noch. Treue Anhänger und Befürworter des jetzigen Euro: Zumindest in Unterweltkreisen hat der Euro nach wie vor einen hervorragenden Ruf. Kaum eine Banknote ist zur Aufbewahrung und zum Transfer illegaler Gelder besser geeignet als der 500-Euro-Schein. Eine Million Euro in 500er-Scheinen wiegen nur etwa zwei Kilo. Eine Million Dollar haben das fünffache Gewicht, eine Million Britische Pfund in 50-Pfund-Noten bringen 50 Kilo auf die Waage. Kaum verwunderlich ist, dass die Verteilung der 500-Euro-Scheine in der Euro-Zone bereits Jahre vor Ausbruch der Euro-Krise als Indikator dafür getaugt hätte, dass in der gemeinsamen Währungsunion etwas im Argen liegt. Im Jahr 2006 war jeder vierte 500-Euro-Schein, der von der EZB ausgegeben worden war, in Spanien im Umlauf oder wurde, besser gesagt, dort versteckt. Ähnlich sah es mit der Verbreitung des Scheines in den Ländern aus, die nun über die mangelnde Steuermoral ihrer Bürger und grassierende Schattenwirtschaft klagen.

In Italien, Spanien und Griechenland ist im Kampf um mehr Steuereinnahmen die Zurückdrängung des Bargeldgebrauchs und die Durchsetzung elektronischer Zahlverfahren zum Dreh- und Angelpunkt geworden. Bereits seit Dezember 2011 sind Bargeld-Transaktionen über mehr als 1000 Euro in Italien verboten. Alles, was über der Grenze liegt, soll per Überweisung oder Kartenzahlung erfolgen und damit Futter für „Serpico“ liefern. Unter diesem Namen läuft seit Jahresbeginn ein ausgeklügeltes Computerprogramm, das den gesamten elektronischen Zahlungsverkehr überwacht und mit Hilfe von Bankbewegungen oder Kaufbelegen sogar Profile von Steuerzahlern anlegt. In Griechenland besteht bereits seit dem 1. Januar 2011 die Regelung, dass Zahlung über 1500 Euro nur per Scheck oder Kartenzahlung abgewickelt werden dürfen. Spanien hat inzwischen ebenfalls das Verbot von Barzahlungen über 2500 Euro auf den Weg gebracht.

Ob damit der weitverbreiteten Praxis des Steuerhinterziehens bei Alltagsgeschäften beizukommen ist, darf bezweifelt werden. Mit Sicherheit wird die Überwachung des elektronischen Zahlungsverkehrs aber ein großer Schritt hin zum totalen Überwachungsstaat sein. Was technisch möglich ist, wird in Italien deutlich. Das Schnüffelprogramm „Serpico“ siebt die anfallenden Daten aus dem Zahlungsverkehr nach den verschiedensten Kriterien durch. Ins Netz geht etwa, wer nicht erklären kann, wie die Segeljacht oder der Mitgliedsbeitrag im Golf-Club zu der abgegebenen Steuererklärung passt. Eine Garantie, dass die

Elektronischer Zahlungsverkehr wird bereits überwacht

Datenbestände künftig nicht nach ganz anderen Kriterien – etwa den Mitgliedsbeiträgen für Parteien – durchforstet werden, gibt es natürlich nicht. Dank problemloser Archivierbarkeit der elektronischen Datenbestände lässt sich auch noch im Nachhinein der vollständig „gläserne Bürger“ schaffen.

Zu befürchten ist, dass auch deutsche Politiker durch die südeuropäischen Aktivitäten auf den Appetit auf die bargeldlose Gesellschaft bekommen. Vorwand könnte weniger der Kampf gegen Steuerhinterzieher sein als die Behauptung, Geldwäsche der organisierten Kriminalität eindämmen zu wollen. Mit Bezug auf Online-Casinos ist inzwischen ein interner Vermerk aus dem Bundesfinanzministerium bekannt geworden, der vom „Handelsblatt“ zitiert wurde. Behördenintern ist die Rede von Bargeld als „intransparenter Zahlungsform“, die Geldwäsche und organisierter Kriminalität Vorschub leiste.

Stutzig machen sollte allerdings, wie wenig effizient das Thema Geldwäsche bisher angegangen wird. Deutschland hängt immerhin der wenig schmeichelhafte Ruf an, ein Geldwäsche-Paradies zu sein. Geschätzte 40 bis 60 Milliarden Euro aus kriminellen Geschäften sollen jährlich in Deutschland per Geldwäsche in den legalen Wirtschaftskreislauf geschleust werden. Mehr auf Brüsseler Druck denn aus eigenem Antrieb hat die Bundesregierung mittlerweile ein Geldwäschegesetz auf den Weg gebracht. Was beschlossen wurde, lässt bezweifeln, ob beim Kampf gegen die Geldwäsche von der Politik tatsächlich Erfolge erwartet werden. Näherliegend scheint die Vermutung, dass das Thema aufgespart werden soll, um später die Forderungen bargeldlosen Gesellschaft untermauern zu können. So sollen ab Herbst die Unternehmen verpflichtet werden, selbst einen Geldwäschebeauftragten zu benennen. Die optimistische Hoffnung auf Selbstkontrolle wird ergänzt durch Beauftragte für Geldwäschebekämpfung, die von Landkreisen und Städten ernannt werden. Nach dem, was inzwischen bekannt wurde, handelt es sich bei den „Beauftragten“ häufig um Personal, das von der Materie bisher gänzlich unbeleckt ist, wie etwa um Standesbeamte. Zusätzlich zu ihrer bisherigen Arbeit, quasi nebenher, sollen die Beamten nun den Kampf gegen die Geldwäsche aufnehmen. Nötig wären stattdessen hochkarätige Experten, die sich um das Thema in Vollzeit kümmern.

Wesentlich mehr Ehrgeiz scheint man dagegen bei einem anderen Vorhaben zu entwickeln. Trotz klammer Kassen richten die Bundesländer 50 neue Planstellen ein – für Kontrolleure, die sich nach der Verschärfung des EU-Glühlampenverbots zum 1. September auf die Suche nach „Lampensündern“ machen sollen. *Norman Hanert*

Der Staat kann nicht ins Portemonnaie schauen: Barzahlungen werden nun in Italien und Griechenland massiv begrenzt Bild: pa

KURZ NOTIERT

Niedrige Zinsen vernichten Vermögen: Die Freude beim Bundesversicherungsamt, das den Gesundheitsfonds und die gesetzliche Rentenkasse verwaltet, über die Milliarden an Überschüssen ist verhalten. Auch die gesetzlichen Krankenkassen, die mit dem Gesundheitsfonds bis Ende des Jahres rund 27 Milliarden Euro an Überschüssen einnehmen werden, klagen über das niedrige Zinsniveau. „Wenn wir ein Prozent erwirtschaften, ist das schon viel“, so ein Anlagestratege einer Krankenversicherung. Da dieser Zinssatz unter der Inflationsrate liegt, folgt daraus, dass das reale Vermögen der Versicherten schmilzt. *Bel*

Bayern profitiert am meisten vom Ökostrom: Bisher wurde allgemein davon ausgegangen, dass Bundesländer wie Schleswig-Holstein und Niedersachsen am meisten vom Ökostrom aus Windkraft, Sonne und Biogas profitieren, doch neue Zahlen legen offen, dass Bayern mit Abstand am meisten vom Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) profitiert. 2011 wurden 13,5 Milliarden Euro über die EEG-Umlage umverteilt. Nach Bayern flossen netto 1,1 Milliarden Euro, nach Schleswig-Holstein 379 Millionen Euro, Brandenburg 363 und Niedersachsen 355. Größte Zahler waren Nordrhein-Westfalen (2,3 Milliarden Euro), Baden-Württemberg (362 Millionen), Berlin (349 Millionen) und Hessen (291 Millionen). *Bel*

IWF lobt Island: Das im Gegensatz zu den Strategien des Internationalen Währungsfonds (IWF) stehende Konzept Islands zur Krisenbewältigung hat nun die Anerkennung des IWF erhalten. Island hatte seine Banken nicht gerettet und die Gläubiger statt den isländischen Steuerzahlern die Verluste übernehmen lassen. Zudem wurde der Sozialstaat geschützt und Island so vor dem Kollaps bewahrt. Diese Schritte seien Antriebskräfte einer starken Wirtschaftserholung gewesen, so der IWF. *N.H.*

»Diese Euro-Rettung vernichtet unsere Freiheit«

Der renommierte ESM-Gegner Rolf von Hohenhau erklärt, warum er durch den Rettungsfonds die Demokratie in Gefahr sieht

Der Präsident des Bundes der Steuerzahler in Bayern, Rolf von Hohenhau, führt den Widerstand gegen den Euro-Rettungsfonds ESM mit an. Wenige Tage vor der maßgeblichen Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes über die Rechtmäßigkeit des ESM zieht er auch in der *PAZ* gegen diesen zu Felde. Die Fragen stellte Rebecca Bellano.

PAZ: *Sehr geehrter Herr von Hohenhau, Sie engagieren sich stark bei www.stop-esm.org. Warum sind Sie so massiv gegen den Euro-Rettungsfonds ESM?*

Hohenhau: Nun, dazu könnte man ein Buch schreiben, aber ich will versuchen mich kurz zu fassen und die Dinge auf den Kern zu reduzieren. Die Euro-Krise ist ein Produkt der Fehlkonstruktion des Euro beziehungsweise der Euro-Gemeinschaft: Schwache und starke Länder unterschiedlichster wirtschaftlicher, politischer und kultureller Art wurden über eine Währung zu einer Zwangsgemeinschaft verkoppelt und sollen sich nun in allen Dingen, vor allem bei den Finanzen, auf ein in jeder Hinsicht durchschnittliches Niveau einigen. Gewissermaßen ein Mietshaus mit 17 Parteien, die alle das gleiche denken und tun sollen und vom EU-Hausmeister überwacht werden. Das war schon vom Ansatz her unsinnig und undemokratisch. Natürlich haben sich die Mietparteien nicht an die Regeln gehalten und die Schwächeren auf Kosten der Stärkeren ihren Vorteil gesucht und gefunden, wo immer sie konnten. Das ist verständlich. Ich rede hier nicht von den durchwegs sympathischen Bürgern der einzelnen Nationen, die meist nur Statisten sind, sondern von deren Regierungen. Zusätzlich wurden die Stabilitätskriterien des Vertra-



Rolf von Hohenhau Bild: pa

ges von Maastricht rücksichtslos gebrochen – von den Regierenden. Die Regierenden und die Parteien, oft auch unter Mitwirkung der Opposition, haben die Krise ausgelöst, nicht die Banken. Die Banken haben in diesem Chaos riskante Geschäfte gemacht und wollen nun eingetretene Risiken – wie üblich – komplett auf die Bürger abwälzen. Und die Politiker, die an allem schuld sind und das vertuschen wollen, helfen Ihnen dabei. Den Bürgern in Europa wird dies als alternativlose Euro-Rettung verkauft. Die Mainstreampresse hilft bei dieser Täuschung mit, denn die Verbindungslinien und Verflechtungen des Geldkartells reichen bis weit in die Kapitalstruktur der großen Pressekonzerne hinein. Sollte der ESM Wirklichkeit werden, ist das gleichbedeutend mit der Beendigung unserer demokratischen Republik, wie wir sie seit 1949 kennen. Unser politisches System verwandelt sich dann unmittelbar in eine Scheindemokratie unter der Herrschaft der vom Geldkartell ferngesteuerten Gouverneure des ESM. Schlagwortartig lässt sich, wie wir schon öfters auch schon zum Fiskalpakt ausgeführt haben, Folgendes sagen: Hauptaufgabe der verkappten ESM-Mega-Bank ist die Installation eines Systems, das 1) bestehende Kredite des Großkapitals absichert (Insolvenzvermeidung), 2) Groß-Kreditrisiken auf EU-Bürger verlagert, die Gewinne aber dem Geldkartell zuweist, 3) die zukünftige Kreditabhängigkeit Europas regelt und dauerhaft festschreibt. Wie in einem riesenhaften Fischteich werden die Euro-Länder zusammengefasst, entnationalisiert, entmachtet und dauerhaft reguliert.

PAZ: *Sie behaupten, der ESM benötigt gar keine Banklizenz, um an Geld der Europäischen Zentralbank zu kommen. Wie kommen Sie darauf, wo doch die Politik darüber diskutiert, ob eine Banklizenz sinnvoll sei?*

Hohenhau: Das ergibt sich unmittelbar aus dem Wortlaut des ESM, Art 32 (9). Jeder kann das nachlesen, wenn er sich fünf Minuten Zeit nimmt. Hier gibt es nichts zu diskutieren. Der Wortlaut ist eindeutig. Nehmen wir einmal an, jedermann braucht einen Führerschein. Wenn nun durch einen internationalen Vertrag geregelt wird, dass die Angestellten der Europäischen Zentralbank von der Führerscheinpflicht befreit sind, dürfen die dann fahren oder nicht? Die ESM-Lizenzbefreiung ist also das Recht, normalerweise lizenzpflichtige Geschäfte ohne Lizenz zu betreiben, nichts anderes. Und wenn sich bei dieser Sachlage die Kanzlerin hinstellt und so tut, als „wehre“ sie sich „gegen die Banklizenz an den ESM“, dann ist das nur ein weiteres ihrer schon gewohnheitsmäßigen Täuschungsmanöver. Man kann das auch unverblümt als indirekte Lüge abqualifizieren.

PAZ: *Sie behaupten, die politische Debatte um die Banklizenz sei ein Ablenkungsmanöver. Wie meinen Sie das?*

Hohenhau: Die Täuschungs- und Ablenkungsmanöver der Regierung erschöpfen sich nicht in der Diskussion um die ESM-Banklizenz. Die grobe Verfassungswidrigkeit des ESM ist der Regierungsspitze und den Spitzen der Opposition bekannt. Doch aus den geschilderten Gründen ist ihnen der Bruch der Verfassung egal. Sie wollen nur ihre Haut und das europaweit über EU-Positionen verschränkte Parteiensystem retten, ihre politische Heimat, die sie durch eigene Unfähigkeit bei Installation und Betrieb der Euro-Zone an den Abgrund geführt haben. Die Regierung tut alles, damit die Bevölkerung keinen Überblick über die Funktionsweise und die eigentlichen Ziele des

Bürger werden belogen und betrogen

ESM bekommt. Insbesondere werden die ungeheuerlichen, staatsvernichtenden Haftungsrisiken dieser „Rettungspolitik“, die in Wirklichkeit eine finanzielle „Vernichtungspolitik“ ist, der deutschen Bevölkerung gezielt verschleiert. Die Bürger sollen nicht merken, dass es um ihr Vermögen, ihre Zukunft und die ihrer Kinder geht, wenn „Rettungsgelder“ auf Umwegen, etwa über Griechenland, zu den Großkreditgebern dieser Welt fließen. Der normale Grieche hat damit gar nichts zu tun. Er ist schon heute Opfer dieser Machenschaften, wie es die Deutschen bald selbst sein werden. Das muss verschleiert werden. Was liegt da näher, als über alles Mögliche zu reden, zum Beispiel über die Frage, ob der ESM eine Banklizenz benötigt oder nicht. So wird von der Hauptfrage abgelenkt: Wer soll das bezahlen? Die Griechen und Portugiesen sicher nicht mehr. Einem nackten Mann kann man nicht in die Tasche langen. In erster Linie sind wieder einmal die Deutschen dran. Ich hoffe, es wird nicht zu spät sein, bis unsere Bürger das merken.

PAZ: *Trotz Ihrer guten Argumente haben sich bisher nur 37 000 Bürger von 82 Millionen Deutschen Ihrem Kampf gegen den ESM angeschlossen. Wieso bewegt dieses so existentiell wichtige Thema so wenig Menschen?*

Hohenhau: Tatsächlich bewegt das Thema Millionen Menschen, aber nur einige zehntausend sind bislang zu 100 Prozent informiert. Denn es ist der Regierung und den Hauptmedien gelungen, das Thema so zu verkomplizieren und zu vernebeln, dass jeder, der sich damit nicht gezielt beschäftigt, nur „Bahnhof“ versteht, wie es im Volksmund heißt. Die *PAZ*-Leser sollen unseren Aufsatz „Der große Coup“ studieren, dann wissen sie nach einer Stunde, um was es geht. Wenn sie danach www.stop-esm.org unterzeichnen, wird sich das Wissen um die Gefahren dieser freiheitsvernichtenden Euro-Politik exponentiell verbreiten.

Kein Respekt

Von Jan Heitmann

Frei nach dem Motto „Recht ist, was der Politik nützt", hat Wolfgang Schäuble deutlich gemacht, was er von der Gewaltenteilung hält: nicht viel. Der Bundesfinanzminister erwarte, so ließ er Anfang der Woche bei einer Konferenz in Straßburg verlauten, dass das Bundesverfassungsgericht den Euro-Rettungsfonds ESM und den EU-Fiskalpakt durchwinken werde. Er sei nämlich sicher, dass das Gericht die europäischen Vereinbarungen „nicht blockieren" werde. Die Behauptung, dass die Bundesregierung die Verträge „gewissenhaft geprüft" und für verfassungsrechtlich in Ordnung befunden habe, reicht ihm offensichtlich als Legitimation für den Versuch, den Verfassungshütern ihr Urteil vorzugeben und sie zu Handlangern der Politik zu degradieren.

Ist sich Schäuble überhaupt bewusst, über wen er da spricht? Das Bundesverfassungsgericht ist nicht irgendein juristischer Debattierclub, sondern ein Verfassungsorgan. Als solches ist es eine der unverzichtbaren Säulen unserer Demokratie, deren Unabhängigkeit unter allen Umständen zu achten und zu wahren ist. Das gilt auch und gerade für Mitglieder der Bundesregierung. Aus gutem Grund war es bislang üblich, die Rechtsprechung der Verfassungsrichter nicht durch politische Einmischung zu erschweren. Die Verwendung des Wortes „blockieren" durch den Finanzminister offenbart indes, dass für ihn das Bundesverfassungsgericht in erster Linie ein lästiger Störenfried zu sein scheint, der mit seinen Urteilen zur Verfassungsmäßigkeit von politischen Entscheidungen das Regierungshandeln behindert.

Schäuble ist Jurist. Er weiß sehr wohl, über wen er da spricht. Er weiß sehr wohl, dass das Bundesverfassungsgericht keine von der Gnade der Regierenden abhängige Institution ist, die deren Politik in irgendeinem übergeordneten Interesse abzunicken hat. Bei den Entscheidungen der Verfassungshüter geht es um Recht. Um Recht, das nicht der Beliebigkeit der Regierungspolitik geopfert werden darf. Alles das weiß Schäuble. Und dennoch verlagert er die verfassungsrechtliche Prüfung der Vertragswerke zur „Euro-Rettung" von der juristischen auf die politische Ebene. Er tut dies, indem er den Versuch unternimmt, das Gericht dahingehend zu beeinflussen, die realitätsferne und gefährliche Euro-Politik juristisch zu decken. Wenn ein Minister und Jurist sich zu solchen Mittel versteigt, muss er schon ziemlich verzweifelt sein, einfach nur dreist oder beides. Auf Schäuble dürfte Letzteres zutreffen. Er dürfte erkannt haben, dass die Bundesregierung mit ihrer fatalen Euro-Politik am Scheideweg steht und dass das Bundesverfassungsgericht mit seinem bevorstehenden Urteil eindeutig die Richtung weisen wird. Eine Richtung, die eben nicht zwangsläufig die sein muss, die die Politik sich wünscht. Die Lage des Euro scheint dem Bundesfinanzminister so prekär zu sein, dass er kurzerhand die Gewaltenteilung außer Kraft setzt, um doch noch zum Ziel zu kommen. Wer so handelt zeigt, dass er keinen Respekt mehr vor Recht und Demokratie hat.

> Recht soll Politik geopfert werden

Gestrauchelte Kronprinzessin

Von Rebecca Bellano

Zweimal hatte sich Ursula von der Leyen (CDU) schon als Bundespräsidentin gesehen, doch sie profitierte weder vom überraschenden Rücktritt Horst Köhlers 2010 noch von Christian Wulffs erzwungenem Abgang. Nun sitzt Joachim Gauck fest auf dem Stuhl und die karrierebewusste Arbeitsministerin blickt wieder begierig auf die Kanzlerin Angela Merkel, die sie nun zu beerben hofft. Nachdem der selbsternannte Kronprinz der Kanzlerin Norbert Röttgen bei der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen derart gescheitert ist, dass er nicht nur sein Amt als CDU-Landeschef, sondern auch als Bundesumweltminister verlor, rechnet sich von der Leyen gute Chancen auf die Nachfolge der nur vier Jahre älteren Merkel aus.

Doch mit ihrer Forderung nach einer Zuschussrente könnte sich die Niedersächsin jetzt ins Aus geschossen haben. Denn außer der Piratenpartei finden inzwischen nur noch wenige Sozialverbände und Sozialdemokraten ihre Idee gut. Dabei hatte alles zuerst ganz gut angefangen. Von der Leyen preschte mit ihrer so sozial anmutenden Idee nach vorne und erhielt auch erst Zustimmung aus ihrer Partei. Bei der FDP errechnete man zuerst, dass diese Zuschussrente zwar gut für Geringverdiener sei, deren Rente auf 850 Euro erhöht werden würde, aber schlecht für alle anderen. Und da es bei der gesetzlichen Rente in den nächsten Jahrzehnten aufgrund der demografischen Entwicklung ein Einnahmeproblem angesichts der steigenden Zahl der Rentenempfänger geben wird, würden bei von der Leyens Plänen, jene, die ihr Leben lang gearbeitet haben, noch weniger bekommen als bereits befürchtet. Schnell kamen auch andere dahinter, dass von der Leyen die drohende Altersarmut nur anders verteilen würde, nicht aber beheben oder wenigstens reduzieren – und so steht die eifrige Ministerin erneut ohne einen messbaren Erfolg da.

> Mit der Zuschussrente scheitert ein weiteres Prestigeprojekt

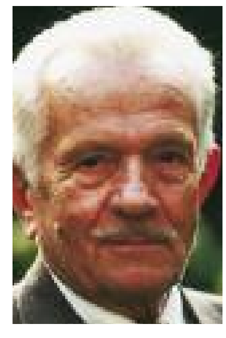
Schon in ihrer Position als Familienministerin stand die heutige Arbeitsministerin für politisch links anzusiedelnde Prestigeprojekte, mit denen auch die Kanzlerin der CDU ein sogenanntes moderneres Image verleihen wollte. So wurde den Deutschen das Elterngeld als Mittel für mehr Geburten verkauft. Erst sah es so aus, als würden die Geburtenzahlen steigen und von der Leyen feierte ihren Erfolg, doch dann zeigte sich schnell, dass mehr Geld allein zumindest für die begehrte Mittelschicht kein Grund für mehr Kinder ist. Auch ihre gegebene Garantie für einen Krippenplatz ab 2013 für jedes Kind ab dem vollendeten ersten Lebensjahr erweist sich für ihre Amtsnachfolgerin im Familienministerium als schwer umsetzbar. Zudem machte sich die 53-jährige mit ihrer Forderung nach einer festen Frauenquote in Aufsichtsräten und der Befürwortung eines gesetzlichen Mindestlohns in ihrer Partei nicht nur Freunde. Bei so einer durchwachsenen Bilanz eignet man sich eigentlich nicht als Kronprinzessin. Doch wo ist die Konkurrenz?



Sieh zu und lerne: Die sozialdemokratische Politik von Ursula von der Leyen (r.) fand zumeist die Zustimmung der Kanzlerin. Doch die Erfolge lassen auf sich warten.

Bild: pa

Moment mal!



Patriotismus muss gelebt werden

Von Klaus Rainer Röhl

Was ist die Gemeinsamkeit zwischen einem Wolgadeutschen, dem es zur Zeit Stalins verboten war, Deutsch zu sprechen, und dessen Muttersprache auch noch 50 Jahre danach verpönt war, was dazu führte, dass er bei seiner Ausreise nach Deutschland kaum ein Wort Deutsch konnte, und dem Fußballstar Mesut Özil? Oder auch dem Grünen-Politiker Cem Özdemir? Alle sind Deutsche. Aber warum machen weder Özil noch ein paar andere Mitglieder der deutschen Nationalmannschaft den Mund auf, wenn die deutsche Nationalhymne gespielt wird? Das ist zumindest befremdlich. Liebe zum Vaterland kann man nicht in den Pass schreiben, die hat man wie alle Franzosen, Spanier und Portugiesen, Polen, Engländer und Griechen. Oder man hat sie nicht. Liebe zu seinem eigenen Land kann man nicht verordnen, aber zum Glück auch nicht verbieten. Patriotismus ist, zum Leidwesen aller rot-grünen Linken, noch nicht verboten. Die Väter und Mütter des Grundgesetzes, die 1949 eine Verfassung für das durch Krieg und Diktatur zerstörte Deutschland verabschiedeten, waren nicht nur makellose Demokraten, sondern auch Patrioten, als sie am 23. Mai 1949 befanden:

„Im Bewusstsein seiner Verantwortung vor Gott und den Menschen, von dem Willen beseelt, seine nationale und staatliche Einheit zu wahren und als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen, hat das deutsche Volk, ... um dem staatlichen Leben für eine Übergangszeit eine neue Ordnung zu geben, kraft seiner verfassungsgebenden Gewalt dieses Grundgesetz beschlossen ."

Sie hatten auch keine Bedenken, als sie in Paragraf 116 festschrieben, wer Deutscher ist: Neben den Bewohnern Deutschlands in den Grenzen von 1937 auch „Volkszugehörige", also Menschen deutscher Abstammung.

Dieser Begriff der Volkszugehörigkeit wurde später auch auf Deutsche im Ausland angewandt, die zum Beispiel in Russland jahrhundertelang ihre deutsche Sprache gepflegt hatten, trotz Verboten und Terror. Seit dem 1. Januar 1993 werden sie Spätaussiedler genannt. Gegen diesen Zuwachs an vielen hunderttausend deutschstämmigen Staatsbürgern lief die gesamte Linkspresse vergeblich Sturm und forderte im Gegenzug die Einbürgerung immer neuer nichtdeutscher Personengruppen. Das Grundgesetz wurde in der Folgezeit häufig geändert. Dabei galt nicht mehr die Zugehörigkeit zum deutschen Volk, sondern Beliebigkeit.

> Deutschkenntnisse allein machen keine Deutschen

Zu den wenigen Voraussetzungen, die für die Erteilung der deutschen Staatsbürgerschaft noch geblieben sind, gehört theoretisch die deutsche Sprache. Zum Glück kann man die auch jedem ehemaligen Bewohner Anatoliens beibringen, wenn er nicht ganz auf den Kopf gefallen ist. Kinder lernen ja schnell, fast spielend. Deshalb sprechen dann die Nachkommen der Türken manchmal flüssiger und eleganter als manche deutsche Unterschicht-Kinder, denen trotz vielen guten Willens und sogar Schüler-Bafögs der Besuch guter Schulen versagt blieb.

Eene meene muh, und deutsch bist du! Eigentlich können alle Bewohner unseres Planeten, zurzeit rund sieben Milliarden, Deutsche werden, wenn sie neben dem Wunsch, in die großzügigste Kranken- und Sozialfürsorge der Welt einzusteigen, noch ein paar Brocken Basisdeutsch lernen, lange genug in Deutschland leben oder hier als Kinder Illegaler geboren sind. Brauchen wir eigentlich die zahllosen Pass-Deutschen wirklich so sehr, wie uns dauernd eingeredet wird? Die Programm-Kommission der CDU hatte schon 2009 unter Vorsitz des CDU-Generalsekretärs Ronald Pofalla ein Papier ausgearbeitet, das nichts Gutes hoffen ließ. So wurde der frühere Ansatz, Deutschland sei „kein Einwanderungsland" gestrichen, zugunsten des bewusst unscharf formulierten „Deutschland ist ein Integrationsland". Integration? Bisher gab es nur das millionenfach missbrauchte Asylrecht, und die schließlich hingenommene Ansiedlung von mindestens einer Million für den deutschen Arbeitsmarkt gänzlich unqualifizierter Wirtschaftsflüchtlinge und ihrer Großfamilien. Diese „Einwanderung" ist das Gegenteil einer möglicherweise nötigen Anwerbung von qualifizierten Arbeitskräften in einigen Branchen. Die Ermutigung junger Familien, mit wirklich großzügiger finanzieller Unterstützung mehr als ein Einzelkind aufzuziehen, wäre der bessere Weg. Auch dazu gehört Liebe.

Die Liebe zu seinem Volk, seiner Sprache und seiner Geschichte ist nicht im Schnellkurs zu erwerben. Patriotismus steht nicht im Einbürgerungsgesetz. Die Griechen, schon 1453 unter die Herrschaft der Türken geraten, erkämpften ihre Sprache und damit ihre Identität unter der unvorstellbar langen 400-jährigen Herrschaft der Türken – Sprache als Bestandteil ihrer Identität. So konnten sie nach 400 Jahren in blutigen Kämpfen die Türkenherrschaft abschütteln. Als Nation.

> »Mit der Heimat im Herzen die Welt umfassen«

Die deutsche Sprache ist älter als das erste Reich unter Heinrich I. Die Vorfahren der Deutschen benannten sich nach der gemeinsam gesprochenen Sprache, dem „tiudisk", der von der Kirche missbilligten „Volkssprache", einer Weiterentwicklung mittelgermanischer Dialekte in Franken, Sachsen, Thüringen, Bayern und Böhmen mit erstaunlicher Bindungskraft durch die Jahrhunderte. Der erste große Dichter der Deutschen, Walther von der Vogelweide, benennt seine Landsleute nach der Sprache, die sie sprechen, „tiutsche zunge" und preist das Land zwischen Elbe und Rhein, vom Meer bis nach Ungarn als besser und schöner als alle anderen Länder. Zur gleichen Zeit entstand, fußend auf mündlich überlieferten Gesängen über Armin den Cherusker und den Drachentöter Siegfried mit dem „Nibelungenlied" ein den großen Werken der Antike ebenbürtiges Versepos. Parteienhader und politische Kämpfe der Deutschen untereinander verhinderten nicht die breite Entfaltung und Blüte unserer Muttersprache. Als man im 19. Jahrhundert begann, ihre Zeugnisse liebevoll zu sammeln und zu veröffentlichen, kam eine erstaunliche Vielfalt zum Vorschein. Doch der reiche deutsche Wortschatz, in Grimms Wörterbuch gute 40 000, verkümmert. Verkümmert wie eine aussterbende Tier- und Pflanzenart in der Klimakatastrophe. Artensterben der Sprache. Kiezdeutsch, nachäffendes Englisch („Denglisch") und Gender-Deutsch mit seinen grotesken Erfindungen beherrschen die Sprache. Keine guten Zeiten für Patrioten.

Und doch – hier schließen wir jede Wette ab – kurz vor der nächsten Wahl wird von Angela Merkel und ihren RatgeberInnen der Patriotismus zum Wählerfang wieder zur Diskussion gestellt werden. Zugleich mahnen dann wieder die falschen Freunde die Kanzlerin, alles zu meiden, was auch nur entfernt nach „rechts" aussieht. Das aber ist praktisch die ganze Partei. Es gibt rechte und konservative Grundstimmungen, jede Befragung zeigt das. Nicht nur in Schützengilden, Heimatvereinen, bei Millionen Fußballfans und den Millionen der von den Linken besonders gehassten „Stammtischbrüder". Die Liebe zur deutschen Sprache gehört übrigens dazu. Der Verein Deutsche Sprache (VDS), der gegen die Sprachverwilderung kämpft, steigerte seine Mitgliederzahlen in den letzten Jahren um 200 Prozent. „Denglish" ist seitdem bei Deutschen, die ihre Muttersprache lieben, auf dem Rückzug. Immerhin etwas, und auch dieses Etwas sollte zu denken geben.

Der Trend geht zur Nation. Überall in Europa. „Mit der Heimat im Herzen die Welt umfassen!" So wird Europa gedeihen. Ein Europa der Vaterländer. Nicht der Banken und Währungen.

Aus jeder Weltregion ein Exemplar

Presse- und Mediengeschichte in der Stadt Karls des Großen – »Bleiwüsten« aller Art in großem Archiv

Der Spruch „Nichts ist so alt wie eine Zeitung von gestern“ mag anderswo gelten, nicht jedoch im Internationalen Zeitungsmuseum (IMZ) in Aachen. Hier eröffnete 1886 der mit Jakob Grimm bekannte Privatgelehrte Oskar von Forckenbeck ein Museum, das bis zur Gegenwart als weltweit einmalige Institution besteht.

„Die Zeitung ist die Konserve der Zeit“, formulierte einmal Karl Kraus. Oskar von Forckenbeck (1822–1898) gab seiner Gründung eine klare Konzeption: Zeitungen sind Kulturgüter und das Pressewesen muss umfassend dokumentiert und eingehend erforscht werden. Daran hielt man sich von Anfang an: 1887 besaß das Museum 16 000 Zeitungsexemplare, 1892 50 000, 1898 80 000, davon ein Drittel ausländische Blätter in 43 Sprachen. Heute sind es rund 200 000 Exemplare, davon 180 000 erschlossen und immer mehr digitalisiert. Auch die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist Bestandteil der Sammlung.

Seit 1931 residiert das Museum in der Pontstraße in Aachen in einem der ältesten Häuser der

Ende der 90er Jahre war fast Schluss

Kaiserstadt Karls des Großen, im späten 15. Jahrhundert Sitz eines Metallbetriebs, später Salzfaktorei, Polizeiwache, gar Gefängnis, im 20. Jahrhundert Museum, erst für Kunst, dann für Zeitungen. Der Zweite Weltkrieg schadete dem Museum wenig, zumal die Bestände rechtzeitig ausgelagert waren.

Am 19. Oktober 1962 wurde es mit einer Gedenkfeier für Paul Julius Reuter, Gründer der Nachrichtenagentur „Reuters“, wiedereröffnet. Es setzte die alte Arbeit fort und kümmerte sich um Aufkäufe, die lange nicht getätigt werden konnten oder durften: jüdische Zeitungen, revolutionäre Blätter, Auslands- und DDR-Presse sowie historische Gazetten.

Das alles fand Zustimmung beim Publikum, aber Ablehnung bei den Bürokraten, die rapide wachsende Kosten beklagten. Ende der 90er Jahre stand das IMZ vor dem Aus: Eine einzige Dreiviertelstelle gab es noch, die laufende Arbeit erledigten selbstlose Enthusiasten aus dem IMZ-Förderkreis. Aber die Zeit wurde überstanden und die Auferstehung des IMZ mutete als modernes Märchen an.

„Fortes fortuna adjuvat“, wussten die alten Römer und wissen die modernen Aachener: „Glück unterstützt die Tapferen!“ Tapfer waren die Urenkel von Carolus Magnus am 10. Dezember 2006, als sie per Bürgerentscheid das unausgegorene Projekt „Bauhaus Europa“ ablehnten, das dem historischen Katschhof zwischen

Bildmanipulation und Textzensur

Dom und Rathaus eine Glasglocke aufstülpen sollte. Zum Glück für die Tapferen wurden bewilligte Mittel zur „Route Charlemagne“ umgewidmet, dem Rundgang zu zehn historischen Plätzen der Stadt, darunter auch das IMZ. Zwei Jahre lang modernisierte man das Museum, wobei alte Zeitungsexponate (Kriegsende, Mauerbau, Mauerfall, Kennedyattentat, Mondlandung) im Magazin verschwanden – was dem Erhaltungszustand der Blätter zugutekommt. Geblieben sind vertraute Dauerausstellungen und neue Wechselausstellungen, nun weg von der Präsentation von Zeitungen hin zum ganzheitlichen Medienbild: Zeitungen in aller Zeit, Radio in den 30er Jahren, TV in den 50ern, Internet seit dem Jahrhundertbeginn, dazu Text-, Ton- und Bildbeispiele, Exkurse über Schreib- und Lesekultur Jahrhunderte vor Christi Geburt, Bildmanipulationen und Textzensur. Dazu eine Bibliothek mit 30 000 Bänden und laufend neues Material, zum Beispiel vom Auswärtigen Amt Bände russischer Blätter 1914 bis 1954.

Aachen, Sitz der berühmten Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule (RWTH), hat mit dem neugestalteten IMZ ein weiteres Wissenschaftszentrum gewonnen, worüber Oberbürgermeister Marcel Philipp ins Schwärmen gerät: „Das Museum ist der große Wurf. Eine Qualität wurde erreicht, die einfach gut ist und den hohen Einsatz von Investitionen und Personal rechtfertigt. Es ist eine tolle Ergänzung zu dem, was wir in Aachen zu bieten haben, nämlich Medienkompetenz und Mediengeschichte in der Stadt Karls des Großen“.

Kurt Tucholsky, der große nachdenkliche Publizist der Weimarer Republik, prägte einmal den Satz: „Nähme man den Zeitungen den Fettdruck – um wieviel stiller wäre es auf dieser Welt!“ *Wolf Oschlies*

Internationales Zeitungsmuseum, Pontstraße 13, 52062 Aachen, Telefon (0241) 4324910, Geöffnet: Dienstags bis sonntags 10 bis 18 Uhr, montags geschlossen. Öffentliche Führung immer sonntags 14 bis 15 Uhr. Eintritt: 5 / 3 Euro.



Bild: J. Schwarz/dapd

Eine Besucherin schaut sich eine Darstellung der spanischen Zeitung „El Mundo“ auf einem Monitor an: Nach Umbau völlig neu konzipiert und modernisiert

Mit der Leica durch die Sowjetunion

Es gibt nichts Aufschlussreicheres, als ein Land mit sich selbst zu vergleichen“, schrieb der prominente Fotograf Henri Cartier-Bresson (1908–2004), nachdem er 1953 und 1972 durch die UdSSR gereist war. Der Schwarz-Weiß-Künstler, der während der deutschen Besatzung von Paris für die Résistance fotografierte, hatte mit einem Moskau-Buch freundliche Aufmerksamkeit der Sowjets erregt, durfte ins Land kommen, dort (fast) nach Belieben knipsen, musste nur die Bilder vor Ort entwickeln lassen. 19 Jahre danach wiederholte er die Reise, um „den Faden der Kontinuität zu entdecken“. Das Resultat präsentiert das Aachener IMZ noch bis 28. Oktober unter dem Titel „Russia“. Die Kontinuität, die der von Menschen faszinierte Virtuose der Leica-Kamera entdeckte, war desillusionierender, als er wohl bemerkt hatte: Freudlose Massen in trister Umgebung, Arbeiter in schmutzigen Werkskantinen, Soldatenkolonnen auf dem Roten Platz, bedrückende Szenen, doch alle in lichtbildnerischer Meisterschaft festgehalten. *W.O.*

Kantine für Bauarbeiter des Hotels Metropol. Moskau, 1954



Bilder: Henri Cartier-Bresson/Magnum Photos

Besucher am Sevansee. Armenien, 1972

Viel Kunst auf wenig Raum

Potsdam trumpft auf: Ausstellung von hochkarätiger DDR-Malerei aus der Sammlung von Hasso Plattner

Die Ausstellung wird sehr gut angenommen“, freut sich die Museumsangestellte am Eingang zum Haus der Brandenburgisch-Preußischen Geschichte in Potsdam, wo noch bis zum 16. September der SAP-Chef Hasso Plattner der Öffentlichkeit Einblicke in seine private Gemäldesammlung gewährt. „An einem Sonntag waren es sogar um die 800 Gäste“, fügt sie begeistert hinzu.

Sogar aus Leipzig kommen die Kunstfreunde extra angereist. Kein Wunder, sind doch hier Werke der „Alten Leipziger Schule“ – vertreten durch Bernhard Heisig, Werner Tübke, Wolfgang Mattheuer, Arno Rink, Ulrich Hachulla und Erich Kissing – zu bewundern. Arbeiten von Willi Sitte, Otto Niemeyer-Holstein und Wieland Förster komplettieren das Ganze. 28 Bilder von neun Künstlern sind versammelt, darunter die Plastik „Der Jahrhundertschritt“ von Wolfgang Mattheuer.

Hasso Plattner ist begeisterter Sammler mitteldeutscher Kunst, die vor und nach der Revolution 1989 entstand. Potsdams Mäzen, der bereits gewaltige Summen zur Stadtsanierung spendete, wollte den Bürgern ein großartiges Geschenk machen mit dem Bau einer Kunsthalle in Potsdams Mitte. Genau dort, wo jetzt noch ein Hotelhochhaus thront. Auch den Abriss dieses Plattenbaus von 1969 hätte er finanziert. Doch er stieß auf heftige Ablehnung bei Teilen der Bevölkerung. Es gab heftige Diskussionen mit prominenter Unterstützung von Günther Jauch, Nadja Uhl und Wolfgang Joop, die diese großzügige Gabe ausnahmslos befürworteten.

Teile der Bevölkerung und die Potsdamer Partei „Die Linke“ hatten Bedenken. Vom „Verlust an DDR-Geschichte“ bis hin zur Angst um Arbeitsplätze und Touristen-Einbußen durch Sprengung des Hotels rankten sich die Befürchtungen – bis Plattner schließlich aufgab. Nun baut er die Kunsthalle auf seinem privaten Gelände am Stadtrand. Ein großer Verlust für die Stadtmitte. Nicht nur optisch hätte das Stadtbild gewonnen. Denn der Plattenbau steht mitten im ehemaligen Schlosspark des Stadtschlosses und gehört dort einfach nicht hin. „Aus ideologischen Gründen ist das Stadtschloss gesprengt worden und aus denselben Motiven ist dieser Klotz dort hin gebaut worden“, sagte Jauch in einer flammenden Rede.

Ein Blick in die Internetforen Potsdamer Zeitungen zeigt heftige Reaktionen auf jede Äußerung des Moderators. Hier geht es um etwas anderes als Kunst. Das wird jedem klar, der sich mit der Sache befasst. Allerdings sind auch sehr viele Potsdamer und andere Brandenburger dafür gewesen und schämen sich zum Teil wegen der unergiebigen Diskussion.

Sei’s drum. Die Ausstellung dürfen alle bei freiem Eintritt bewundern. In einer Spontanaktion entstand sie an schnell aufgerichteten Stellwänden mit Klemmleuchten. In einem Raum, der sonst nur Besprechungen vorbehalten ist, steht man in beinahe vertrauter Atmosphäre den Bildern gegenüber. Ganz privat kann man sich ihnen nähern und Freundschaft schließen oder Feindschaft. Je nach Gusto. Heisigs Auseinandersetzung mit dem Preußenkönig



Bild: pa

In der Ausstellung zu sehen: Werner Tübke, „Der Narr und das Mädchen“ (Ausschnitt)

Friedrich II. lässt jeden verharren. Warum hat er den Herrscher so gemalt? Und man beginnt sofort zuzustimmen oder abzulehnen oder Ähnlichkeiten in der Empfindung Friedrich gegenüber zu suchen.

Mit dem Vorurteil, DDR-Kunst sei gezwungenermaßen ausnahmslos staatstreu gewesen, kann man hier aufräumen. Obwohl es sie gibt. Doch das Gros der Gemälde gestattet dem Betrachter einen großartigen Kunstgenuss. Ein Ölbild von Walter Sitte birgt sogar einen Hauch Kandinsky in sich. Und der soll gesagt haben: „Jedes Kunstwerk ist Kind seiner Zeit, oft ist es Mutter unserer Gefühle.“ *Silvia Friedrich*

„Einblick und Ausblick“ bis zum 16. September im Haus der Brandenburg-Preußischen Geschichte, Am Neuen Markt 9, 14467 Potsdam. Dienstags bis donnerstags von 10 bis 17 Uhr, freitags von 10 bis 19 Uhr, sonnabends und sonntags 10 bis 18 Uhr. Eintritt frei.

Max Klaar hilft Neptunbrunnen

Das Neptunbecken mit dem friderizianischen Stadtschloss im Hintergrund war einmal eines der bekanntesten Potsdamer Ansichtskarten-Motive. Das größte Sandstein-Bildwerk der preußischen Garnisonstadt zeigte Neptun neben seinem Weib Amphitrite im Pferdewagen, von vier Tritonen begleitet, inmitten eines großen Wasserbeckens. Nach Kriegszerstörung und DDR-Kulturbanausentum waren davon nur Trümmer übrig. Seit der Bundesgartenschau in Potsdam 2001 wurde zaghaft mit der Wiederherstellung von „Neptuns Triumph“ begonnen.

Vergangene Woche konnte die aufwendig restaurierte Triton-Skulptur wieder auf ihren ursprünglichen Platz zurückkehren. Die Wiederherstellung wurde durch eine Spende von 60 000 Euro der Stiftung Preußisches Kulturerbe möglich, die aus der Traditionsgemeinschaft Potsdamer Glockenspiel hervorgegangen war. Deren Vorsitzender Max Klaar kündigte an, später mit noch einmal dem gleichen Betrag auch den zweiten fehlenden Triton zu finanzieren. *CR*

Kriegswende an der Ostfront 1942

Vor 70 Jahren verlor die deutsche Wehrmacht die Schlacht um Stalingrad und mit ihr die 6. Armee

Das deutsche Ostheer hatte 1942 den Auftrag, die wirtschaftlich lebenswichtigen Zentren in Südrussland zu gewinnen. Man wollte den Gegner lähmen und eine Position gewinnen, in der man auch einen Mehrfrontenkrieg bestehen konnte. Stalingrad nahm dabei eine Schlüsselposition ein. Am 13. September 1942 begann die Schlacht um die nach Josef Stalin benannte Industriestadt an der Wolga.

Gut fünf Monate vor dem Beginn der Schlacht, am 5. April 1942, war auf deutscher Seite die Weisung ergangen, bis zur Stadt vorzudringen, die dortige Rüstung lahmzulegen und die Wolga zu sperren. Als Hauptziel galt aber die Eroberung der Erdölfelder des Kaukasus bei Majkop, Grosny und Baku. Damit

Tschuikow gab die Schlacht verloren

wollte man die zentralrussischen Rüstungszentren ausschalten. So sollte die 6. Armee unter General Friedrich Paulus ganz allein Stalingrad in Besitz nehmen. Kurz darauf wurde zwar ein Teil der 4. Panzerarmee gegen Stalingrad abgezweigt, doch dies reichte nicht aus, um die Stadt rasch zu nehmen, da der Gegner laufend Reserven zur Verteidigung heranführte.

Während der Stoßflügel der 6. Armee endlich am 23. August das Wolgaufer nördlich von Stalingrad gewann, blieb die von Südwesten her angreifende 4. Panzerarmee liegen. Und als sich die beiden Stoßarme vereinigten, war der Gegner an den Stadtrand zurückgewichen, während von Norden her Entlastungsangriffe geführt wurden.

Der am 13. September mit nur fünf Divisionen begonnene Großangriff führte zu Kämpfen, die an Härte alles Bisherige in den Schatten stellten. Brennpunkte, wie etwa der Mamajew-Hügel und „Pawlows Haus“ erlangten schaurige Berühmtheit. Die Stadt sollte noch vor Einbruch des Schlechtwetters erobert werden, um dann die Flankenbedrohungen im Norden und Süden zu beseitigen. Nach und nach wurden zehn Divisionen in dieses mörderische Ringen geworfen. Nur kühne Stoßtrupps, unterstützt durch Pioniere und Sturmgeschütze, konnten noch Boden gewinnen. Die Sturzkampfbomber hielten zwar den Gegner nieder, doch die Zerstörungen begünstigten die Verteidiger.



Stellte an Härte alles Bisherige in den Schatten: Der Kampf um Stalingrad Bild: Berliner Verlag / Archiv

Ungeachtet ihrer furchtbaren Verluste setzte die sowjetische 62. Armee den Kampf fort. Stellenweise brach Panik aus, es kam zu Selbstverstümmelungen, und viele Soldaten flohen über die Wolga. Der Befehlshaber, Generalleutnant Wassili Tschuikow, verhängte schärfste Strafen gegen „Drückeberger“ und spornte die erschöpften Soldaten an. Seine Armee wurde zwar laufend verstärkt, hielt aber Anfang Oktober nur mehr den Nordteil der Stadt.

Deutscherseits hätte man sich mit dem Erreichten zufrieden geben können. Doch Adolf Hitler hatte erkannt, dass er das Hauptziel des Feldzuges, die Erdölfelder von Grosny und Baku, nicht erreichen würde. Nun sollte wenigstens Stalingrad fallen, dessen Einnahme folgenschwer sein würde. Man erwog auch den Rückzug auf eine vorteilhafte kürzere Linie. Da Hitler dazu nicht bereit war, sollte die Reststadt mit einer letzten Anstrengung erobert werden. Die Deutschen stießen am 14. Oktober bis zum Wolgaufer durch und gewannen unter härtesten Kämpfen bis zum 17. November fast den gesamten Nordteil. Die 62. Armee, die nur mehr 6500 Mann zählte, hielt nur noch drei kleine Brückenköpfe an der Wolga. Tschuikow gab die Schlacht verloren.

Das Oberkommando der Wehrmacht (OKW) war Anfang November auf Nordafrika fixiert: Erwin Rommel befand sich nach der Niederlage bei El Alamein auf dem Rückzug, während US-amerikanische Truppen in Algerien landeten. Man hielt daher sechs Panzerdivisionen in Frankreich als Reserve zurück.

Inzwischen bereitete das sowjetische Oberkommando eine Großoffensive gegen die Front der Rumänen und Italiener am Don vor. Dort stand nur eine schwache Panzerdivision in Reserve. Als am 19. November drei starke sowjetische Armeen aus ihren Brückenköpfen am Don antraten, brach die Front der Rumänen rasch zusammen, und örtliche Gegenangriffe scheiterten. Am 23. November vereinigten sich die sowjetischen Panzerspitzen 50 Kilometer westlich von Stalingrad mit dem zweiten „Zangenarm“, der von Südosten vorgestoßen war. Noch hätte ein rascher Ausbruch das Ärgste verhindern können. Es wäre die halbe Wahrheit, nur Hitler die Verantwortung für das Kommende zuzuschieben. Paulus fasste zunächst die Armee westlich von Stalingrad in einem „Igel“ zusammen und ersuchte um Handlungsfreiheit zum Ausbruch nach Südwesten.

Hochrangige Generäle plädierten für den Ausbruch, da die Armee mit 20 Divisionen unmöglich längere Zeit aus der Luft versorgt werden könne und die Kräfte zum Entsatzangriff fehlten. Doch Hitler stützte sich auf Hermann Göring, der leichtsinnig den Lufttransport von täglich 350 Tonnen versprach, eine Menge, die keineswegs gedeckt werden konnte. Auch Generalfeldmarschall Erich von Manstein, der die Heeresgruppe Don befehligte, schlug am 24. November in Hitlers Kerbe. Er hielt den Entsatzangriff für die bessere Lösung.

Dieser Angriff begann am 12. Dezember und blieb 50 Kilometer vor dem Einschließungsring liegen. Es erscheint sinnlos, Paulus vorzuhalten, den Ausbruch nicht gewagt zu haben. Er musste damit rechnen, dass seine erschöpften Verbände auf den Schneefeldern südlich der Stadt aufgerieben würden. Außerdem musste Manstein am 23. Dezember einige seiner Kerntruppen abziehen, um den sowjetischen Durchbruch im Abschnitt der Italiener abzuriegeln.

So blieb für die 6. Armee keine andere Wahl, als auszuharren und sieben sowjetische Armeen zu binden. Wären diese freigeworden, hätte die Abschnürung der deutschen Truppen, die noch tief im Kaukasus standen, kaum verhindert werden können. Immerhin hätte Hitler den Opfergang der

Für und Wider einen Ausbruchsversuch

Armee, der bis zum 2. Februar 1943 dauerte, abkürzen können, wenn er den Kaukasus rechtzeitig aufgegeben hätte.

Von den knapp 200 000 Eingeschlossenen konnten 25 000 Mann aus dem Kessel ausgeflogen werden, während 113 000 in Gefangenschaft gerieten, von denen nur 5000 heimkehrten. Der Gegner verlor allein 320 000 Mann bei der Verteidigung der Stadt. Wäre den Deutschen die Eroberung Stalingrads gelungen, hätten sie immerhin ein politisches Faustpfand gewonnen. Eine erfolgreiche Verteidigung an Don und Wolga hätte gemeinsam mit den Abwehrsiegen an den übrigen Abschnitten der Führung neue Chancen geboten, etwa für einen Sonderfrieden.

Heinz Magenheimer

Als »Mr. Tagesschau« ging

Vor 25 Jahren las Karl-Heinz-Köpcke letztmalig die Nachrichten

Mittlerweile gehört das Sprecherantlitz zur „Tagesschau“ wie der Punkt zum i. Aber das war nicht immer so. Als die „Tagesschau“ 1952 begann, hörte der Zuschauer den Sprecher noch aus dem sogenannten Off, sprich, er war nicht zu sehen, so wie es bei der Wochenschau üblich war und heute noch bei „Euronews“ gehalten wird. Erst seit 1959 gibt es einen sichtbaren Sprecher, wie er mittlerweile bei den Nachrichtensendungen die Regel ist. Dieser erste sichtbare Nachrichtensprecher war Karl-Heinz-Köpcke. 1964 folgte seine Ernennung zum Chefsprecher.

Zum Funk kam der Hanseat über das Militär. Nach dem Abitur, einer angefangenen Kaufmannslehre und dem Arbeitsdienst wurde der am 29. September 1922 in Hamburg geborene Sohn eines Technikers bei der Luftwaffe zum Funker ausgebildet. Als er 1945 in französische Kriegsgefangenschaft geriet, war er Funktruppführer. 1946 fing er bei Radio Bremen an. Dort arbeitete er bereits als Sprecher, allerdings für Hörspiel- und Schulfunksendungen. Köpckes vertrauenerweckende Stimme brachte ihn dann zu den Nachrichten. Ab 1949 sprach er für den Nordwestdeutschen Rundfunk die Hörfunknachrichten, bevor er dann schließlich zur „Tageschau“ ging.

Dort trug er das Seine dazu bei, dass die „Tagesschau“ zu einer Institution wurde mit einer von anderen Nachrichtensendungen unerreichten Glaubwürdigkeit in der Bevölkerung. Das, was Köpcke in der „Tageschau“ vorlas, haben 80 Prozent der Bevölkerung für die reine Wahrheit gehalten, behauptet zumindest der „Spiegel“.

Aufgrund des enormen Bekanntheitsgrades, der mit dem von Politikern wie dem Bundeskanzler oder Sportikonen wie Uwe Seeler vergleichbar war, aber auch wegen seiner Professionalität und seines Strebens nach Dezenz wurden kleinste Unregelmäßigkeiten wie ein nicht aufgesetzter Ehering bereits zum Gesprächsthema. Als Köpcke sich 1974 im Urlaub beim Tauchen die Oberlippe verletzt hatte und deshalb anschließend zum Kaschieren ein Oberlippenbärtchen trug, löste das Debatten und Proteste aus. Der Bart musste wieder ab. Die Öffentlichkeit war von Köpckes Zuverlässigkeit derart verwöhnt, dass der Boulevard die Frage aufwarf, ob Köpcke blau gewesen sei, wenn er sich doch einmal versprach.



Bild: Archiv

In seinem Element: Karl-Heinz Köpcke

Einmal verstieß das „Neutrum im eleganten Sakko“ („Spiegel“) jedoch bewusst gegen sein Dezenzideal. Als der Nachrichtensprecher bei der Einführung der „Tagesthemen“ 1978 neben dem Journalisten, der seine eigenen Texte vorträgt, nur noch die zweite Geige spielen sollte, protestierte er mit demonstrativem Rascheln und Gähnen. Dieser für Köpckes Verhältnisse lautstarke Protest war für manche der Anfang vom Ende der einmaligen Karriere des „Tagesschau“-Sprechers. Allerdings dauerte es nach der sogenannten Gähn- und Raschelaffäre noch fast ein Jahrzehnt, bis Köpcke nach über 5000 Auftritten am 10. September 1987, 19 Tage vor seinem 65. Geburtstag, das letzte Mal den Nachrichtenzettel aus der Hand legte.

Nun wollte der Ex-Nachrichtensprecher reisen und schreiben. 1973 war von ihm bereits die Anekdotensammlung „Guten Abend meine Damen und Herren“ erschienen und ein Jahr später der Roman „Bei Einbruch der Dämmerung“. Hier wollte Köpcke anknüpfen. Doch der Krebs machte ihm einen Strich durch die Rechnung. Kaum ein Jahr nach seiner Pensionierung musste er sich einer Operation unterziehen. 18 weitere folgten. Nachdem ein Jahr zuvor bereits seine Ehefrau dieser tückischen Krankheit erlegen war, kostete auch sie ihm am 27. September 1991 das Leben. Zwei Tage später wäre er 69 geworden.

Manuel Ruoff

Ein Vater des »Golf«

Für Kurt Lotz kam der Erfolg des »Käfer«-Nachfolgers zu spät

Als Kurt Lotz' Vorgänger an der Spitze des Volkswagenwerkes, Heinrich Nordhoff, 1968 überraschend an den Folgen eines Herzinfarktes starb, hinterließ er ein renommiertes Unternehmen, das er mit einer Modellpalette auf der Basis des VW „Käfer“ zum größten Automobilunternehmen Europas gemacht hatte. Allerdings galt das „Käfer“- und damit das VW-Konzept des luftgekühlten Boxermotors im Heck, der die Hinterräder antreibt, schon bei Lotz' Amtsantritt als VW-Vorstandsvorsitzender nicht mehr als auf der Höhe der Zeit. Der Trend ging stattdessen zum wassergekühlten Frontmotor mit Frontantrieb. Lotz stand ähnlich wie nach ihm sein unmittelbarer Nachfolger Rudolf Leiding der undankbaren Erwartungshaltung gegenüber, die Modellpalette grundlegend zu modernisieren und dabei weiterhin die gewohnten Gewinne einzufahren. An der Doppelaufgabe scheiterten beide.

Kurt Lotz entstammte bescheidenen Verhältnissen. Nach dem Abitur war für den vor 100 Jahren, am 18. September 1912, im hessischen Lenderscheid geborenen Bauernsohn ein Studium nicht drin. Acht Geschwister forderten auch ihr Recht. So ging er zu Vater Staat. Der als geradlinig beschriebene Hesse schlug die Polizeilaufbahn ein. 1935 machte er nicht nur das Polizeioffizierexamen, sondern wechselte auch zur Luftwaffe. Aus gesundheitlichen Gründen musste er sich von den Kampffliegern zur Flakartillerie versetzen lassen. Lotz machte bei der Wehrmacht Karriere, brachte es bis zum Generalstabsoffizier und Major. Beachtlich ist auch, dass er, kaum dass er bei Kriegsende in Kriegsgefangenschaft geraten war, noch im selben Jahr drei Fluchtversuche unternahm, von denen der letzte dann auch glückte.

Lotz zog im übertragenen Sinne die Uniform aus und startete eine zweite Berufskarriere als Kaufmann. 1946 begann er im Dortmunder Zweigwerk von Brown, Boveri & Cie. (BBC) eine kaufmännische Lehre und arbeitete sich in nur einem Dutzend Jahren vom Lohn- und Materialabrechner zum Generaldirektor der BBC in Mannheim hoch. Im Jahre 1967 holte ihn Nordhoff nach Wolfsburg zum Volkswagenwerk. Ein Jahr später war Nordhoff tot und Lotz sein Nachfolger.



Bild: Archiv

VW-Chef von 1968 bis 1971: Kurt Lotz

Bereits vor der Übernahme des Vorstandsvorsitzes hatte Lotz die Bildung einer Planungsgruppe zur Ausarbeitung einer neuen Modellpolitik initiiert, was dann schließlich zum VW „Golf“ sowie dem Audi 80 und dem VW „Passat“ führte. Diese Erfolgsmodelle kamen allerdings zu spät, als dass sie Lotz noch hätten seinen Posten retten können. Statt dessen fiel in seine Ära die Vorstellung zweier weniger erfolgreicher Volkswagen, die sich als Mittelklassewagen auch noch gegenseitig Konkurrenz machten, ohne dass ein Baukastensystem für irgendwelche Synergieeffekte gesorgt hätte. Da war zum einen der im August 1968 vorgestellte Versuch, noch einmal das Letzte aus dem veralteten „Käfer“-Konzept herauszuholen. Im Herbst 1969 folgte diesem „Nasenbär“ genannten VW 411 der konzeptionell moderne VW K70. Dieser von NSU entwickelte Wagen besaß zwar bereits einen wassergekühlten Frontmotor und Frontantrieb, konnte sich jedoch gegen den nur ein Jahr vorher vorgestellten und konzeptionell ähnlichen, aber weniger eckigen und kantigen Audi 100 aus dem selben Konzern kaum durchsetzen.

Gewinneinbrüche sowie sein Versuch, Einflussnahmen von außen auf das Unternehmen zu begrenzen, ließen Lotz scheitern. Der Nichtverlängerung seines Vertrages kam er 1971 mit seinem Rücktritt zuvor. Er zog sich ins Privatleben zurück. Die Früchte seiner Arbeit konnte er nicht mehr ernten, aber er erlebte sie noch. Er starb erst am 9. März 2005 in Hannover.

M.R.

Wie Weichsel und Netze verbunden wurden

Vor 238 Jahren konnte der erste Kahn auf dem Bromberger Kanal Bromberg anfahren

Westpreußen wurde nicht nur durch Friedrich den Großen Bestandteil des Hohenzollernstaates, sondern hat dem Preußenkönig auch viel zu verdanken. Zu nennen ist hier nicht zuletzt der Bromberger Kanal.

Im Zuge der sogenannten Ersten Teilung Polens vor 240 Jahren kam Friedrich II. in den Besitz des heutigen Westpreußen. Welchen Gewinn die Landverbindung zwischen den beiden Kerngebiete des Hohenzollernstaates, Brandenburg im Reich und (Ost-)Preußen außerhalb, auch in ökonomischer Hinsicht darstellte, zeigen die folgenden Zeilen des Franz Balthasar Schönberg von Brenckenhoff (Geheimer Finanzrat und Leiter der staatlichen Meliorationsarbeiten) an seinen König vom 27. März 1772 über die damals noch bevorstehende Teilung: „Der größte Vorteil aber, welcher Ew. Kgl. Majestät übrigen Staaten erwachsen dürfte, würde meines Dafürhaltens wohl unstreitig darin bestehen, dass Ew. Kgl. Majestät alsdann vermittels des Weichselstromes entweder über Danzig oder auch durch eine Verbindung der Netze mit der Weichsel das alleinige Commerce mit dem größten Teil Polen dergestalt erhalten würden, dass die Polen nicht allein necessiteret würden, ihre Landesprodukte wie Getreide, Holz, Wolle, Häute und dergleichen lediglich nach Ew. Kgl. Majestät Staaten zu verkaufen, sondern auch ihren Bedarf an Fabrikwaren aus Ew. Kgl. Majestät Provincen nehmen.“

Da Danzig bei der Ersten Teilung bei Polen verblieb, setzte Friedrich umso mehr auf „eine Verbindung der Netze mit der Weichsel“. Im Februar 1772, schrieb er an Johann Friedrich Domhardt (Preußischer Oberpräsident, Präsident der Kriegs- und Domänenkammern Königsberg, Gumbinnen und Marienwerder sowie der Kammerdeputation Bromberg): „Ich bin gewillt, die Weichsel mit der Netze durch einen Kanal zu verbinden und die Nogat mehr räumen zu lassen und so den Danziger Verkehr unvermerkt nach Elbing und Bromberg zu ziehen.“

Zur Vorbereitung des Baus nahm Landbaumeister Jawein Vermessungen des Bruchs zwischen Nakel und Bromberg vor und berechnete die Anlegung des Kanals mit vier Schleusen. Brenckenhoff wies auf die Notwendigkeit von Stauschleusen an der Netze hin, da durch die Begradigung der Fluss ein größeres Gefälle erhalten würde und daher der obere Teil im Sommer einen zu niedrigen Wasserstand haben würde. Der Kondukteur (Landmesser) Dornstein legte einen Bauplan für einen etwa 26 Kilometer langen Kanal vor. Der Kostenaufwand wurde einschließlich der Netzeregulierung auf 687806 Taler ohne das aus den Staatsforsten zu liefernde Holz veranschlagt, eine Summe, die sich im Nachhinein als realistisch erwies, da sie nicht wesentlich überschritten wurde. Nachdem der König alle diesbezüglichen Örtlichkeiten persönlich in Augenschein genommen hatte, wurde im Frühjahr 1773 mit dem Bau des Bromberger Kanals begonnen.

Die Arbeiten wurden, was sich sehr bald als äußerst nachteilig erweisen sollte, in einer ungewöhnlichen Eile durchgeführt und mussten im eiskalten Sumpfwasser vollzogen werden. Unterkünfte waren in dem feuchten Moor nicht vorhanden. Viele der Teich- und Deichgräber kampierten in Strauchhütten auf freiem Feld, mit der Folge, dass zeitweise bis zu 400 Erkrankte in den eigens eingerichteten Krankenzelten behandelt wurden. 1500 Menschen erlagen den Strapazen und Seuchen. Trotz der vielen Schwierigkeiten wegen des „schwimmenden Bruchs“ und der vielen Erkrankungen konnte der Bau in 18 Monaten durchgezogen werden.

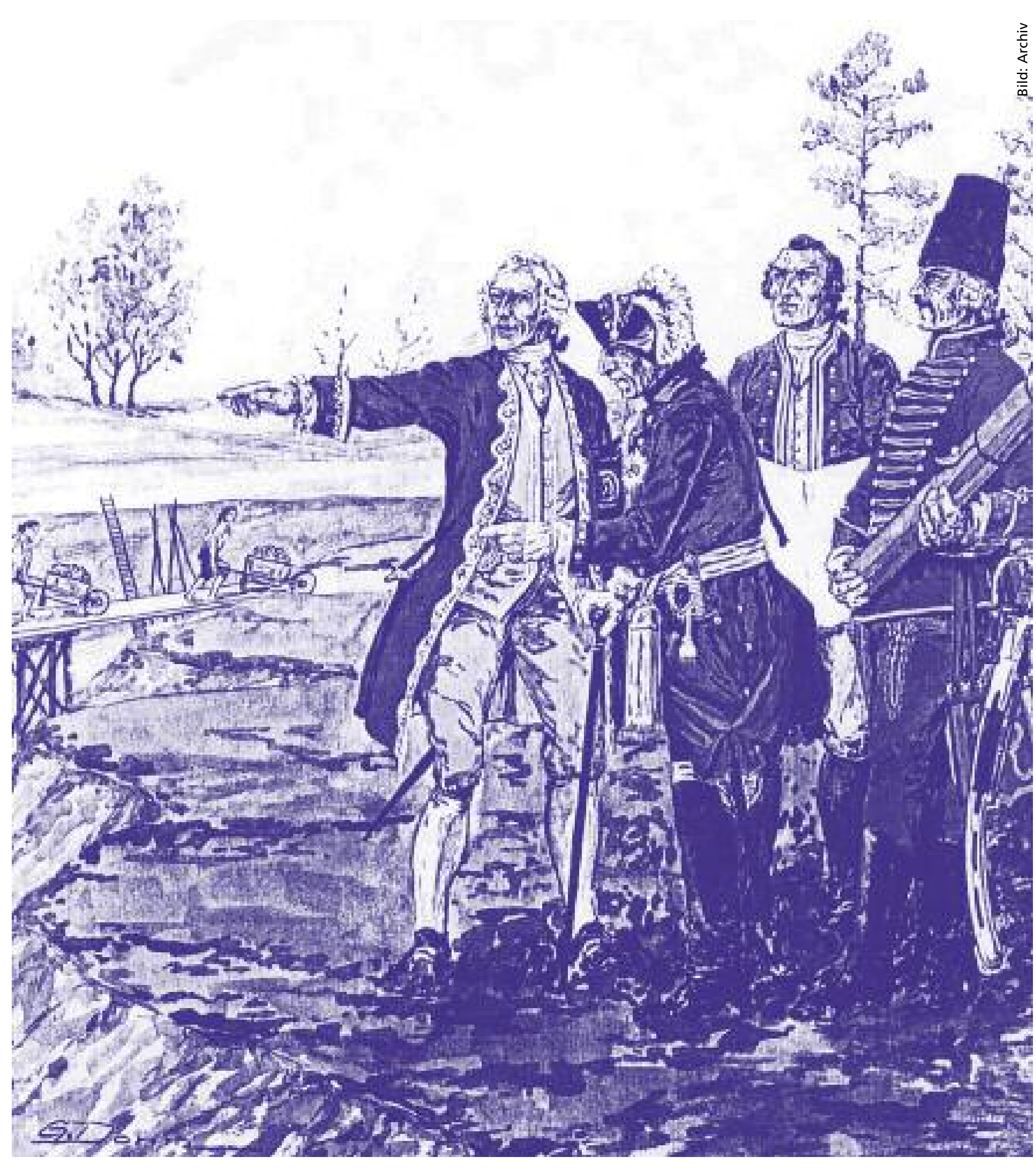


Bild: Archiv

Nicht nur im Krieg immer am Ort des Geschehens: Friedrich der Große bei Kanalarbeiten

Nachdem bereits im Juli 1774 Kanalbett und Schleusen fertig waren und auch die Netzedurchstiche zwischen Nakel und Usch ausgeführt waren, wurde der erste Versuch einer Durchfahrt unternommen. Es ergaben sich aber noch Schwierigkeiten und Verbesserungen wurden notwendig. Am 14. September 1774 schließlich konnte der erste Kahn Bromberg anfahren. Gegen Ende des Jahres 1775 meldete Brenckenhoff dem König, dass der Kanal mit allen Schleusen sich in schiffbarem Zustand befinde und dass bereits 222 Schiffe und 1151 Holzflöße den neuen Wasserweg befahren hätten.

Bis Bromberg hatte der Kanal auf der Wasseroberfläche eine Breite von 19 Metern und in der Sohle von 7,5 bis 9,5 Metern. Zehn hölzerne Schleusen, darunter zwei Doppelschleusen, wurden von den zeitweise 6000 Arbeitern errichtet. Ein „Meisterstück“ für die Zeitgenossen, denn man muss bedenken, dass allein menschliche Muskelkraft und die einfachsten Arbeitsgeräte eingesetzt werden konnten. Mit dem Bromberger Kanal war das Flusssystem der Weichsel und damit Ostpreußen an die mitteldeutschen Ströme Brandenburgs angeschlossen, die Ost-Westverbindung war hergestellt. Nach der 1772 gewonnenen Land- gab es nun auch eine Wasserstraßenverbindung zwischen Ostpreußen und Brandenburg.

Allerdings zeigten sich sehr bald die Mängel des übereilten Kanalbaues. Was vorher bereits befürchtet worden war, bestätigte 1776 die jährliche Inspektion: Dichtungsmaterial war weggeschwemmt worden und die Holzverkleidungen hatten angefangen zu faulen. Eineinhalb Jahrzehnte später wurden deshalb die Holzteile durch festes Mauerwerk ersetzt, wofür am Kanal eine eigene Ziegelei errichtet wurde.

Zur Überwachung und laufenden Unterhaltung des Kanals wurden Grundstücke von drei Morgen Land an Kolonisten vergeben, mit der Auflage, gegen ein Entgelt Wartungsarbeiten zu leisten wie das Auskrauten und Reinigen des Kanals oder die Anpflanzungen von Weiden und Pappeln. Diese Arbeiten wurden meistens im Februar und März durchgeführt, wenn die Kanalschifffahrt wegen der Frostzeit ruhte.

Der Aufwand lohnte sich, brachte der Kanal doch erhebliche Gewinne ein. In der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts wurden bei jährlich etwa 6000 Talern Unterhaltungskosten 12000 Taler erwirtschaftet. Ab 1842 konnte daher der Kanalzoll mehrmals ermäßigt werden, was wiederum zu Preissenkungen der Transportkosten führte und dem Kanal eine zusätzliche Attraktivität verlieh. 1787/88 nutzten jährlich 500 Schiffe den Kanal. 1817 waren es 755 Kähne beziehungsweise Schiffe, die durch den Kanal geschleust wurden, 1848 waren es schon 1599 Kähne beziehungsweise Schiffe und im Reichsgründungsjahr 1871 waren es sogar 4678.

Im Deutschen Reich setzte sich der Aufwärtstrend fort. Durch Ausbau wurde der Kanal in den Jahren 1905 bis 1917 zu einer großen Weichsel-Oder-Wasserstraße mit größter wirtschaftlicher Bedeutung für den Güter- und Holzfloßverkehr. In den letzten Friedensjahren verzeichnete die Netzeschleuse 22 bei Kreuz einen durchschnittlichen jährlichen Güterdurchgang von 456000 Tonnen. Nach den amtlichen Angaben des Wasserbauamtes in Driesen passierten 1912 die Kreuzer Schleuse 4626 Schleppdampfer und Güterschiffe mit 833288 Tonnen Tragfähigkeit und 291269 Tonnen Ladung sowie 4774 Flöße mit 1660535 Kubikmeter Floßholz.

Die Holzflöße kamen aus dem Land der dunklen Wälder und wurden über den Kanal Richtung Westen transportiert. Auch nach Hamburg. So wurde nach dem dortigen großen Brand des Jahres 1842 das gesamte für den Wiederaufbau auf schwammigem Untergrund benötigte Holz über die Netze und den Kanal herbeigeschafft. Unterhalb von Weißenhöhe im Kreis Wirsitz entstand ein großer Holzhafen, der Arbeit und einen gewissen Wohlstand für viele Anwohner brachte.

Der Erste Weltkrieg beendete dann die preußische Geschichte des Bromberger Kanals. Mit dem überwiegenden Teil des von Friedrich dem Großen gewonnenen Westpreußen ging auch der von ihm gebaute Bromberger Kanal als Folge des Versailler Diktates verloren. *Karla Weyland*

Im Sinne der Vertreiber

Konzeption für die Arbeit der Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung lässt außen- wie innenpolitisches Opportunitätsdenken befürchten

Über ungelegte Eier sollte man nicht nur nicht gakkern, man sollte über sie auch kein endgültiges Urteil fällen, wie man auch den Tag nicht vor dem Abend loben soll. Andererseits muss man das Eisen schmieden, solange es noch heiß ist, und warnen, bevor das Kind in den Brunnen gefallen ist. Zur Warnung Anlass gibt die nun verabschiedete Konzeption für die Arbeit der Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung.

Es gibt Indizien für eine drohende Verharmlosung der Vertreibung der Ost- und Sudetendeutschen. Einerseits wird die „klare analytische Trennung von ethnischer Säuberung und Genozid, von Vertreibung und Vernichtung“ explizit als wesentlich bezeichnet. Andererseits wird auf eine andere wesentliche Trennung systematisch verzichtet, indem alle Vertreibungen unter dem Begriff „ethnische Homogenisierung“ zusammengefasst werden. Wenn in einem Gebiet die Bevölkerungsmehrheit eine Minderheit vertreibt, ist das eine (gewaltsame) „ethnische Homogenisierung“. Die Vertreibung der Ost- und Sudentendeutschen ist hingegen keine „ethnische Hormogenisierung“, denn deren Heimat war schon vor der Vertreibung ethnisch homogen. Hier wurde vielmehr von außerhalb des Vertreibungsgebietes beheimateten Tätern nicht „nur“ eine Minderheit, sondern eine Bevölkerung in Gänze vertrieben. Dieses war keine „ethnische Homogenisierung“, wie es leider viele in der Geschichte gibt, sondern eine gewaltsame Verschiebung von Volkstumsgrenzen durch Bevölkerungswechsel, und das mit einer Brutalität, mit einer Systematik und in einer Größenordnung, die das Attribut singulär rechtfertigt.

Waren die Ostpreußen eine Minderheit in Ostpreußen?

Zu der Leugnung dieses wesentlichen Unterschiedes passt es, dass im ersten Raum in einem großen Panorama die Vertreibungsvorgänge im Europa des 20. Jahrhunderts und das „sukzessive Verschwinden von ethnischen Minderheiten“ dargestellt werden soll. Vom Verschwinden von ethnischen Mehrheiten ist keine Rede. Angedacht ist eine interaktive Projektion, „welche die ethnische Homogenisierung Europas zeigt“. Von einem Aufzeigen der Verschiebung der Volkstumsgrenzen ist keine Rede. So marginalisiert man Vertreibung zu einem Minderheitenproblem.

Die conditio sine qua non der Stiftungsarbeit ist die Relativierung der an den Ost- und Sudetendeutschen begangenen Vertreibungsverbrechen durch historische Kontextuierung. So sind dem Nationalsozialismus und dem Zweiten Weltkrieg wie der Vertreibung der Deutschen und der Neuordnung Europas je ein Gliederungspunkt gewidmet. Nun haben auch die „Machtergreifung“ der Nationalsozialisten und der Zweite Weltkrieg eine Vorgeschichte und niemand wird leugnen können, dass es auch schon vorher im 20. Jahrhundert Vertreibungen gegeben hat. Hier wird in der Gliederung sehr diplomatisch statt den Vertreibern ein Prinzip zum Buhmann gemacht, das „Prinzip des ethnisch homogenen Nationalstaats“. Diese Anonymisierung der Täter kommt zwar Staaten, die in der Zwischenkriegszeit vertrieben haben, entgegen, ist aber höchstens die halbe Wahrheit, wie häufig, wenn man diplomatisch sein will. Das „Prinzip des homogenen Nationalstaates“ kann nämlich durchaus friedensfördernd sein, wenn beispielsweise eine friedfertige, gemäßigte Nationalbewegung aufgrund eben dieses Prinzips die Annexion von Gebieten, in denen ihr Volk nicht die Mehrheit stellt, ablehnt. Das Problem bei der Neuordnung Europas auf den Pariser Vorortkonferenzen war allerdings, dass Nationalbewegungen wie die polnische oder die tschechische nicht die Anpassung der Staats- an die Volkstumsgrenzen erstrebten, sondern so viel Land wie möglich wollten, um dann durch Vertreibung oder gewaltsame Assimilation die Volkstumsgrenzen den Staatsgrenzen anzupassen. Das Problem ist also nicht ein Prinzip, sondern es sind ganz konkrete chauvinistische Nationalbewegungen, die man dann auch beim Namen nennen sollte.

Kritik am »Prinzip des ethnisch homogenen Nationalstaats« statt Täterbenennung

Im Sinne Warschaus und Prags dürfte es gleichfalls sein, dass die Stiftung explizit benennen will, „wo unterschiedliche Positionen vorhanden sind“. Das muss den deutschen Vertriebenen nicht unbedingt zum Schaden gereichen, wenn denn neben der bundesrepublikanischen und der Position der Vertreiberstaaten auch die der Opfer benannt wird.

Die Abwälzung der Schuld auf das „Prinzip des ethnisch homogenen Nationalstaats“ kommt jedoch nicht nur den Wünschen Polens und der Tschechei entgegen, sondern auch dem bundesrepublikanischen Zeitgeist, jenen Politikern und Publizisten, die ein Aufgehen der Nationalstaaten in einem gemeinsamen Europa predigen, von Multikulti schwärmen und sich ethnisch heterogene Staaten wünschen. Dazu passt, dass in der Konzeption von den „vielfältigen Lebenswelten im einst polnischen Lemberg, im Czernowitz Paul Celans, im jüdischen Wilna“ geschwärmt wird. Angesichts dieses Winks in Richtung Multikulti gewinnt die Andeutung, „zivilgesellschaftliche Initiativen und Projekte zur Flüchtlingsarbeit“ begleiten zu wollen, einen ganz eigenen Beigeschmack.

Überhaupt erweckt die ganze Konzeption den Verdacht, nicht frei von außen- wie innenpolitischen Rücksichtnahmen zu sein. Die hier geäußerten Befürchtungen müssen sich nicht bewahrheiten. Noch handelt es sich „nur“ um eine Konzeption. Aber niemand soll hinterher sagen können, es sei nicht rechtzeitig gewarnt worden. *Manuel Ruoff*

Millionen an EU-Geldern fließen nach Polen

Zu: „Bei Preisen manipuliert“ (Nr. 33)

Angeregt durch den obengenannten Artikel bekommen meine eigenen Beobachtungen in der Republik Polen auf meiner jüngsten Reise ins südliche Ostpreußen meines Erachtens besondere Aktualität und ich möchte sie daher zur Diskussion stellen. Mir fiel eine erstaunliche Anzahl von Projekt-Informationstafeln über finanziell in Millionenhöhe von der EU geförderte Einzelmaßnahmen auf. So wurde, um nur ein Beispiel zu nennen, im Kreis Ortelsburg ein Feldweg zwischen Scheufelsdorf [Tylkowo] und Passenheim [Pasym], der kaum benutzt wird, in autobahnähnlicher Art mit Überführungen ausgebaut. Ähnliches gilt für einen abgelegenen Spielplatz mit einer Schaukel und einer Sandkiste und einer Einzäunung, die auch noch den Zugang verhindert. Da stellen sich doch zumindest mir Fragen wie: 1) Wer entscheidet und genehmigt nach welchen Kriterien (über) solche durch die EU geförderte Millionen-Projekte? 2) Wie werden vor der Genehmigung die Projektkalkulationen und nach der Inbetriebnahme der Nutzungsgrad geprüft und geschieht dieses neutral? 3) Wäre es nicht besser, Projekt-Förderungen direkt durch die und aus der Bundesrepublik Deutschland an die Republik Polen ohne den bürokratischen und anonymen Umweg über Brüssel zu organisieren, um damit die erwünschte gute Nachbarschaft nachhaltig zu unterstützen? 4) Wäre es vor dem Hintergrund, dass Warschau eine Abwasserkanalisation in Scheufelsdorf verweigert hat, nicht beispielsweise eine Überlegung wert, diese Abwasserkanalisation zu einem Pilotprojekt der guten Nachbarschaft zu machen, für das sich – wie schon mehrfach beispielsweise bei der evangelischen Kirche Passenheim geschehen – bestimmt auch Spender und Sponsoren aus der Bundesrepublik finden ließen?

Werner Schwarz, Hamburg

Mensch, ärgere dich nicht

Zu: „Ein Mensch in seinem Widerspruch“ (Nr. 18)

Die Vorgeschichte: Anfang September wollen wir bei einer Reise in Potsdam auch die „Friederisiko“-Ausstellung besuchen. Aber wie kommen wir zu Eintrittskarten? Nach Zeitungsberichten stünden lange Schlangen am Eingang, die Leute warteten oft vergeblich auf eine Karte. Also sollte man sich die Karten im Vorverkauf besorgen.

Unser Sohn, gerade übers Wochenende bei uns, weiß Rat: Wir bestellen die Karten übers Internet. Der gewünschte Termin wird eingegeben, noch 32 Eintrittskarten sollen vorhanden sein. Aber dann: Bezahlung nur möglich mit Visa oder Mastercard. Haben wir beides nicht und American Express wird nicht genommen. Doch wieder hilft unser Sohn. Er hat eine Mastercard und gibt seine Daten ein. Nur – die letzte Frage kann er nicht beantworten. Er soll die Bearbeitungsnummer seiner letzten Monatsabrechnung eingeben. Und die hat er natürlich nicht dabei, die liegt bei ihm zu Hause in Dresden.

Aber es gibt ja noch Möglichkeiten bei hiesigen Kartenvermittlungen. Eine davon ist bei der „Oberhessischen Presse“ in Marburg. Die Mitarbeiterin, die für Kartenbestellungen zuständig ist, kann keine Verbindung zu den Verkaufstellen in Potsdam oder Berlin erhalten und verweist auf die Tourist-Information in Marburg. Das Ergebnis ist ähnlich, meiner Frau wird geraten, es doch telefonisch zu versuchen. Also ans Telefon. Das Telefon in Potsdam bei der dortigen Tourist-Information wird auch nach längerem Warten nicht abgehoben. Ein zweiter Versuch endet ebenso.

Und da haben wir uns geärgert und beschlossen, die Ausstellung eben nicht zu besuchen. Ist die Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg etwa eine Filiale von Visa oder Mastercard? Warum kann man nicht vom Konto überweisen?

Später kommt Besuch, dem wir unseren Ärger erklären. Zum Beweis rufe ich nochmals in Potsdam an. Schon beim ersten Läuten dort wird das Telefon abgehoben, eine freundliche Stimme fragt nach unserem Begehr. Ja, natürlich kann sie uns mit Karten versorgen, es sind genügend vorhanden, wir dürfen den für uns geeigneten Termin wählen. Und bezahlen können wir auch durch Angabe unserer Kontonummer. Schließlich noch die Frage, ob wir heute schon einmal angerufen hätten, sie hatten nämlich eine Störung im Telefon.

Es war eine sehr nette Dame am Telefon und wir möchten uns auch auf diesem Wege bei ihr bedanken. Der Ärger ist vergessen.

Dieter Molzahn, Marburg

Energie aus nichts?

Zum Leserbrief: „Die Lösung der Energieprobleme liegt in der Ätherphysik“ (Nr. 34)

Ätherphysik eignet sich allenfalls für Sciencefiction-Romane, aber nicht zur Energiegewinnung. Man kann nicht Energie gewinnen von etwas, das es gar nicht gibt. Ein Leserbrief bietet nicht den Raum, Energiefragen detailliert zu erörtern. Wer sich über Energieprobleme informieren will, hat dazu in der aktuellen Literatur reichlich Gelegenheit, wie zum Beispiel in den Neuerscheinungen der letzten Jahre: „Kernkraft – Kohle – Klima, Energiewende nachgefragt“ oder: „Die Energiewende – Wunsch und Wirklichkeit“.

Das Forschungszentrum Cern in Genf arbeitet nicht nur an der Teilchenphysik, sondern auch an den Grundlagen der Kernfusion, die einmal die Energieversorgung sichern wird. Kernfusion ist kein radioaktiver Prozess, sondern nutzt die Umwandlung von Masse zu Energie bei der Verschmelzung von Wasserstoff-Kernen zu Helium. Es ist der gleiche Prozess, der die Energie der Sonnenstrahlung liefert. Das Geld für diese Forschung ist keinesfalls vergeblich aufgewendet. Eine weit größere Forschungsanlage als in Genf arbeitet in Cadarache in Südfrankreich. Diese Forschung ist sehr anspruchsvoll und auch aufwendig. Bis zur Vollendung eines Fusionsreaktors müssen wir die Kernkraft nutzen, bei der aus der Kernspaltung Energie gewonnen wird.

Dr. Gustav Krüger, Herrenberg

Gold kein Schutz

Zu: „Was Gold kann“ (Nr. 34)

Was kann das Krisenmetall Gold denn wirklich? Es kann den Geldanleger nicht schützen, weil der private Goldverkauf in einer wirklichen Belastungssituation als erstes wieder verboten wird, so wie 1933 in Deutschland und den USA. Dann möchte ich den Goldbesitzer sehen, der sein Gold durch den Nacktscanner zum Flugzeug nach Indien oder China bringen will. Denn das Goldverbot wird selbstverständlich in der EU und wahrscheinlich auch im übrigen Europa verkündet werden. Denn alle Währungen, ob nun Euro, Franken oder Pfund sind durch die Goldaufwertung (Geldabwertung) bedroht. Das nimmt keine Notenbank lange hin. Zukünftig wäre Gold die beste Grundlage für eine neue Währung, weil nicht unbegrenzt vermehrbar. Allerdings: Davor haben die Götter eine Währungsreform gesetzt!

Jürgen Kunz, Buchen



Auf einem Versuchsanbaugebiet der Universität Stettin: Das Forschungsprojekt wird von der EU mit 620000 Euro gefördert: Der Zahlmeister heißt vor allem Deutschland

Bild: Jens Koehler/ddp

Wie lässt sich die Umvolkung noch stoppen?

Zu: „Schweigen übers ‚Niemandsland‘“ (Nr. 33)

Die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration Maria Böhmer fordert von uns deutschen Bürgern mehr Wertschätzung für die Einwanderer ein. Dieselben seien eine „Bereicherung für unser Land“ und wir sollten „Zeichen des Willkommens“ verbreiten. Ich nehme ja stark an, dass die Parlamentarische Staatssekretärin Frau Böhmer in einem der betroffenen Stadtviertel wohnt oder Freunde hat, die dort ihre Kinder in die Schule schicken müssen.

Jeder, der mit offenen Augen die Innenpolitik unseres Landes beobachtet und sich auch sonst umschaut, kann wissen: Deutschland soll ausgelöscht werden und kaum jemand wehrt sich dagegen.

Wenn die gehirngewaschenen Deutschen es vielleicht eines Tages merken sollten, dann wird es zu spät sein. Aber machen wir uns nichts vor, es ist schon zu spät. Denn wie kann man diese Umvolkung noch stoppen? Höchstens durch einen blutigen Bürgerkrieg, den ja manche Zukunftsforscher schon vorhersagen. Es kann auch sein, dass unsere „Oberen“ das ebenfalls befürchten.

Dass die deutsche Bundeswehr jetzt rechtlich abgesichert wurde, bei inneren Unruhen eingreifen zu können, kommt sicher nicht von ungefähr. Also freuen wir uns, wenn möglich, noch ein wenig am Leben, die Zukunftsaussichten sind wahrhaftig sehr düster.

Peter Schumacher, Melsungen

Also gib mir!

Zu: „Von einem Extrem ins andere“ (Nr. 34)

Wieso soll die Gier nur in Südeuropa herrschen? Bei uns kann man doch ganz ähnliche Tendenzen beobachten: Die Ausweitung der GEZ-Steuer auf alle Haushalte, die Diskussion über die Vermögenssteuer (euphemistisch „Um-fair-teilung“ genannt) weisen doch schon in die gleiche Richtung. Das dahinter stehende Prinzip ist einfach: Ich brauche – du hast: Also gib mir! Das Ganze nennt man im Übrigen nicht Umfair-teilung, sondern schlicht und einfach Raub, und der war noch nie fair.

Jochen Reimar, Berlin

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.





Das Ostpreußenblatt

Nr. 36 – 8. September 2012

Medizinischer Fortschritt in Allenstein

In Allensteins Städtischem Marienhospital ist eine Serie bemerkenswerter Operationen gelungen. Die Serie begann vergangenen Herbst. Damals waren einer 23-jährigen Frau aus der Umgebung von Bartenstein, die seit ihrer Geburt unter einer starken Missbildung des Unterkiefers litt, von der Chirurgin Anna Bromirska-Małyszko Implantate eingepflanzt worden. Inzwischen kann die Patientin teilweise schon den Mund öffnen. Langsam lernt sie, auf herkömmliche Weise Nahrung aufzunehmen und zu sprechen. In den USA hatte man der Patientin vorher nicht helfen können.

Im vergangenen Frühjahr folgte eine weitere Operation dieser Art. Diesmal war die Patientin eine 19-Jährige aus der Umgebung von Łomza in der Woiwodschaft Podlachien, die in ihrer Kindheit an Sepsis erkrankt war. Diese Krankheit hatte dazu geführt, dass sie kein Kiefergelenk mehr besaß und außerdem ihr Gesicht stark entstellt war. Vor der Operation konnte sie ihren Mund kaum öffnen. Nachdem andere Chirurgen die Segel gestrichen hatten, waren Bromirska-Małyszko und ihr Ärzteteam ihre letzte Hoffnung. Um bessere Heilungsaussichten zu erlangen, wurde von den Ärzten zunächst ein virtuelles Modell des zu rekonstruierenden Kiefers angefertigt. Erst dann erfolgte die eigentliche Rekonstruktion. Entscheidend für den schließlichen

Spektakuläre Serie von Gesichtsoperationen

Erfolg waren die neuesten Erfindungen auf dem Gebiet der Chirurgie wie etwa der Neuromonitor zur Beobachtung des Nervensystems im Gesichtsbereich sowie ein piezoelektrisches Messer. Dieses Instrument ermöglicht nämlich das Zerschneiden des Hartteilgewebes, ohne dass dabei das Risiko entsteht, das Weichteilgewebe versehentlich zu zerstören.

Vor kurzem nun erfolgte im Städtischen Marienhospital eine dritte spektakuläre Operation im Gesichtsbereich. Diesmal war der Patient ein 19-Jähriger aus Tschenstochau. Auch er war in der Kindheit an Sepsis erkrankt. Sie hatte bei ihm zu einer Kiefergelenksteife geführt. Im Gegensatz zu den beiden vorausgegangenen Patientinnen kamen bei ihm Atmungsbeschwerden als weitere Krankheitsfolge dazu. Ansonsten wies er deutliche Schwierigkeiten bei der Artikulation auf. Eine vorangegangene Operation in dem 1951 gegründeten Zentrum für plastische Chirurgie im niederschlesischen Kurort Bad Aldheide [Polanica-Zdrój] hatte nicht zu dem erhofften Erfolg geführt. Der über mehrere Stunden lang andauernde Eingriff in Allenstein beruhte auf einer Abtrennung des Schläfenbeins von der Schädelbasis und der Einpflanzung von Gelenkimplantaten, um den Unterkieferbereich wieder bewegen zu können.

G.S.

Unerwarteter Fund im Turmkreuz

In Allensteins höchstem Bau, der Herz-Jesu-Kirche, wurde die Spitze restauriert

Den Turm von Allensteins Herz-Jesu-Kirche krönt seit ihrer Fertigstellung im Jahre 1903 ein aus Eisen geschmiedetes Kreuz. Während der letzten Reparaturarbeiten am Ziegeldach der Kirche wurde ein katastrophaler Zustand des Turmkreuzes festgestellt. Nun ist es restauriert worden, wobei eine interessante Entdeckung gemacht wurde.

Am 21. August war es soweit. Das 0,7 Tonnen schwere und zehn Meter lange Kreuz wurde in seiner Gänze mithilfe eines extra zu diesem Zweck aus dem fast 200 Kilometer entfernten Thorn herbeigeholten Krans abgebaut, auf einen Laster geladen und in eine Schmiedewerkstatt nach Mohrungen gebracht. Dort wurde ein sogenannter Sattel angefertigt, der eine sichere Grundlage für das Kreuz sein sollte. Die Demontage stellte eine relativ schwierige Aufgabe dar, da wider Erwarten das Kreuz durch eine dicke Rostschicht an einen ihn stützenden Bolzen quasi angewachsen war. Für die Bauarbeiter war das aber kein unüberwindliches Problem. Bei der vorausgegangenen dreijährigen gründlichen Restaurierung der Wallfahrtskirche in Heiligelinde hatten sie ausreichend Erfahrungen sammeln können.



Mit 83 Metern Turmhöhe Allensteins höchstes Gebäude: Herz-Jesu-Kirche

Bild: Supady



Bei der unvermeidlichen Zerlegung der unterhalb des Kreuzes befindlichen Kugel kam es zu einer unerwarteten Entdeckung. In der Kugel steckte eine Kapsel, die ihrerseits einen im September 1902 verfasstes Schriftstück enthielt. Dieses wurde bald darauf vom Direktor des Diözesanarchivs, Andrzej Kopiczko, unter großen Interesse der Lokalmedien aus dem Deutschen ins Polnische übersetzt. In kunstvoller Handschrift ist dort geschrieben, dass die damalige Bevölkerungszahl Allensteins 25 000 betragen habe, von denen 17 000 katholischen Glaubens gewesen seien. Es ist des Weiteren dort zu lesen, wie viele von diesen allwöchentlich die Heilige Kommunion empfingen. Außerdem enthält das Schriftstück nähere Auskünfte über die Erbauer des Sakralbaus.

Wenige Tage nach seiner Demontage kehrte das Kreuz frisch restauriert an seine alte Stelle zurück. Die dazugehörige Kugel wurde mit einer neuen Kapsel versehen, die ein Schreiben an die künftigen Generationen enthält, in dem der Leser über das heutige Allenstein informiert wird.

Grzegorz Supady

Herz Jesu

Die im neugotische Stil gehaltene Herz-Jesu-Kirche entstand in der Amtszeit des Bischofs von Ermland Andreas Thiel nach Plänen des Königsberger Baumeisters Fritz Heitmann. Ihr Bau erwies sich zu Anfang des 20. Jahrhunderts als unentbehrlich, da bis dahin trotz wachsender Gläubigenzahl nur die Jakobikirche, die heutige Kathedrale des Erzbistums Ermland, Allensteins Katholiken für ihre Gottesdienste zur Verfügung gestanden hatte. Heutzutage finden in der Herz-Jesu-Kirche zahlreiche Feierlichkeiten, oft mit nationalem und militärischem Charakter, statt. Es ist außerdem zu einem guten Brauch geworden, dass eben dort wichtige Jahrestage der Allensteiner Gesellschaft Deutscher Minderheit begangen werden. So hat dort beispielsweise Weihbischof Jacek Jezierski vergangenen Oktober eine Jubiläumsmesse in deutscher Sprache aus Anlass des 20-jährigen Bestehens der AGDM gelesen.

G.S.

Friedländer Tor zeigt Preisgekröntes

Auszeichnung des Goethe-Instituts für »Freskenmalerei in Ostpreußen« – Feiern zum 150. Jahrestag

Anlässlich des 150-jährigen Bestehens des Friedländer Tors in Königsberg wartet das im Tor befindliche Museum mit zahlreichen Veranstaltungen und Ausstellungen auf.

Bei einem Wettbewerb im Rahmen des „Deutschen Jahres in Russland 2012/13“ gewann das Museum einen Preis des Goethe-Instituts. Das Museum hat eine internationale Ausstellung „Gemeinsames Kulturerbe Russlands und Deutschlands: Ostpreußische Fresken“, die Farbaufnahmen des Interieurs historischer Gebäude in Königsberg und Ostpreußen zeigt, die ihm 2008 vom Zentralinstitut für Kunstgeschichte in München übergeben wurde, zusammengetragen und einen Katalog herausgegeben. Die Aufnahmen zeugen von der hohen Qualität der Freskenmalerei in Ostpreußen. Der Ausstellungskatalog enthält zirka 1000 Aufnahmen vom Inneren historischer Objekte. Die meisten Aufnahmen entstanden in den Jahren 1943 und 1945 auf persönlichen Befehl Adolf Hitlers, der den Zustand der Kunstwerke vor der Zerstörung durch die Bombenangriffe von 1943 und 1945 dokumentiert wissen wollte. Dass die Aufnahmen bis heute erhalten sind, ist der Tatsache zu verdanken, dass sie



Gemeinsames Kulturerbe hinter historischen Mauern: Friedländer Tor in Königsberg

Bild: J. T.

1947 in spezielle Behälter gegeben wurden, die auf verschiedene Orte in Deutschland verteilt wurden. 1947 wurden solche Behälter in Freiburg, Tübingen und Mainz entdeckt. Sie wurden dem Zentralinstitut für Kunstgeschichte übergeben. Von 2000 bis 2005 begann man mit der Digitalisierung der vom Zerfall bedrohten Aufnahmen. Dem Jubiläum des Museums ist eine Sonderausstellung gewidmet, welche die Geschichte des Tors anhand alter Postkarten, Fotos aus Reiseführern und Stadtplänen aus der Vorkriegszeit illustriert. Die Besucher können sich mit der Geschichte des Tors als militärische Befestigungsanlage anhand von Zeichnungen und einem Schema der Verteidigungsanlagen in Königsberg vertraut machen. Darüber hinaus werden Plakate der bisherigen Ausstellungen und Veranstaltungen gezeigt. Die reiche Geschichte des Architekturgebildes hat in der Mitte des 19. Jahrhunderts begonnen, als die Entscheidung für den Bau eines weiteren und gleichzeitig letzten Königsberger Stadttors fiel. Die Errichtung dauerte fünf Jahre und 1862 wurde der Bau beendet. Das Tor erhielt den Namen der Stadt Friedland [Prawdinsk].

Das Tor sollte eines der Glieder des inneren Verteidigungsrings der Stadt sein. Die Stadttore verloren aber schon bald ihre militärische Bedeutung und zu Beginn des 20. Jahrhunderts wurden sie gemeinsam mit dem zweiten Stadtwall von der zuständigen Militärbehörde an die Stadt verkauft. Schon damals hörten sie auf, als Tore im wortwörtlichen Sinne zu dienen, da ihre Durchfahrten für den Verkehr zu eng waren. Die Straßen wurden um die Tore herumgeführt. Nach dem Zweiten Weltkrieg blieben die Stadttore einige Zeit ungenutzt, später entstanden darin Lager.

Anfang der 1990er Jahre wurde im Friedländer Tor ein kleines Pri-

Museum ist zu einem kulturellen Zentrum der Stadt geworden

vatmuseum eröffnet, in dem Exponate ausgestellt wurden, die man in der Umgebung des Geländes gefunden hatte. Im Jahr 2002 erhielt es die Bedeutung eines Städtischen Museums, das heute zum Bestand des Südparks gehört. Dank den Bemühungen der damaligen Direktorin Swetlana Sokolowa erlangte das Museum Friedländer Tor den Status einer selbständigen städtischen Kultureinrichtung und wurde zu einem beliebten Zentrum des kulturellen Lebens der Stadt.

Jurij Tschernyschew/MRK



Lewe Landslied, liebe Familienfreunde,

manchmal denkt man, wenn man einen für unsere Ostpreußische Familie sehr ungewöhnlichen Wunsch veröffentlicht hat: Da kann eigentlich nichts kommen und wenn überhaupt, dann auf Umwegen. So kann man sich irren: Auf der Suche nach dem Künstler, der das Kreuz mit dem lebensgroßen Heiland geschaffen hat, das sich heute in der St.-Bonifatius-Kirche von Bad Belzig befindet, meldete sich sehr schnell Frau **Hiltraud Pelzer** aus Wolfenbüttel und teilte uns mit, dass sie dazu Folgendes zu sagen habe: „Der Vermerk Wittig/Neurode 1932 auf dem Sockel benennt – meiner Meinung nach – den Künstler, der dieses Kreuz geschaffen hat. Der Ortsname Neurode ließ mich gleich an eine Freundin und ehemalige Kollegin, Frau O. St. R. a. D. **Eleonore Menzel** aus Neurode im Glazer Kessel/Schlesien denken. Und siehe da: Ich wurde fündig. Frau Menzel waren mehrere Wittigs bekannt, die wohl zu einer größeren Familie aus Neusorge bei Schlegel im Kreis Neurode gehörten. Das von mir befragte Bertelsmann-Lexikon aus den 50er Jahren nennt zwei Persönlichkeiten mit dem Namen Wittig, von denen ich **Edward Wittig**, *1979, †1941, den Vorzug geben würde. Er war Schüler Rodins, schuf Denkmäler und Statuen von expressiver Haltung. Vielleicht habe ich Ihnen schon weitergeholfen.“ Aber sehr sogar, liebe Frau Pelzer, denn nun kann mit diesen Angaben weiter geforscht werden, und wir sind froh, diese wichtige Information Herrn Pfarrer **Stegmann** übermitteln zu können.

So kann man sich irren – ja, auch ich habe mich geirrt und das ausgerechnet bei den Zugvögeln, die Prof. **Walther Klemm** für mein – nie erschienenes Buch – gezeichnet hatte. Allerdings bestand der Irrtum darin, dass ich aus der von den Weimarer Archivarinnen überlassenen Mappe mit zwölf Zeichnungen des Künstlers das verkehrte Blatt heraus genommenen und der Redaktion übermittelt hatte, ohne den Irrtum zu bemerken, Unterschrift inklusive. Das war schlimm, denn welcher echte Ostpreuße erkennt nicht seine Adebars, und so kam prompt die erste, sehr höfliche Korrektur: Es sind Kraniche und keine Störche! Und dann folgte die zweite, die dritte Monierung ... und ich musste an meinen so verehrten Professor **Thienemann** denken, der mir wohl wieder mit seinem Stock gedroht hätte, wie er es einmal in Rossitten getan hatte. Damals hatte ich junge Marjell im Nehrungswald eine wunderschöne weiße Blume gefunden, die wie eine Orchidee aussah – und das war sie dann auch. Ich zeigte sie strahlend dem Vogelprofessor, dem ich auf der Dorfstraße begegnete, und erhielt eine Philippika, die sich gewaschen hatte und die von dem erhobenen Stock noch optisch unterstützt wurde. Und nun habe ich dem „Kroanke“, den wir im Nehrungslied besingen – „wo de Elch on Kroanke jedet Kind bekannt“ – noch den Tort angetan, ihn als Weißstorch zu bezeichnen. Wobei ich allerdings Schützenhilfe von einem Leser erhielt, der meinte, dass ich damit gar nicht so falsch gelegen hätte. Er schreibt:

„Die mit ‚Ziehende Störche‘ betitelte ansprechende Zeichnung zeigt keine Weißstörche, sondern nach der äußeren Erscheinung, insbesondere der schwarzen „Gesichtsmaske“ und der Schnabellänge, Graue oder Eurasische Kraniche (Grus Grus), ebenfalls Zugvögel. Aber auch mit dem Kranichmotiv liegt man nicht so ganz falsch. Schließlich nennt man den heimischen Kranich im deutschen Sprachraum auch Grau- oder Moorstorch, da er seine Jungen in Sumpf- und Moorgebieten erbrütet. Er ist allerdings nicht näher mit dem Weißstorch verwandt“. Na, das tröstet doch sehr. Auch, dass eine Leserin den Fehler ausgerechnet mit einem eigenen korrigierte: „Da kann ein Ostpreuße einen Schwan nicht von einem Storch unterscheiden!“ Da sei bedankt, mein lieber Schwan! Ein ganz großes Dankeschön geht aber an unseren „Ostpreußenfreund“ **Klaus Fichtner** in Radeberg. Er hat seine Korrektur zum Anlass genommen, sie mit vielen anerkennenden Worten für unsere Zeitung zu verbinden. Seit der gebürtige Sachse beim ersten Westbesuch nach der Wende das *Ostpreußenblatt* las, ist er ihm treu geblieben. „Für geschichtlich stark Interessierte konservativen Sinnes ist es das richtige Blatt. Es vermehrt unser Wissen und bewegt das Gefühl mit menschlichen Themen bis heute. Die Ostpreußische Familie ist Anker und Symbol des Heimatgefühles zu Ostpreußen, das auch für uns Sachsen vorbildlich ist. Bitte weiter so!“



Die kleine Helga vor der Mädchenfigur in den Kaskaden

Bild: privat

Weiter so wird es auch mit unseren Adebars gehen. Denn die sind nun in der Mappe mit den Klemmschen Zeichnungen geblieben und warten darauf, im März – getreu unserm plattdeutschen Kinderlied „Odeboar möt Noame, wenn du warscht wedder koame ...“ – ins Bild gesetzt zu werden. Dafür ziehen die Kroankes nun nach Süden. Und werden von uns auch mit einem Gedicht verabschiedet, das **Walter von Sanden-Guja** geschrieben hat: „Südsüdwest der Kranich zieht, und mit ihm der Sommer flieht. Bronzefarben ist der Wald. Nordnordwest weht rau und kalt. Aber Gottes Sonne ist doch am Himmel, und sie grüßt junger Saaten frisches Grün. Diese Felder werden blühn, wenn die Sommerwinde wehn über unserm blauen See, über unserm roten Klee.“

Auch dieser Sommer, der sich nun seinem Ende neigt, war für viele Leserinnen und Leser ein ostpreußischer, wie die Reiseberichte beweisen, die nun eintreffen und von der Begegnung mit der Heimat ihrer Vorfahren erzählen, die unvergessen bleiben wird. So wie für Frau **Ira Brilla-Austenat** aus Berlin, die bisher verwehten Spuren nachgegangen ist. Erst spät konnte die Kinderärztin sich mit ihrer ostpreußischen Verwandtschaft beschäftigen, über die zu DDR-Zeiten geschwiegen wurde. Nach der Wende wollten Ira und ihre Schwester unbedingt mehr erfahren. Sie lernten Sütterlin lesen und vertieften sich in die ostpreußische Geographie. Der Großvater war im Krieg gefallen, die Tante verstorben. Dank Urkunden, Internet und alten Atlanten fanden sie die gesuchten Orte Kussen und Papuduppen [Krajnee]. Viele Fragen tauchten auf, denn die Schwestern wussten ja nicht einmal, welcher Zweig der Familie – der Austenatsche oder der **Albuschat**sche – von dort stammte. Da sie die russische Sprache beherrschten, zogen sie auf eigene Faust los auf Ahnensuche. Und hier nun ein Kurzbericht:

„Als wir in Königsberg ankamen, verschlug es uns fast den Atem, als wir eine Straße entlangliefen, die genauso aussah wie die Berliner Treskowallee Anfang der 70er Jahre, wo wir häufig bei unserer Berliner Oma gewesen waren. Wie musste es erst Menschen gehen, die eine aktive Erinnerung an diese Orte hatten? Mit dem Auto kurvten wir dann kreuz und quer durch das Königsberger Gebiet, auch durch Kussen und Papuduppen. Von letzterem konnten wir leider nicht herausfinden, ob es „Austenat“ – oder „Albuschat“-Gebiet ist. Wir haben nur ein im Jahr 1932 aufgenommenes Foto, welches unseren Opa **Horst Austenat** als Kind auf einem Pferd zeigt – in Papuduppen!“

Die ostpreußische Familie

Ruth Geede

Bild: Pawlik

Obgleich Frau Dr. Brilla-Austenat nicht direkt die Frage stellt, schwingt sie doch unterschwellig mit: Wer kannte in den beiden Dörfern die genannten Familien, die dort wohl lange ansässig waren, wie die Namen vermuten lassen. Da Papuduppen, das 1938 in Finkenhagen umbenannt wurde, nur 170 Einwohner hatte, dürfte es allerdings sehr schwer sein, ehemalige Bewohner des im Kreis Tilsit-Ragnit gelegenen Ortes zu finden. In Bezug auf Kussen sieht es da anders aus. Das bei Schloßberg/Pillkallen im gleichnamigen Kreis gelegene Kirchdorf zählte immerhin 660 Seelen, da wäre es schon denkbar, dass sich jemand meldet, der die genannten Familien kannte. Damit könnten Frau Dr. Brilla-Austenat und ihre Schwester die selbst geknüpfte Verbindung mit der Heimat ihrer Vorfahren noch festigen. [Dr. Ira Brilla-Austenat, Myslowitzer Straße 49 in 12621 Berlin.]

Erinnerungen werden durch unsere Ostpreußische Familie immer wieder geweckt, das bezeugen viele Zuschriften. Sie wurde auch Frau **Helga Lenzian** aus Erkrath durch meine Geschichte vom „Anglerparadies Oberteich“ angeregt, ihre eigenen Königsberger Kindheitserinnerungen an die beiden Wasserparadiese mitten in der Stadt einzubringen. Sie meint sogar, dass sie womöglich meinen Vater beim Angeln zugesehen habe, da sie am Hintertragheim – genau zwischen Oberteich und Schlossteich – aufgewachsen ist. Das könnte schon stimmen, denn Frau Lenzian wurde als Helga **Gramatzki** 1925 in Königsberg geboren. Ihre Erinnerungen beziehen sich vor allem auf das fröhliche Badeleben in den Anstalten am Oberteichufer, doch nicht davon hat sie uns ein Foto übersandt, sondern von den Kaskaden an der Schlossteichpromenade. Und es ist ein ganz besonderes Bild, denn es zeigt die Sechsjährige mit ihrer Schultüte anlässlich ihrer Einschulung Ostern 1931 in die Herderschule. Sie berührt das Knie der Mädchenfigur, die einmal die wunderschönen Kaskaden schmückte – ja, und da konnte das Foto ein Steinchen in unserem ewigen Familienpuzzle sein, in dem es immer ein paar weiße Stellen gibt. Ein Leser fragte nämlich nach dieser Skulptur, er wollte wissen, wer sie geschaffen hat und wie ihr Schicksal war, ob und wann und wie sie fortgebracht, entwendet oder zerstört wurde. Er hätte gehört, die Bronzefigur sei in den 30er Jahren als „entartete Kunst“ entfernt worden. Ich habe mich redlich bemüht, dieser Frage nachzugehen, aber ich habe leider in meinem Fundus keine Hinweise finden können, ja selbst in Mühlpfords „Königsberger Skulpturen und ihre Meister“ gibt es weder in Bild noch Text einen Hinweis. In manchen Büchern werden die Kaskaden beschrieben „mit einer Mädchenfigur“, und auch heutige Reiseführer erwähnen höchstens, dass es diese nicht mehr gäbe. Da kommt mir nun das Foto von Frau Lenzian gerade recht, zumal es zeigt, dass es sich um ein schmales, fast dünnes Figürchen handelt, wenig größer als die Sechsjährige, was in anderen alten Aufnahmen, in denen die Plastik allein inmitten des rieselnden Wassers steht, nicht so zur Geltung kommt. Ich freue mich auf Hinweise, die ich auch an unseren Fragesteller – einen emsigen Mitdenker – weitergeben kann.

Eure

Ruth Geede

Alle in der »Ostpreußischen Familie« abgedruckten Namen und Daten werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

Der Herr ist mein Hirte

Ursula Karge sammelt Konfirmationsurkunden

„Heute komme ich mit einer Bitte, die wohl noch nie gestellt wurde“, schreibt Frau **Ursula Karge** aus Norden. Und damit hat sie Recht, denn der Wunsch nach alten Konfirmationsurkunden ist noch nie an uns gerichtet worden. Wohl schon nach Aufnahmen von der Einsegnung des oder der Suchenden, aber dann ging es immer um ein bestimmtes Bild, mit dem man eine wichtige Lebensstation dokumentieren wollte. Manchmal war es auch umgekehrt: Da wurde uns ein altes Konfirmationsbild mit der Bitte um Veröffentlichung übersandt, um ehemalige Mitkonfirmanden zu finden. Nach der Urkunde mit dem Konfirmationsspruch als Sammlerobjekt wurde aber bisher nicht gesucht, da dürfte die Ostfriesin die Erste sein. Auch in der Aufgabe, die sie sich selber gestellt hat: Sie will noch vorhandene alte Konfirmationsurkunden sammeln, um sie vor dem Vergessen zu retten. Denn nirgendwo werden diese in Form einer Sammlung aufgehoben, wie Frau Karge festgestellt hat. Auch die Kirchen haben noch nie etwas in dieser Hinsicht unternommen. Hier und da findet man einige Exemplare in Museen, Gemeindehäusern oder Heimatstuben als Unikate. Das soll nun anders werden, und da ihr Vorhaben bereits im Kirchenkreis ihres Heimatortes zu einem überraschenden Erfolg geführt hat, will sie ihr Projekt ausweiten und besonders Ostdeutschland mit einbeziehen.

Es begann im vergangenen Jahr mit der Feier ihrer Diamantenen Konfirmation in der Ludgerikirche in Norden. Ursula Karge hatte ihre Urkunde von 1951 mitgenommen, die ein Stich des Gotteshauses schmückte. „Und ich dachte, es wäre doch schön und etwas Besonderes, alle Urkunden unserer Gemeinde zu haben“, erzählt die Ostfriesin. So wurde die Idee geboren, die Konfirmationsurkunden von Ludgeri zu sammeln. Zuerst in der Familie und dann weiter im Bekanntenkreis. In erstaunlich kurzer Zeit kamen 80 Urkunden aus den verschiedensten Zeitabschnitten zusammen. Das älteste Dokument stammt aus dem Jahr 1857! Es ist interessant zu sehen, wie sich im Laufe der Zeit die Gestaltung der Urkunden geändert hat. Um 1900 kamen mit dem Jugendstil viele Verzierungen. Die während der Kriege gestalteten Blätter spiegeln in ihrer Schlichtheit die Not der Zeit wider. Spätere Urkunden sind oft künstlerisch gestaltet, es befinden sich Abbildungen von Gemälden Albrecht Dürers darunter wie auch von Paula Modersohn-Becker. Seit 1995 wird die Klappkarte überreicht, die eine Grafik der Ludgerikirche und des Glockenturmes zeigt. Eine solche Sammlung ist einzigartig und wertvoll. Sie erregte das Interesse der Öffentlichkeit, weil auch die Medien von diesem ersten Sammelband berichteten, so dass Ursula Karge beschloss, die Aktion auszuweiten. Für einen zweiten Band sammelt sie Urkunden aus ganz Deutschland, die ersten aus Norderney, Oldenburg und Dortmund liegen bereits vor.



Neuroßgärter Kirche zu Königsberg i. Pr.

Sei getreu bis an den Tod, so will ich dir die Krone des Lebens geben.

geboren den

getauft den

ist am ... in der Neuroßgärter Kirche zu Königsberg Pr. von mir eingesegnet worden.

Konfirmationsurkunde aus Königsberg

Bild: privat

Da Frau Karge bereits fünf Konfirmationsurkunden aus Ostdeutschland erhielt, kam sie auf den Gedanken, einen geplanten dritten Sammelband den Dokumenten aus den Vertriebenengebieten zu widmen. Hier hat jede erhalten gebliebene und sorgsam bewahrte Einsegnungsurkunde noch einen besonderen dokumentarischen Wert, weil die betreffenden Kirchen zerstört, zweckentfremdet oder dem Verfall preisgegeben wurden. Wenn Urkunden durch alle Kriegswirren gerettet werden konnten, dürften sie noch vorhanden und der Familienchronik einverleibt worden sein. Anders in den Fällen, wo es kein Interesse mehr vonseiten der heutigen Generation durch fehlende familiäre Bindungen gibt und die Gefahr besteht, dass diese Urkunden unbeachtet bleiben und irgendwann vernichtet werden. Davor bleiben sie in der Sammlung bewahrt und erhalten hier ihren dokumentarischen Stellenwert. Für die geplante Sammlung genügt Ursula Karge eine gute Kopie. Von überlassenen Originalen sollen die Abgeber eine Ablichtung erhalten, so sieht es jedenfalls das von Ursula Karge geplante Sammelprojekt vor, auch das später die Kopien der Urkunden aus den Vertriebenengebieten den betreffenden Museen übergeben werden. Ob und wie weit das verwirklicht werden kann, ist noch nicht ausgelotet. Nach den schnellen Anfangserfolgen steht es jedenfalls für Ursula Karge fest: Es soll gerettet werden, was noch zu retten geht!

Helfen wir ihr dabei. (Ursula Karge, Hollweg 20 b in 26506 Norden, Telefon 04931/3166.) *R.G.*

Wir gratulieren ...

ZUM 102. GEBURTSTAG

Wylutzki, Margarete, geb. **Pruß**, aus Herrnbach, Kreis Lyck, am 15. September

ZUM 100. GEBURTSTAG

Helm, Margarete, aus Widminnen, Kreis Lötzen, am 11. September

ZUM 99. GEBURTSTAG

Böhnke, Frieda, geb. **Böhnke**, aus Tapiau, Herzog-Albrecht-Ufer, Kreis Wehlau, am 11. September

Kruska, Erika, aus Ulrichsee, Kreis Ortelsburg, am 14. September

ZUM 98. GEBURTSTAG

Kleinig, Lieselotte, geb. **Kuhn**, aus Laptau, Kreis Samland, am 12. September

Lorenz, Rosa, geb. **Juske**, aus Pillau, später Königsberg / Goldschmiede, Heisterweg 15, am 15. September

ZUM 96. GEBURTSTAG

Kohnke, Ilse, geb. **Fließ**, aus Lötzen, am 12. September

ZUM 95. GEBURTSTAG

Jonsek, Frieda, geb. **Ludzay**, aus Farienen, Kreis Ortelsburg, am 13. August

ZUM 94. GEBURTSTAG

Gunia, Frieda, geb. **Zacharias**, aus Waldwerder, Kreis Lyck, am 16. September

Morgenstern, Elfriede, geb. **Koslowski**, aus Waiblingen, Kreis Lyck, am 11. September

ZUM 93. GEBURTSTAG

Berg, Günther, aus Mulden, Kreis Lyck, am 10. September

Homann, Johanna, geb. **Rehberg**, aus Balga, Kreis Heiligenbeil, am 1. September

Hutt, Eva, geb. **Alzuhn**, aus Hohenberge, Kreis Elchniederung, am 11. September

Lehmann-Ehlert, Klaus, aus Königsberg, Lawsker Allee 39, am 13. September

Neumann, Elfriede, geb. **Moldenhauer**, aus Ebenfelde, Kreis Lyck, am 12. September

Topeit, Erich, aus Alt Seckenburg, Kreis Elchniederung, am 16. September

Wunderlich, Hedwig, geb. **Baginski**, aus Willuhnen, Kreis Neidenburg, am 14. September

ZUM 92. GEBURTSTAG

Czichowski, Emma, **geb. Siegmund**, aus Scharnau, Kreis Neidenburg, am 15. September

Heel, Hildegard van, geb. **Osenger**, aus Lyck, am 11. September

Jeschke, Fritz, aus Grünfließ, Kreis Neidenburg, am 16. September

Kugland, Heinz, aus Königsberg, Schichau, Ing. Büro Ost, am 30. August

Semmling, Gertrud, geb. **Strunkheit**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 12. September

ZUM 91. GEBURTSTAG

Becker, Helmut, aus Vierbrücken, Kreis Lyck, am 13. September

Meyer, Elfriede, geb. **Pawellek**, aus Dimmern, Kreis Ortelsburg, am 11. September

Peter, Reinhold, aus Schanzenort, Kreis Ebenrode, am 11. September

Poyka, Frieda, geb. **Wasilewski**, aus Tannenmühl, Kreis Ebenrode, am 12. September

Rehberg, Emil, aus Balga, Kreis Heiligenbeil, am 14. September

Schröter, Hildegard, geb. **Groß**, aus Hohenfried, Kreis Ebenrode, am 12. September

Schulze, Liselotte, geb. **Ketzler**, aus Kumehnen, Kreis Samland, am 10. September

Weylo, Karl, aus Klein Lasken, Kreis Lyck, am 14. September

ZUM 90. GEBURTSTAG

Aktun, Gertrud, geb. **Roßmannek**, aus Klein Schiemanen, Kreis Ortelsburg, am 14. September

Dähn, Georg, aus Sottrum, Kreis Neidenburg, am 15. September

Dehring, Herta, geb. **Homp**, aus Großheidekrug, Kreis Samland, am 14. September

Funk, Bruno, aus Grunau, Kreis Heiligenbeil, am 15. September

Gosziniak, Paul, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 87, am 14. September

Grenningloh, Willi, aus Groß Ponnau, Kreis Wehlau, am 15. September

Keil, Erich, aus Wildwiese, Kreis Elchniederung, am 14. September

Klein, Hildegard, aus Lötzen, und aus Ortelsburg, am 14. September

Klose, Gertrud, geb. **Jackel**, aus Birkenmühle, Kreis Ebenrode, am 14. September

Krause, Hans, aus Genslack, Kreis Wehlau, am 13. September

Meyhöfer, Wolfgang, aus Wehlau, Altwalde, Kreis Wehlau, am 13. September

Podszuweit, Kurt, aus Ebenrode, am 10. September

Radtke, Paul, Klein Steegen, Kreis Preußisch Eylau, am 16. September

Rutkowski, Erna, geb. **Hoffmann**, aus Quehnen, Kreis Preußisch Eylau, am 15. September

Schliwinski, Gerhard, aus Neidenburg, am 14. September

Vierling, Hildegard, geb. **Piaßeck**, aus Prostken, Kreis Lyck, am 14. September

Wiele, Ida, geb. **Klein**, aus Mohrungen, am 11. September

Wyludda, Walter, aus Klaussen, Kreis Lyck, am 16. September

ZUM 85. GEBURTSTAG

Alex, Ruth, geb. **Weichler**, aus Neidenburg, am 16. September

Bandlow, Meta, geb. **Hensel**, aus Petersdorf, Petersdorf Süd, Kreis Wehlau, am 11. September

Brunkel, Elisabeth, geb. **Janz**, aus Lentenbude, Kreis Elchniederung, am 12. September

Drewes, Hermann, aus Wietzendorf, Kreis Wehlau, am 14. September

Graupner, Silvia, geb. **Luckner**, aus Lötzen, am 10. September

Gusella, Sonja, geb. **Lubitzki**, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 142, am 11. September

Hinkle, Lore, geb. **Szeimies**, aus Inse, Kreis Elchniederung, am 15. September

Hohendorf, Alfred, aus Lindendorf, Kreis Wehlau, am 13. September

Jegull, Horst, aus Wiesengrund, Kreis Lyck, am 13. September

Jungheit; Margarete, geb. **Jungheit**, aus Ostseebad Cranz, Kreis Samland, am 12. September

Krüger, Frieda, geb. **Sczepanski**, aus Seeben, Kreis Neidenburg, am 11. September

Michelsen, Ilse, geb. **Grönick**, aus Grünhausen, Kreis Elchniederung, am 10. September

Müller, Gertrud, geb. **Wellert**, aus Kampen, Kreis Lötzen, am 11. September

Pfeffer, Fritz, aus Klein Nuhr, Klein Nuhr Dorf, Kreis Wehlau, am 11. September

Poley, Lisa, geb. **Lubjuhn**, aus Prostken, Kreis Lyck, am 11. September

Rämer, Gertraut, geb. **Jebramek**, aus Dreimühlen, Kreis Lyck, am 15. September

Reifsteck, Frieda, geb. **Kubrzitzky**, aus Baringen, Kreis Ebenrode, am 12. September

Rosowski, Walter, aus Bärenbruch, Kreis Ortelsburg, am 15. September

Simon, Werner, aus Grünhayn, Kreis Wehlau, am 16. September

Stehen, Irmgard, geb. **Kühn**, aus Kalkhöfen, Kreis Ebenrode, am 16. September

Wrage, Eva, geb. **Jakubzig**, aus Lyck, Bismarckstraße 19, am 11. September

Zwillus, Helmut, aus Groß Engelau, Groß Engelau Abbau, Kreis Wehlau, am 11. September

ZUM 80. GEBURTSTAG

Bader, Klaus, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 11. September

Bluschke, Hubert, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 12. September

Bohn, Alfred, aus Königsberg, Altrossgärtner Kirchenstraße 8/9, am 9. September

Brüggemann, Ursula, geb. **Stobbe**, aus Schwanensee, Kreis Elchniederung, am 13. September

Bultmann, Horst, aus Sorgenau, Kreis Samland, am 14. September

Ekruth, Horst, aus Gerswalde, Kreis Mohrungen, am 14. September

Gemballa, Gerda, geb. **Puschwadt**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 16. September

Grüber, Erna, geb. **Pfeiffer**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 11. September

Hanau, Manfred, aus Grauden, Klein Grauden, Kreis Wehlau, am 14. September

Herrmann, Rudi, aus Königsberg-Ponarth, Wiesenstraße 31-33, am 7. September

Kanak, Gerda, geb. **Zirkel**, aus Magdalenz, Kreis Neidenburg, am 10. September

Kompa, Gustav, aus Farienen, Kreis Ortelsburg, am 16. September

Krause, Irena, geb. **Falk**, aus Thurau, Kreis Neidenburg, am 16. September

Leidig, Gerhard, aus Seckenburg, Kreis Elchniederung, am 16. September

Link, Erna, geb. **Kalinski**, aus Wappendorf, Kreis Ortelsburg, am 12. September

Milbradt, Rolf, aus Groß Keylau, Kreis Wehlau, am 15. September

Möhrke, Reinhard, aus Peyse, Kreis Samland, am 16. September

Müller, Liebgard, geb. **Stahl**, aus Follendorf, Kreis Heiligenbeil, am 16. September

Nowak, Gertrud, aus Pilsen, am 16. September

Ollech, Erna, geb. **Brzoska**, aus Wacholderau, Kreis Ortelsburg, am 16. September

Oschetzki, Hans-Georg, aus Weißhagen, Kreis Lyck, am 16. September

Plotz, Waltraut, geb. **Bogdan**, aus Bartendorf, Kreis Lyck, am 13. September

Puzicha, Kurt, aus Höhenwerder, Kreis Ortelsburg, am 16. September

Rogowski, Erwin, aus Milussen, Kreis Lyck, am 14. September

Saunus, Werner, aus Schorningen, Kreis Elchniederung, am 13. September

Scheuer, Ingrid, geb. **Erdmann**, aus Trankwitz, Kreis Samland, am 13. September

Schwarz, Eva, geb. **Salomon**, aus Neuendorf, Kreis Lyck, am 10. September

Spiller, Irmgard, geb. **Seidenberg**, aus Stellwagen, Kreis Elchniederung, am 12. September

Völkel, Lieselotte, geb. **Grohnert**, aus Hohenfürst, Kreis Heiligenbeil, am 6. September

Willamowski, Klaus, aus Kleinkosel, Kreis Neidenburg, am 14. September

ZUM 75. GEBURTSTAG

Arndt, Hartmut, aus Balga, Kreis Heiligenbeil, am 14. September

Droese, Christa, geb. **Trinker**, aus Steintal, Kreis Lötzen, am 16. September

Giesa, Grete, geb. **Bogdanski**, aus Lahna, Kreis Neidenburg, am 10. September

Kottke, Emmi Minna, geb. **Kohnert**, aus Alt Passarge, Kreis Heiligenbeil, am 16. September

Piotrowski, Ewald, aus Lindenort, Kreis Ortelsburg, am 16. September

Schon, Jörg, aus Stadtfelde, Kreis Ebenrode, am 12. September

Senger, Eckard, aus Feilschmidt-Tabern, Kreis Mohrungen, am 12. September



Krogmann, Hanspeter, und Ehefrau Martha, geb. **Seidel**, aus Sodargen, Kreis Ebenrode, Gumbinnen, am 6. September

Alle auf den Seiten »Glückwünsche« und »Heimatarbeit« abgedruckten Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

Glückwünsche nur noch ohne Nennung der Adresse möglich:

Die meisten Landsleute freuen sich, wenn sie ihren Namen auf unserer Glückwunschseite finden. Leider sind jedoch nicht alle damit einverstanden, dass dort auch ihre aktuelle Adresse genannt wird. In letzter Zeit hat es unter Hinweis auf den Datenschutz und das allgemeine Persönlichkeitsrecht mehrere diesbezügliche Beschwerden und sogar eine Eingabe an den Beschwerdeausschuss des Deutschen Presserates gegeben.

Die Rechtslage ist tatsächlich so, dass diese Daten nur veröffentlicht werden dürfen, wenn in jedem Einzelfall das Einverständnis der Betroffenen vorliegt. Diese Vorgabe zu erfüllen würde einen Arbeitsaufwand erfordern, den die Redaktion nicht bewältigen könnte. Um rechtlich auf der sicheren Seite zu stehen, haben wir uns daher schweren Herzens entschlossen, die aktuellen Anschriften der Jubilare künftig nicht mehr zu veröffentlichen. Wir bitten dafür um Ihr Verständnis.

Da wir durch den Wegfall der Adresszeilen mehr Platz auf der Seite haben, freuen wir uns, dass wir nun wieder die Glückwünsche zum 75. Geburtstag aufnehmen können, die zwischenzeitlich aus Platzgründen wegfallen mussten.

Eine Bitte zum Schluss: Da es der Redaktion aus organisatorischen Gründen leider nicht möglich ist, eingehende Post an die Jubilare weiterzuleiten, bitten wir Sie, sich an die jeweiligen Heimatkreisgemeinschaften zu wenden.

Ihre *PAZ*

TERMINE DER LO

Jahr 2012

21. bis 23. September: Geschichtsseminar im Ostheim in Bad Pyrmont.

8. bis 14. Oktober: 58. Werkwoche im Ostheim in Bad Pyrmont.

19. bis 21. Oktober: Schriftleiterseminar im Ostheim in Bad Pyrmont.

5. bis 9. November: Kulturhistorisches Seminar im Ostheim in Bad Pyrmont.

Jahr 2013

9./10. März 2013: Arbeitstagung der Kreisvertreter in Bad Pyrmont.

16../17. März 2013: Arbeitstagung der Vorsitzenden der Deutschen Vereine in Sensburg (Ostpreußen).

15. Juni 2013: Sommerfest der Deutschen Vereine in Osterode (Ostpreußen).

Auskünfte bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 414008-0.

HÖRFUNK & FERNSEHEN

SONNABEND, 8. September, 11.05 Uhr, Deutschlandfunk: Gesichter Europas: Der Reichtum des armen Ostens. Unterwegs in der äußeren Slowakei.

SONNABEND, 8. September, 15.30 Uhr, ARD: Ausverkauf im Kernkraftwerk: Die Abwracker von Mülheim-Kärlich.

SONNABEND, 8. September, 20.15 Uhr, SWR: Konrad Adenauer – Stunden der Entscheidung

SONNABEND, 8. September, 21.35 Uhr, Deutschlandradio Kultur: Die besondere Aufnahme: Historische Aufnahmen aus dem RIAS-Archiv.

SONNTAG, 9. September, 9.20 Uhr, WDR 5: Alte und Neue Heimat.

SONNTAG, 9. September, 16.30 Uhr, Deutschlandradio: Forschung aktuell: Der Plan vom Meer. Warum es auf der Ostsee eng wird.

SONNTAG, 9. September, 20.15 Uhr, MDR: Reinhard Gehlen – Der Meisterspion und die Nazis.

MONTAG, 10. September, 9.05 Uhr, Deutschlandfunk: Vor 60 Jahren. Die Bundesrepublik und Israel unterzeichnen das Luxemburger Abkommen über Wiedergutmachungen.

MONTAG, 10. September, 19.30 Uhr, Deutschlandradio Kultur: Zeitfragen. Im Netz der Interessen – was wird aus der Energiewende?

MONTAG, 10. September, 20.15 Uhr, WDR: Der dm-Check. Ist die Eigenmarke „balea“ so gut wie ihr Ruf?

MONTAG, 10. September, 23.30 Uhr, ARD: Kurt Georg Kiesinger. Der vergessene Kanzler.

DIENSTAG, 11. September, 13.07 Uhr, Deutschlandradio Kultur: Die Geisterstadt. Wie in Duisburg ein altes Arbeiterviertel plattgemacht wird.

DIENSTAG, 11. September, 20.15 Uhr. RBB: Gehimnisvolle Orte. „Der Ostwall“, zwei Autostunden von Berlin entfernt, Hitlers letztes Aufgebot gegen die Rote Armee

DIENSTAG, 11. September, 22.25 Uhr, 3sat: WikiLeaks – Geheimnisse und Lügen..

MITTWOCH, 12. September, 16.45 Uhr, 3sat: Die Karpaten – Leben in Draculas Wäldern.

MITTWOCH, 12. September, 21 Uhr, Phoenix: Die Welt auf Pump. Reißen uns die Schulden in den Abgrund?

DONNERSTAG, 13. September, 17 Uhr, BR: Schloss Linderhof und die königliche Bergromantik.

DONNERSTAG, 13. September, 22.35 Uhr, MDR: Mieter in Not. Wenn Wohnen fast unmöglich wird.

FREITAG, 14. September, 12.30 Uhr, 3sat: Wenn Kinder vor den Eltern sterben.

FREITAG, 14. September, 14.55 Uhr, 3sat: Sardinien. Im Hinterland der Costa Smeralda.

FREITAG, 14. September, 20.15 Uhr, 3sat: Weg mit der Brille? Chancen und Risiken des Augenlaserns.

LANDSMANNSCHAFTLICHE ARBEIT LANDESGRUPPEN



BADEN-WÜRTTEMBERG

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (0711) 6336980.

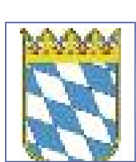
Landesverband – Sonntag, 16. September, 14.30 Uhr (Saalöffnung 13 Uhr), Liederhalle, Hegelsaal: **Jubiläumsveranstaltung 60 Jahre Bund der Vertriebenen,** Vereinigte Landsmannschaften, Landesverband Baden-Württemberg am Tag der Heimat in Stuttgart. Mitwirkung heimatlicher Kulturgruppen. Vorprogramm im Foyer. Begrüßung: BdV-Landesvorsitzender Arnold Tölg, Ansprachen: BdV-Präsidentin Erika Steinbach, MdB, Innenminister Reinhold Gall, MdL. Kranzniederlegung am Denkmal für die Opfer der Vertreibung in Bad Cannstatt beim Kursaal, 11 Uhr.

Ludwigsburg – Montag, 24. September, 15 Uhr, Kronenstube, Kronenstraße 2: Stammtisch der Gruppe.

Auch im Internet: »Glückwünsche und Heimatarbeit«

Ulm/Neu-Ulm – Donnerstag, 13. September, 14.30 Uhr, Ulmer Stuben: Treffen der Frauengruppe. – Sonntag, 16. September: **Tag der Heimat** des BdV-Landesverbands Baden-Württemberg und 60-jähriges Jubiläum des Landesverbandes. Fahrt zur Veranstaltung in Stuttgart. Wer daran teilnehmen möchte, kann mit dem Regionalzug um 12.54 ab Ulm fahren, Ankunft in Stuttgart 13.56 Uhr. Vom Bahnhof zwei Stationen mit der Straßenbahn Linie 9 Richtung Vogelsang fahren. Treffpunkt ist um 12.40 Uhr im Bahnhof Ulm. Anmeldung bei Herrn Wendt. – Sonnabend, 22. September, 14.30 Uhr, Ulmer Stuben: Die Gruppe trifft sich zum Schabbern.

Weinheim/Bergstraße – Mittwoch, 12. September, 14.30 Uhr, Café Wolf: Treffen der Frauengruppe. Es geht um Land und Leute sowie Liedern aus der Heimat, liebevoll festgehalten in dem Buch „Mein Lied, mein Land“. Herausgeber Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Zusammensetzung und Sätze Herbert Wilhelmi.



BAYERN

Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

Bamberg – Sonntag, 16. September, 15 Uhr, Gaststätte Tambosi: Vertreibung der Deutschen und Polen im 20. Jahrhundert.

Ingolstadt – Sonntag, 16. September, 14.30 Uhr, Gasthaus Bonschab, Münchner Straße 8: Monatliches Heimattreffen.

Kitzingen – Sonnabend, 15. September: **Tag der Heimat.** 16 Uhr, Denkmal der Vertriebenen: Kranzniederlegung. 17 Uhr: Festliche Veranstaltung im Kreistagssitzungssaal.

KEINE BERICHTE ZUM TAG DER HEIMAT

Überall in der Bundesrepublik Deutschland finden dieser Tage Veranstaltungen zum „Tag der Heimat“ statt. Aufgrund dieser Vielzahl können Berichte leider nicht berücksichtigt werden.

Landshut – Dienstag, 18. September, 14 Uhr, Insel: Zusammenkunft der Gruppe. Vortrag von Hans Brünler „Ostpreußens Grenzen“.

Nürnberg – Freitag, 14. September, 15 Uhr, Tucherbräu am Opernhaus: Wolfgang Freyberg, Direktor des Kulturzentrums Ostpreußen in Ellingen berichtet über Aktuelles und die Arbeit des Hauses in der Heimat. Gäste sind herzlich willkommen.

Starnberg – Donnerstag, 13. September, 15 Uhr, Bayerischer Hof: Monatstreffen.

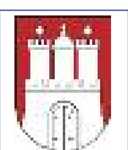
Weißenburg-Gunzenhausen – Sonnabend, 22. September: **Tagesausflug nach Bayreuth,** in die Residenzstadt der Hohenzollern, wo Markgräfin Wilhelmine, Schwester Friedrichs des Großen, wirkte. Gemeinsamer Ausflug mit der Kreisgruppe Ansbach. Sonderprogramm. Auskunft und Anmeldung unter Telefon (09831) 611665 bei Lm. Kösling.



BREMEN

Vorsitzender: Helmut Gutzeit, Telefon (0421) 25 09 29, Fax (0421) 25 01 88, Hodenberger Straße 39 b, 28355 Bremen. Geschäftsführer: Günter Högemann, Am Heidberg 32, 28865 Lilienthal Telefon (04298) 3712, Fax (04298) 4682 22, E-Mail: g.hoegemann@t-online.de

Bremen –- Montag, 24. September, 18 Uhr, Stadtbibliothek Bremen, Wallsaal der Zentralbibliothek: **Uwe Rada liest aus seinem Buch „Die Memel – Kulturgeschichte eines europäischen Stromes“.** Ergänzend zur Lesung hat die Gruppe Kristina Šlyžiute, Studentin der Schulmusik an der Musikhochschule Lübeck, eingeladen, mit dem Gesang litauischer Dainos einen musikalischen Eindruck vom Lebensgefühl der Menschen entlang den litauischen Ufern der Memel wiederzugeben. Die Buchhandlung Geist ist ebenfalls Mitveranstalter und präsentiert die Bücher Uwe Radas. In der Verlagsankündigung des Buches heißt es unter anderem: „Drei Länder und nahezu tausend Kilometer bewältigt die Memel zwischen ihrer Quelle und ihrer Mündung in Ostpreußen. In seinem Buch schildert Uwe Rada den enormen kulturellen und historischen Reichtum dieses europäischen Stromes. Für die einen ist sie das Symbol einer untergegangenen Geschichtslandschaft – der Strom Ostpreußens. Für andere symbolisiert sie das Zusammenleben von Deutschen und Litauern, Polen und Weißrussen, Russen und Juden in der Zeit vor den großen Verfolgungen des 20. Jahrhunderts: Die Memel hat mit ihrer multikulturellen Vergangenheit weite Teile Europas bis in unsere Zeit geprägt. Uwe Rada, geboren 1963, ist Redakteur der „taz“ und Buchautor. Er lebt in Berlin. Für seine publizistische Arbeit hat er mehrere Stipendien und Preise erhalten, unter anderem von der Robert-Bosch-Stiftung und dem Goethe-Institut. Im vorliegenden Buch folgt er dem historisch-geographischen Lauf dieses magischen Flusses von Minsk bis ins Kurische Haff und lässt die Städte und Landschaften beiderseits des Flusses lebendig werden. Er begegnet Kaufleuten, Fischern und Flößern, berichtet von der Nationalisierung der Memel, von Flucht, Vertreibung und Neubeginn, und er zitiert Gedichte und Romane, die entlang der Memel spielen. Eine bildreiche Reise entlang dieses faszinierenden Stromes. Der Eintritt zur Veranstaltung ist frei.



HAMBURG

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Kippingstr. 13, 20144 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815. 2. Vorsitzender: Hans Günter Schattling, Helgolandstr. 27, 22846 Norderstedt, Telefon (040) 5224379.

LANDESGRUPPE

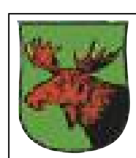
Sonnabend, 8. September, 15 Uhr, Finnische Seemannskirche, Dietmar-Koel-Straße 6, 20459 Hamburg: **Ökumenischer Gottesdienst der Heimatvertriebenen.** Predigt: Diakon Meinke. Liturgie: Pastor Peter Voß. An der Orgel: die Hausorganistin. – Sonnabend, 15. September, 15 Uhr, Gemeindehaus (Bachsaal), Hauptkirche St. Michaelis, Krayenkamp 4 (S-Bahnstation Stadthausbrücke oder U3-Station Rödingsmarkt), Hamburg: **60. Jahrestag des L.v.D. und Tag der Heimat.** Einlass 14.30 Uhr. Im Vorprogramm spielt der Musikzug der Freiwilligen Feuerwehr Willinghusen. Festansprache: Oliver Dox, MdB und Landesvorsitzender des BdV Niedersachsen. Das Programm wird musikalisch umrahmt durch den Auftritt des Volkstanzkreises „Rega“ und des Ostpreußenchors. – Sonnabend, 29. September, 10 bis 17 Uhr, Gerhart-Hauptmann-Platz (Mönckebergstraße): **27. Heimatmarkt der ost- und mitteldeutschen Landsmannschaften** mit vielen Angeboten heimatlicher Spezialitäten und „Landstreichers Feldküche“. Unterhaltung durch den Musikzug der Freiwilligen Feuerwehr Willinghusen und der „Musikband-Band Hamburg“.

BEZIRKSGRUPPE

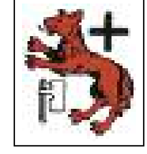
Hamburg-Billstedt – Die Gruppe trifft sich jeden ersten Dienstag im Monat um 14.30 Uhr im Vereinshaus Billstedt-Horn, Möllner Landstraße 197, 22117 Hamburg (Nähe U-Bahn-Station Steinfurter Allee). Gäste sind willkommen. Informationen bei Anneliese Papiz, Telefon (040) 739 26 017.

Hamburg-Wilhelmsburg – Montag, 24. September, 15 Uhr, Gasthaus Waldquelle, Höpenstraße 88, Meckelfeld (mit Bus 443 bis Haltestelle Waldquelle): Heimatnachmittag. Die Gruppe feiert Erntedankfest.

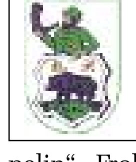
KREISGRUPPE



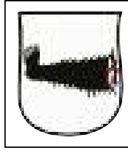
Elchniederung – Mittwoch, 26. September, 14 Uhr, Café Prinzess, Alsterdorfer Straße 572, gut zu erreichen mit Bus, U- und S-Bahn bis Haltestelle Ohlsdorf, danach in wenigen Gehminuten: Treffen der Gruppe zum herbstlichen Beisammensein – diesmal ohne Erntetisch – dafür mit einer Filmvorführung, heimatlichen Liedern und Gedichten. Gäste sind wie immer herzlich willkommen.



Heiligenbeil – Sonntag, 30. September, 14 Uhr, Seniorentreff der AWO, Bauerbergweg 7: Die Gruppe feiert ihr Herbstfest. Hierzu sind alle Mitglieder und Freunde der Gruppe herzlichst eingeladen, bei Kaffee und Kuchen einige gesellige und fröhliche Stunden miteinander zu verbringen sowie in Erinnerungen zu schwelgen bei einem Film aus dem Schätzkästchen Ostpreußen aus den 1920/30er Jahren in Originalaufnahmen. Der Seniorentreff ist zu erreichen mit der Buslinie 116 bis Bauerberg, ab U-Bahnhof Wandsbek-Markt, Billstedt und Hammer Kirche. Anmeldung bei Lm. Konrad Wien bis zum 28. September. Kostenbeitrag für Kaffee und Kuchen 5 Euro. – Für die Freunde der Heimatkreisgruppe Heiligenbeil in Hamburg gibt es jetzt im Internet für den Kreis und seine Kirchspiele eine neue „Homepage“ unter dem Link www.Kirchspiel-Bladiau.de. Hier kann man außer den Kirchspielen Balga und Zinten auch das ländliche Kirchspiel Bladiau aufrufen. Viel Spaß beim „Surfen“.



Insterburg – Die Gruppe trifft sich jeden ersten Mittwoch im Monat um 12 Uhr im Hotel „Zum Zeppelin“, Frohmestraße 123. Rückfragen bei Manfred Samel, Friedrich-Ebert-Straße 69b, 22459 Hamburg, Telefon/Fax (040) 587585, E-Mail: manfred-samel@hamburg.de



Sensburg – Sonntag, 23. September, 15 Uhr, Polizeisportheim, Sternschanze 4, 20357 Hamburg: Die Gruppe trifft sich zum gemütlichen Beisammensein. Gäste sind herzlich willkommen.



HESSEN

Vorsitzender: Wolfgang Warnat, Robert-Koch-Weg 5, 35578 Wetzlar, Telefon (06441) 204 39 99.

Darmstadt-Dieburg – Sonnabend, 15. September, 15 Uhr, Bürgersaal, Darmstadt-Neu-Kranichstein: Treffen der Gruppe. Nach der Kaffeetafel sollen die Kenntnisse der Teilnehmer bei einem Westpreußen-Quiz unter Beweis gestellt werden. Bitte dafür eine Lesebrille nicht vergessen.

Kassel – Achtung! Das nächste Treffen der Kreisgruppe Kassel findet nicht wie angekündigt am Dienstag, 11. September, sondern am **Dienstag, 18. September** ab 14.30 Uhr im Restaurant Alt Süsterfeld, Eifelweg 28, Kassel statt. Das Thema des Treffens lautet: „Aus schwerer Zeit“ – Mitglieder der Gruppe erinnern sich.

Wiesbaden – Sonnabend, 15. September, 16 Uhr, Haus der Heimat, Großer Saal, Friedrichstraße 35: 50 Jahre Haus der Heimat. Feierstunde zum 50-jährigen Bestehen des Hauses der Heimat. Eine Veranstaltung des Kulturrings Haus der Heimat und des BdV. Die Festrede hält Stefan Grüttner, hessischer Sozialminister. Nach der Feierstunde Eröffnung der Ausstellung „50 Jahre Haus der Heimat in Wiesbaden – Heimat für Vereine und Landsmannschaften“, an der sich auch die Landsmannschaft beteiligt. Um zahlreiches Kommen wird deshalb gebeten.



MECKLENBURG-VORPOMMERN

Vorsitzender: Manfred F. Schukat, Hirtenstraße 7 a, 17389 Anklam, Telefon (03971) 245688.

Schwerin – 17. Landestreffen der Ostpreußen in Schwerin – Sonnabend, 29. September, 10 bis 17 Uhr, Sport- und Kongresshalle Schwerin, Wittenburger Straße 118: Die Ostpreußen aus ganz Mecklenburg-Vorpommern treffen sich. Es werden mehr als 2.000 Besucher erwartet. Angehörige und Interessenten von nah und fern sind ebenfalls herzlich eingeladen. Alle 40 ostpreußischen Heimatkreise sind wie immer an Extra-Tischen ausgeschildert. Für die Gäste ist ein reiches Informations- und Kulturprogramm vorbereitet. Angesagt haben sich die Chöre der deutschen Minderheit aus Masuren, Königsberg und dem Memelland, der Shanty-Chor „De Klaashahns“ Rostock-Warnemünde und das Wehrbereichsmusikkorps I Neubrandenburg. Erwartet werden die Justizministerin von Mecklenburg-Vorpommern, Uta-Maria Kuder, und der Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen, Stephan Grigat. Für das leibliche Wohl, eine große Auswahl Heimatliteratur, ostpreußischen Bärenfang und genügend Parkplätze ist gesorgt. Busse und Fahrgemeinschaften werden durch die örtlichen Ostpreußen-Gruppen organisiert – bitte dort erkundigen. Pensionsplätze vermittelt die Touristinformation Schwerin, Telefon (0385) 5925212. Die Sport- und Kongresshalle ist mit der Stadtbuslinie 11 sehr gut vom Hauptbahn-

Landsmannschaftl. Arbeit Fortsetzung auf Seite 17

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 16

hof erreichbar. Weitere Auskünfte gegen Rückporto bei: Manfred Schukat, Hirtenstraße 7a, 17389 Anklam.



NIEDERSACHSEN

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Gerhard Schulz, Bahnhofstraße 30b, 31275 Lehrte, Telefon (05132) 4920. Bezirksgruppe Lüneburg: Manfred Kirrinnis, Wittinger Straße 122, 29223 Celle, Telefon (05141) 931770. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2968.

Landesgruppe – Mittwoch, 12. September, 15 Uhr, Stadthotel Eversten, Hauptstraße 36, Oldenburg: Die Frauengruppe der Ost und Westpreußen Oldenburg trifft sich nach der Sommerpause. Gisela Borchers stellt in einem Bildervortrag „Erinnerungsstätten in Westpreußen“ vor, die in der Heimat in den letzten 20 Jahren aufgestellt wurden und die an die frühere deutsche Bevölkerung erinnern sollen. Freunde und Gäste sind herzlich willkommen.

Osnabrück – Freitag, 21. September, 15 Uhr, Gaststätte Bürgerbräu, Blumenhaller Weg 43: Treffen der Frauengruppe. – Dienstag, 25. September, 16.45 Uhr, Hotel Ibis, Blumenhaller Weg 152: Die Gruppe trifft sich zum Kegeln.



NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender: Jürgen Zauner, Geschäftsstelle: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Bad Godesberg – Mittwoch, 19. September, 17.30 Uhr, Stadthalle, Erkerzimmer: Die Gruppe trifft sich zum Stammtisch.

Bielefeld – Donnerstag, 13. September, 15 Uhr, Wilhelmstraße 13, 6. Stock, 33602 Bielefeld: Ostpreußisch Platt. – Donnerstag, 20. September, 15 Uhr, Wilhelmstraße 13, 6. Stock, 33602 Bielefeld: Literaturkreis.

Dortmund – Montag, 17. September, 14.30 Uhr, Ostdeutsche Heimatstuben, Landgrafenschule, Märkische Straße: Treffen der Gruppe.

Düsseldorf – Sonnabend, 15. September, 11 Uhr, GHH / Konferenzraum: **Tag der Heimat.** – Freitag, 21. September, 18 Uhr, GHH / Ausstellungsraum: Ausstellungseröffnung „Gerhart Hauptmann zum 150. Geburtstag“ und „Schlesien in der Kunst der Gerhart-Hauptmann-Zeit“. – Freitag, 21. September, 19 Uhr, GHH / Eichendorff-Saal: Gerhart-Hauptmann-Abend, „S‘ ist so ein stiller heil'ger Tag“. Musikalisch-literarisches Programm mit Alexandra Lachmann, Elke Jahn, Ulli Koch.

Ennepetal – Sonnabend, 15. September, 16 Uhr, Rosine: Tag der Heimat, zentrale Veranstaltung des BdV. – Donnerstag, 20. September, 18 Uhr, Heimatstube: Monatsversammlung mit Krustenbraten, Sauerkraut und Kartoffeln.

Essen – Freitag, 21. September, 15 Uhr, Gastronomie St. Elisabeth, Dollendorfstraße 51, 45144 Essen-Frohnhausen: Bericht über Fahrten in die Heimat.

Gütersloh – Jeden Montag, 15 bis 17 Uhr, Elly-Heuss-Knapp-Schule, Moltkestraße 13, 33330 Gütersloh: Ostpreußischer Singkreis. Kontakt und Informationen bei Ursula Witt, Telefon (05241) 37343.

Lippe – Mittwoch, 19. September, 15 Uhr, Stadthalle Detmold, Kleiner Festsaal: **Herbstveranstaltung** der Kreisgruppe Lippe. Im Mittelpunkt der Veranstaltung steht ein Vortrag von Ekkehard Schlicht, Bad Salzuflen: „Ermland – seine Städte und Wappen“. Mitglieder und Freunde sind herzlich eingeladen.

Mülheim – Sonntag, 23. September, 11 Uhr, Bürgergarten: **Feierstunde zum Tag der Heimat** mit Festredner und Chor „Sympathie“.

Witten – Montag, 17. September, 15 Uhr, Evangelisch Lutherische Kreuzgemeinde, Lutherstraße 6–10: Neue Dia-Serie über Westpreußen.



RHEINLAND-PFALZ

Vors.: Dr. Wolfgang Thüne, Wormser Straße 22, 55276 Oppenheim.

Mainz – Donnerstag, 20. September, 15 Uhr, Café Zucker, Bahnhofstraße 10, 55116 Mainz: Heimatliche Kaffeerunde der Damen. – Jeden Freitag, 13 Uhr, Café Oase, Schönbornstraße 16, 55116 Mainz: Die Gruppe trifft sich zum Kartenspielen.

Neustadt a.d. Weinstraße – Sonntag, 9. September, 10.30 Uhr: **Tag der Heimat.** Als Landesveranstaltung findet der Tag der Heimat in der Stadthalle in Germersheim statt. Die Festansprache hält Volker Wissing, MdB. Abfahrt ist um 9.15 Uhr am Bahnhofsvorplatz in Neustadt. Anmeldung zur Fahrt bei Manfred Schusziara, Telefon (06321) 13368.



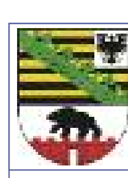
SACHSEN

Vorsitzender: Alexander Schulz, Willy-Reinl-Straße 2, 09116 Chemnitz, E-Mail: alexander.schulz-agentur@gmx.de, Telefon (0371) 301616.

Landesgruppe – Sonnabend, 15. September, Messe Chemnitz, Halle 2, 09116 Chemnitz, Messeplatz 1: Zentraler „Tag der Heimat“ des Landesverbands der Vertriebenen und Spätaussiedler im Freistaat Sachsen/Schlesische Lausitz e.V. Zu dieser Veranstaltung sind alle Kreisverbände des Bundes der Vertriebenen recht herzlich eingeladen. Einlass ist 9.30 Uhr und Parkmöglichkeiten stehen zahlreich und kostenfrei zur Verfügung. Um 10.30 Uhr wird die Tanzgruppe Rübezahl das Programm beginnen. Nach der Begrüßung der Gäste durch den Landesvorsitzenden Frank Hirche, wird von Kaplan Ruhs eine kurze Andacht mit Totenehrung gehalten. Als Festredner konnte Dr. Johannes Beermann, Chef der Staatskanzlei, gewonnen werden. Die Auszeichnungen von drei Verdienstvollen Mitgliedern übernehmen Herr Hirche und Herr Beermann. Die BdV-Chöre übernehmen die kulturelle Umrahmung bis zur Mittagspause. Am Nachmittag wird Adolf Kiertscher mit Volkstümlicher Musik den Tag der Heimat ausklingen lassen.

Chemnitz – Jeden Montag, 16 Uhr, Leipziger Straße 167: Treffen des Kulturkreises Simon Dach unter der Leitung von Ingrid Labuhn.

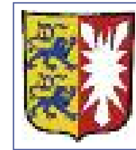
Alle auf den Seiten »Glückwünsche« und »Heimatarbeit« abgedruckten Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!



SACHSEN-ANHALT

Vors.: Siegmund Bartsch (komm.), Lepsiusstraße 14, 06618 Naumburg, Telefon (03445) 774278.

Magdeburg – Freitag, 28. September, 16 Uhr, Sportgaststätte bei TUS Fortschritt, Zielitzer Straße: Singproben des Singekreises.



SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner. Geschäftsstelle: Telefon (0431) 554758, Wilhelminenstr. 47/49, 24103 Kiel.

Bad Schwartau – Donnerstag, 13. September, jetzt bereits ab 14.30 Uhr, AWO-Begegnungsstätte, Auguststraße 34a: Treffen der Ortsgruppe. Dieser Nachmittag wird Mitgliedern und Gästen Ungarn etwas näher bringen. „Fährt man von Osten in Richtung Westeuropa, spürt man einen Hauch des Westens zum ersten Mal in Budapest. Reist man jedoch von Westen nach Osteuropa, spürt man hier zum ersten Mal den Hauch des Ostens.“ Das schrieb der passionierte Globetrotter Robert Edwin Peary vor hundert Jahren. Noch heute gilt Ungarn als das verheißungsvolle Tor in beide Richtungen. Landesvorsitzender Edmund Ferner wird mit eindrucksvollen Bildern und einem mitreißenden Vortrag darüber berichten. – **Bericht von der Herbstfahrt** – Mit 55 Mitgliedern und Gästen startete am 9. August ein voller Bus in Richtung Hamburg. Es war wieder so weit – die obligate „Herbstfahrt“ war bereits weit im Voraus ausgebucht, und alle waren gespannt, was da auf sie zukam. Als erstes Ziel stand ein Kleinod in der Hamburger Speicherstadt auf dem Plan, das Deutsche Zollmuseum! Kann eine so trockene Sache wie das Zollwesen unterhaltsam sein? Sie kann! Von Zollquittungen aus dem Altertum bis zur modernen Container-Prüfanlage – im Deutschen Zollmuseum präsentiert sich der Zoll der Öffentlichkeit. Markenfälschungen, Schmuggelverstecke, historische Uniformen – über 2000 Ausstellungsstücke vermitteln im Deutschen Zollmuseum anschaulich die Arbeit des Zolls in Vergangenheit und Gegenwart. Seit 1992 befindet sich das Deutsche Zollmuseum in den Räumen des alten Zollamtes Kornhausbrücke in Hamburgs historischer Speicherstadt. Nicht zuletzt der Zollkreuzer „Oldenburg“, der vor dem Museum vor Anker liegt, vermittelt ein lebendiges und authentisches Bild der vielseitigen Arbeit des Zolls. Im Erdgeschoss des Museums haben die einzelnen Aufgabenfelder des Zolls ihren Platz, zum Beispiel Schutz der Tier- und Pflanzenarten, Steuererhebung, Umwelt- und Gesundheitsschutz. Aber das war aber noch nicht alles – ein futuristisches Mittagessen erwartete alle im Restaurant „Schwerelos“ im boomenden Hamburger Stadtteil Harburg, in dem 2013 die Internationale Gartenschau stattfinden wird. Ein Topf schwebt wie von Geisterhand unter der Decke, nimmt eine Kurve und saust in einer Spirale herunter an den Tisch. Gibt es nicht? Doch! „Willkommen im abgefahrensten Restaurant der Stadt, dem ‚Schwerelos‘, das Achterbahnrestaurant im Harburger Binnenhafen mit großen, runden Tischen für insgesamt bis zu 200 Personen. Hamburgs verrücktestes Restaurant begeisterte fast alle. Im alten Palmspeicher werden über einen Touchscreen Getränke und Speisen direkt am Tisch bestellt. Man ist überrascht, wie vielfältig das Angebot ist! Obwohl Hausmannskost mit regionalem Einschlag das Hauptangebot ist, laden die kleineren Portionen ein, die Hauptspeisen durch leckere, vielfältige Vorspeisen oder Suppen abzurunden und den Spaß am Bestellen noch zu erhöhen. Einige waren so begeistert, dass sie auch ihr „Verteilerchen“ mühelos auf diesem Wege bestellten und auch erhielten. Am Eingang bekommt jeder Gast seine eigene Bestellkarte. Die Bestellung per Touchscreen ist so einfach, dass laut Auskunft des Personals auch Kinder mit Großeltern begeistert jede Woche aufs Neue ins Achterbahnrestaurant Schwerelos zum Essen kommen. Auch kleine Gäste haben eine große Auswahl. Strahlende Augenpaare warten dann gespannt auf die Bestellung und das Erlebnis der besonderen Art. Die Software lädt zum Spielen ein. Man kann Bewertungen abgeben und E-Mails schreiben – somit kommen auch Technikbegeisterte auf ihre Kosten. Im Café Vokuhl in Lankau erholten sich dann alle von den futuristischen Aussichten auf kommende gastronomische Überraschungen bodenständig bei Kaffee und Torte, und anschließend lockte noch der umfangreiche Hofladen mit seinen vielfältigen Angeboten zum Einkauf.

Burg auf Fehmarn – Dienstag, 11. September, Haus im Stadtpark: Monatstreff. Referent ist Jochen Gawehns, Heiligenhafen. Er hält folgenden Vortrag: „Eine Reise in das alte Ostpreußen“, 3. Teil des Films, Originalaufnahmen. Gäste sind herzlich willkommen.

Flensburg – Mittwoch, 26. September, 14 Uhr, Treffpunkt Mürwik, Großer Festsaal: Die Vereinigten Landsmannschaften Flensburg e.V. laden zum **Tag der Heimat** ein. Kaffeerunde, danach Vortrag von Wadim Gasisow, Kapitän zur See d. R. der russischen Baltischen Flotte, Kaliningrad. Thema „Kaliningrad-Königsberg heute!“ – Mittwoch, 26. September, 15 bis zirka 17.30 Uhr, Flensburg-Mürwik, Kielseng 30: **Tag der Heimat.** Begrüßung durch den 1. Vorsitzenden der vereinigten Landsmannschaften Flensburg e.V., Grußwort des Stadtpräsidenten Dr. Christian Dewanger, Gesangeinlage durch den Gemischten Chor Duburg, Flensburg, Vortrag mit Bildern „Königsberg in Preußen damals und Kaliningrad heute“, gehalten von Kapitän Wadim S. Gasisow, Kaffeerunde (7,50 Euro pro Person) mit Gesprächen, Heimatlieder. Es werden keine Plätze reserviert. Heimatzeitungen der Pommern und Ostpreußen werden ausgelegt. Verbindliche Anmeldung bis zum 21. September bei Hannelore und Winfried Brandes, Telefon (0461) 74816 erbeten (Sind vom 1. bis 16. September im Urlaub), oder Restaurant Treffpunkt Mürwik, Telefon (0461) 13199. Eintritt 6 Euro an der Kasse. **Zum Programm.** Vortrag „Königsberg in Preußen gestern und Kaliningrad heute“. Kapitän Wadim S. Gasisow (Ex-Angehöriger der Russischen Marine. Zweifach mit dem Rotbannerorden ausgezeichnete Baltische Flotte), heutiger Einwohner Königsbergs, Vorstellung des Vortragenden durch Dolmetscheroffizier Kapitänleutnant a.D. Bernhard Walter Moß. Moß und Gasisow kennen sich bereits seit Oktober 1989. Damals fand der erste deutsche Flottenbesuch in Leningrad (UdSSR), unter Flottillenadmiral Hans-Rudolf Boehmer statt. Der damalige Korvettenkapitän Vadim Gasisov dolmetschte für die sowjetische und der damalige Oberleutnant zur See B. Moß für die deutsche Seite. In den nachfolgenden Jahren begegnete man sich immer wieder bei den gegenseitigen Besuchen der jeweiligen (sowjetischen) russischen beziehungsweise deutschen Befehlshaber, bei diversen Schiffsbesuchen und während der „Kieler Woche“. Anfangs (der Kalte Krieg war noch nicht zu Ende) beäugte man sich vorsichtig, aber nach und nach wurde aus der Bekanntschaft Kameradschaft und schließlich eine feste, vertrauensvolle und anhaltende Freundschaft zwischen zwei Marineoffizieren. Moß: „Wir haben die Schützengräben des „Kalten Krieges“ schnell verlassen.“ Viele deutsche und auch russische Politiker, Heimatvereine und Einzelpersonen haben Brücken der Versöhnung zwischen den deutschen und russischen Menschen gebaut. Der Kreisverband Vereinigte Landsmannschaften Flensburg e.V., will und wird auch dazu beitragen. Eine Brücke von Flensburg in das heutige Kaliningrad! Es wird um zahlreiche Teilnahme an diesem Tag der Heimat gebeten, denn die Teilnehmer werden einen spannenden und äußerst unbekannten Vortrag und schönen Nachmittag erleben. Viele russische Menschen, gerade die junge Generation im heutigen Gebiet Kaliningrad, denken über das Leben der Ostpreußen nach, sie sind an dem Vergangenen interessiert. Gäste sind herzlich willkommen.

Itzehoe – Sonnabend, 8./Sonntag, 9. September, Haus der Heimat, Hinter dem Klosterhof 19: **Sonderausstellung der Frauengruppe** zum Treffen der Pr. Holländer mit dem Titel „Es riecht und schmeckt wie zu Hause: Ostpreußische Gerichte“. Dazu haben sich die Mitglieder der Frauengruppe, unterstützt von der Gruppe „Freunde der ostpreußischen Mundart“ an der Dittchenbühne Elmshorn und dem Café Königsberg noch einmal erinnert und ostpreußische Gerichte selbst gekocht, fotografiert und die Rezepte aufgeschrieben. Öffnungszeiten Sonntag, 9. September, 14 bis 18 Uhr. Danach im September jeden Mittwoch und Sonnabend von 15 bis 17 Uhr. Außerdem im Oktober nach Vereinbarung.

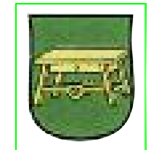
Neumünster – Mittwoch, 12. September, 15 Uhr, Restaurant am Kantplatz: Die schnelle Hilfe rund um die Uhr. Tipps, Sicherheit für Senioren, Kontakte, Informationen im Gespräch mit dem Beauftragten für Öffentlichkeitsarbeit der Polizei.

Uetersen – Nach einem gelungenen Gartenfest im Juli im Haus „Ueterst End“ in der Kirchenstraße 7 mit über 80 Besuchern, das vom Verein zur Erhaltung ostdeutschen Kulturgutes und der Landsmannschaft Ost- und West-

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 18

AUS DEN HEIMATKREISEN

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben



EBENRODE (STALLUPÖNEN)

Kreisvertreter: Dr. Gerhard Kuebart, Schiefe Breite 12a, 632657 Lemgo, Telefon (05261) 8 81 39, E-Mail: gerhard.kuebart@googlemail.com.

Freitag, 21. September bis Sonntag, 23. September, Stadthalle, Luhdorfer Straße 29, 21423 Winsen/Luhe: **Hauptkreistreffen der Kreisgemeinschaft.** Das Hauptkreistreffen findet in diesem Jahr wieder zusammen mit der KG Schloßberg/Pillkallen statt. Gemeinsam wurde ein vielseitiges Programm gestaltet, das für Mitglieder und Gäste eine Fülle von Anregungen bietet, aber auch für den privaten Gedankenaustausch Gelegenheit gibt und Zeit lässt. Die Einzelheiten sollen noch veröffentlicht werden, hier nur ein Hinweis auf die von Elsbeth König und Daniela Wiemer neu gestaltete Ebenroder Heimatstube in der Rote Kreuz Straße 6 sowie die notwendige Vorbereitung der Mitgliederversammlung der KG Ebenrode im Saal der Stadthalle am Sonnabend, 22. September um 14 Uhr. Tagesordnung: 1. Begrüßung, 2. Rechenschaftsbericht des Kreisvertreters, Bericht der Kassenprüfer und Antrag auf Entlastung des Vorstands, 3. Wahlen des Vorstands, 4. Satzungsänderungen, 5.Verschiedenes. Zu Top 4 sind folgende Änderungen der im Heimatbrief 48 (Dezember 2011, Seiten 245-249 abgedruckten Satzung vom 4. September 2010 durch Kreistagsbeschluss der Mitgliederversammlung zur Annahme empfohlen: Satzung der Kreisgemeinschaft Ebenrode (Stallupönen) – § 3 Mitgliedschaft: (2) Der Vorstand kann die Aufnahme ablehnen. Gegen die Ablehnung ist der Einspruch innerhalb von vier Wochen beim Kreistag über den Kreisältesten zulässig. Hilft dieser dem Einspruch nicht ab, entscheidet die nächste ordentliche Mitgliederversammlung. (5) Gegen den Ausschluss ist innerhalb von vier Wochen nach Zustellung Einspruch über den Kreisältesten an den Kreistag zulässig. Hilft dieser dem Einspruch nicht ab, entscheidet die nächste ordentliche Mitgliederversammlung. – § 4 Vorstand (2) Die gerichtliche und außergerichtliche Vertretung des Vereins erfolgt durch mindestens zwei der gewählten Vorstandsmitglieder. (3) Die Mitglieder des Vorstandes werden auf die Dauer von drei Jahren durch die Mitgliederversammlung gewählt. Nachwahlen beziehen sich nur auf die Restzeit der Wahlperiode. Es können nur Vereinsmitglieder in den Vorstand gewählt werden und sie verbleiben nur solange im Amt wie sie Mitglied des Vereins sind. (4) Der Vorstand ist in seiner Geschäftsführung an die Beschlüsse der Mitgliederversammlung und des Kreistages gebunden. Der Vorstand entscheidet mit einfacher Mehrheit. Bei Stimmengleichheit gibt die Stimme des Vorsitzenden den Ausschlag. In dringenden Fällen ist ein Beschluss schriftlich einzuholen. Über die Beschlüsse ist eine Niederschrift zu fertigen, die vom Vorsitzenden und vom Protokollführer zu unterschreiben ist. – § 5 Beiräte: (3) Zur Erstellung des Heimatbriefes werden durch den Vorstand ein Beirat für die Schriftleitung sowie nach Bedarf redaktionelle Mitarbeiter.berufen – § 7 Kreistag: (1) Der Kreistag setzt sich zusammen aus den Mitgliedern des Vorstandes, den Beiräten und den Kirchspielvertretern, sowie dem Kreisältesten. (3) Aufrechterhaltung der Verbindung zu den Mitgliedern. – §8 Mitgliederversammlung: (3) Die Mitgliederversammlung wird vom Vorstand einberufen. Die Einberufung erfolgt durch Bekanntmachung im Heimatbrief der Kreisgemeinschaft, sowie durch eine öffentliche Einladung in der Preußischen Allgemeinen Zeitung mit einer Frist von mindestens vier Wochen. – §9 Wahlen: (1)Die Wahlen für den Vorstand finden auf Vorschlag des Kreistages durch die ordentliche Mitgliederversammlung auf dem Hauptkreistreffen statt. Wahlvorschläge sind dem Vorstand schriftlich zu übermitteln oder der ordentlichen Mitgliederversammlung mündlich vorzutragen. (4) Nachwahlen können jeweils nur in der ordentlichen Mitgliederversammlung beim nächsten Hauptkreistreffen oder in einer außerordentlichen Mitgliederversammlung stattfinden. die vom amtierenden Kreisvertreter nach Vorstandsbeschluss einberufen wird. Für die Einberufung gelten die gesetzlichen Bestimmungen des § 37 BGB. wenn 50 Mitglieder sie verlangen. – § 10 Ehrenmitglieder – Kreisältester: (1) Verdienten Mitgliedern kann die Ehrenmitgliedschaft angetragen werden. Die Beantragung erfolgt nach Beschluss des Vorstandes und des Kreistages. Alter Absatz 3 entfällt. Alter Absatz 4 wird Absatz 3. (3) Aufgabe der Ehrenmitglieder ist es, Tradition zu wahren und das Ansehen der Gemeinschaft zu fördern. Der Kreisälteste ist die Vertrauensperson der Gemeinschaft. Er bekleidet kein aktives Amt und hat bei der Teilnahme an den Sitzungen des Kreistages eine beratende Stimme. Er ist Wahlleiter bei der Wahl des Kreisvertreters. – § 13 Gemeinnützigkeit: (2) Bei Auflösung oder Aufhebung des Vereins oder bei Wegfall steuerbegünstigter Zwecke fällt das Vermögen des Vereins an die Landsmannschaft Ostpreußen e. V. in 22087 Hamburg, Buchtstraße. 4, Stiftung „Zukunft für Ostpreußen“, die es unmittelbar und ausschließlich für gemeinnützige Zwecke zu verwenden hat. Dr. Gerhard Kuebart (Kreisvertreter), Daniela Wiemer (Protokollführer). – Vorstehende Änderungen wurden im Wege der Vorprüfung durch das Registergericht beim Amtsgericht Kassel und durch das Finanzamt Winsen genehmigt. Die Mitglieder der Kreisgemeinschaft Ebenrode (Stallupönen) werden gebeten, zahlreich zur Mitgliederversammlung zu erscheinen und den Änderungen zuzustimmen. Für die diesjährige Mitgliederversammlung gilt noch die Satzung vom 4. September 2010. Danach müssen Wahlvorschläge für die Vorstandswahlen dem Kreisvertreter 14 Tage vor der Mitgliederversammlung am 22. September 2012 übermittelt werden (§ 9).



FISCHHAUSEN

Kreisvertreter: Wolfgang Sopha, Geschäftsstelle: Fahltskamp 30, 25421 Pinneberg, Telefon (04101) 22037 (Di. und Mi und Fr., 9 bis 12 Uhr, Do. 14 bis 17 Uhr), Postfach 17 32, 25407 Pinneberg, E-Mail: Geschaeftsstelle@kreis-fischhausen.de

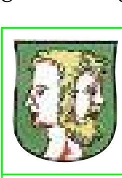
Sonnabend, 22. und Sonntag, 23. September: **Kreistreffen.** Lewe Landslied, wie die Zeit vergeht! Auch in diesem Jahr steht wieder unser Kreistreffen im September in Pinneberg an. Die Begrüßung und Feierstunde findet am Sonnabend, 22. September, 14 Uhr, Cap Polonio, Fahltskamp 48, 25421 Pinneberg, statt. Da in diesem Jahr turnusmäßig die Wahl eines neuen Vorstandes ansteht wünschen wir uns eine rege Beteiligung aller Samländer. Auch zum diesjährigen Kreistreffen findet ein kleines Rahmenprogramm statt, aber es wird genügend Zeit geben zum Austausch alter Jugenderinnerungen und gemeinsamen Gesprächen. Wir freuen uns sehr auf Ihren Besuch! Sollten Sie nicht mehr so mobil sein, wie Sie es sich wünschen, sind auch alle Familienmitglieder und Freunde auf das Herzlichste eingeladen. Gemeinsam reist es sich erfahrungsgemäß leichter. Wünschen Sie Informationen zu Übernachtungsreservierungen oder wissen Sie schon, ob Sie an unserem gemeinsamen Abendessen am 22. September (18.30 Uhr) teilnehmen möchten, so rufen Sie bitte in der Geschäftsstelle unter der Rufnummer (04101) 22037 oder Frau Ziegler unter der Rufnummer (04174) 669675 an. Bleiben Sie gesund und munter bis zu unserem Wiedersehen beim Kreistreffen in Pinneberg am 22./23. September 2012. Programm: Freitag, 21. September, 1830 Uhr: Kranzniederlegung am Gedenkstein im Drosteipark. Gerhard Weiter sorgt mit einem Trompetensolo für den würdigen Rahmen. 20 Uhr, Gemütlicher Abend mit Repräsentanten des Kreises und der Stadt Pinneberg im VfL-Heim. Bereits anwesende Ortsvertreter sind herzlich willkommen. Sonnabend, 22. September, 9.30 Uhr: Öffnung der Veranstaltungsräume im Hotel Cap Polonio. 9,30 Uhr: Ortsvertretersitzung im VfL-Heim mit anschließender Vorstandswahl. 14 Uhr: Musikalische Einstimmung mit dem Wedeler Spitzerdorf-Schulauer Männergesangsverein. Begrüßung durch den Vorsitzenden der Kreisgemeinschaft Fischhausen e.V., Wolfgang Sopha, Grußworte, Deutschlandlied, Schlusswort, Ostpreußenlied. Bis zirka 15 Uhr unterhält der Wedeler Spitzerdorf-Schulauer Männergesangsverein die Gäste mit schwungvollen Liedern. 18.30 Uhr: Gemütlicher Ostpreußenabend mit gemeinsamem Essen im Hotel Cap Polonio zum Preis von 10 Euro. Es stehen drei verschiedene Gerichte zur Auswahl. Sonntag, 23. September: Tag der Heimat. 9.30 Uhr: Öffnung der Veranstaltungsräume im Hotel Cap Polonio. 10 Uhr: Öffnung der Samland-Ausstellung. Anschließend Fortsetzung des Kreistreffens im Cap Polonio und VfL-Heim und in den Räumen der Samland-Ausstellung am Fahltskamp 30. Schirmherrin ist die Bürgervorsteherin Natalina Boenigk.



GERDAUEN

Kreisvertreter: Walter Mogk, Am Eichengrund 1f, , 39629 Bismark (Altmark), Telefon (0151) 12 30 53 77, Fax (03 90 00) 5 13 17. Gst.: Doris Biewald, Blümnerstraße 32, 04229 Leipzig, Telefon (0341) 9600987, E-Mail: geschaeftsstelle@kreis-gerdauen.de.

Sonnabend, 29. September, 9.30 Uhr, Hotel Esplanade, Bahnhofstraße 8, 31542 Bad Nenndorf: **Sitzung des Kreistages** der Heimatkreisgemeinschaft Gerdauen e.V. Sie findet im Rahmen unseres diesjährigen Hauptkreistreffens statt. Alle Kreistagsmitglieder, einschließlich der stellvertretenden Kirchspielvertreter sowie der Mitglieder des Ältestenrates erhalten rechtzeitig die Einladung zur Sitzung mit den aktuellen Tagesordnungspunkten.



LYCK

Kreisvertreter: Gerd Bandilla, St. Agnes-Straße 6, 50374 Erftstadt-Friesheim. Stellvertreter und Karteiwart: Siegmar Czerwinski, Telefon (02225) 5180, Quittenstraße 2, 53340 Meckenheim.

4. Lycker Treffen in München. Kreisausschussmitglied Peter Skrotzki lädt zum 4. Lycker Treffen am 13. September, 15 Uhr, in die Gaststätte des „Haus des Deutschen Ostens“, Am Lilienberg 5, 81369 München (Nähe Gasteig, S/U-Bahn „Rosenheimer Platz“), ein. Als Programm ist vorgesehen: Das 65jährige Bestehen der Kreisgemeinschaft Lyck und die Vorstellung der Festschrift. Vorstellung des neuen Kreisarchivs in Hagen durch die Archiv- und Kulturwartin Bärbel Wiesensee. Aus organisatorischen Gründen bittet Peter Skrotzki die Teilnahme bei ihm, Schellingstraße 22, 80799 München, Telefon (089) 54780928, anzumelden.

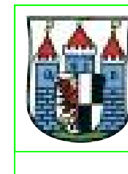
Alle auf den Seiten »Glückwünsche« und »Heimatarbeit« abgedruckten Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!



PREUSSISCH EYLAU

www.preussisch-eylau.de. Kreisvertreter: Rüdiger Herzberg, Brandenburger Straße 11 a, 37412 Herzberg, Tel. (05521) 998792, Fax (05521) 999611, E-Mail: r.b.herzberg@t-online.de; Kartei, Buchversand und Preußisch Eylauer Heimatmuseum im Kreishaus Verden (Aller): Manfred Klein, Breslauer Str. 101, 25421 Pinneberg, Tel. (04101) 200989, Fax (04101) 511938, E-Mail: manfred.klein.rositten@malle-tech.de.

64. Heimattreffen in Verden/Aller – Wie in den Vorjahren finden die heimatgebundenen Veranstaltungen vom Freitag, 14. bis Sonntag, 16. September im Parkhotel Grüner Jäger, Verden/Aller statt. Während des Heimattreffens findet am Freitag, 14. und Sonnabend, 15. September eine Fotoausstellung „Der nördliche Kreis Preußisch Eylau – gestern und heute“ im Kreishaus in Verden, Lindhooper Straße 67 (Preußisch Eylauer Heimatmuseum) statt. Die Ausstellung und das Heimatmuseum sind an diesen Tagen in der Zeit von 9 bis 17 Uhr geöffnet. Freitag, 14. September, 17.30: Landrat Peter Bohlmann lädt alle Teilnehmer und Gäste des Heimattreffens zu einem Empfang in das Kreishaus ein. Um 20 Uhr wird das Treffen der Kreisgemeinschaft durch den Kreisvertreter im Parkhotel Grüner Jäger eröffnet. Sonnabend, 15. September, 8.45 Uhr, Kreishaus Verden/Aller: Öffentliche Sitzung der Delegiertenversammlung. Gäste sind zu der Veranstaltung willkommen. Für den Nachmittag ist die Besichtigung des Verdener Domes vorgesehen. In der Zeit von 16 bis 17 Uhr werden Berzirksvertreter/innen der jeweiligen Heimatbezirke für Nachfragen und Informationen im großen Saal des Parkhotels Grüner Jäger zur Verfügung stehen. Um 19.15 Uhr lädt der Vorstand der KG zu einem ostpreußischen Heimatabend und zu einem gemütlichen Beisammensein in das Parkhotel Grüner Jäger ein. Sonntag, 16. September, 11.15 Uhr, Mahnmal für den Deutschen Osten, Bürgerpark Verden: Nach dieser Veranstaltung treffen sich die Teilnehmer im Parkhotel Grüner Jäger und setzten ihr Heimattreffen fort. An den Veranstaltungen des Heimattreffens nehmen voraussichtlich Gastdelegationen aus Russland und Polen teil.



TREUBURG

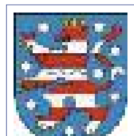
Kreisvertreterin: Ingrid Meyer-Huwe, Heinrich-Heine-Straße 51, 30173 Hannover, Telefon/Fax (0511) 884928. Stellvertreter: Manfred Bednarzik, Gartenstraße 126, 33397 Rietberg, Telefon (052444) 9275888, E-Mail: m.bednarzik@versanet.de. Geschäftsführerin: Astrid Welsch, Am Gysenberg 15, 44805 Bochum, Telefon (0234) 8906028, E-Mail: AstridWelsch@web.de. Ansprechpartnerin in Ostpreußen: Hannelore Muraczewska, Wisniowa 1, PL 19-400 Olecko, Telefon (0048) 875 20-3180.

Bericht Generationentreffen vom 20. bis 25. Mai in Fintel – „Zukunft braucht Herkunft“. Unter diesem Motto, feierten zirka 200 Personen in Fintel das Treuburger Generationentreffen. Die weiteste Anreise hatten Winfried Gorlo aus Erlental, jetzt Röthenbach, mit 750 Kilometern, gefolgt von Christa Meister geb. Kischlat aus Erlental, jetzt Opfenbach/Allgäu mit 715 Kilometern. Aus England besuchte uns Erna Jiranek geb. Nimzyk aus Müllersbrück, sie wohnte in Treuburg Markt 31, Anreise aus 2 Manor Park, G.T. Somerford/Wiltsh, (Nähe Liverpool), 1300 Kilometer. Zum Abendessen am Sonntag, 20. Mai, trafen wir uns alle zum ersten Mal. Zur besonderen Freude waren aus unserer Heimatstadt Treuburg (Olecko) Bürgermeister Waclaw Olszewski und Herr Beresniewicz der Einladung gefolgt. „Ich heiße Sie alle recht herzlich willkommen und freue mich, dass Sie die Anreise gut überstanden haben. Das Abenteuer ‚Generationentreffen‘ kann beginnen. Leider sind keine Mitglieder der Deutschen Gruppe aus Treuburg gekommen, Alter und Krankheit sind schon ein Grund, diese Strapazen nicht zu wagen. Trotzdem gehen herzliche Grüße nach Hause in unsere geliebte Heimat, zu Hannelore Muraczewska, der Vorsitzenden der Deutschen Gruppe und ihren Schützlingen.“ Als Willkommenstrunk bekam jeder ein Gläschen einheimischen Likör. Die reichhaltige Auswahl bei Tisch ließ keine Wünsche offen. Ingrid Meyer-Huwe war dauernd umschwärmt, um von alten Zeiten zu erzählen. Manfred Bednarzik half mit Übersetzungen aus und hatte alle Hände voll zu tun. Gabi Janßen und Guido Klink, unsere Neuzugänge im Kreistag, waren wohltuende Helfer, um Gehbehinderten die Teller direkt an den Tisch zu bringen und das Menü in mundgerechte Häppchen zu schneiden, oder sie zum Büfett zu begleiten, Taschen zu tragen, Rollstühle zu schieben oder sie zu ihren Zimmern zu begleiten. Auch Wolfgang Gorny, ebenfalls Neuzugang im Kreistag, der noch viele Details von seinem Onkel, Fritz Gorny wusste, war ständig in Gespräche verwickelt. Es machte Spaß, zu sehen, wie angeregt und freudig die Unterhaltungen stattfanden. Alle, die in den letzten zwei Monaten einen runden hohen Geburtstag feierten, erhielten eine Flasche Wein. Montag, 21. Mai: Nach 67 Jahren lernten sich noch zwei Familien kennen, die sich aus den Augen verloren hatten. Familie Pulla und Familie Niederhaus bekamen zu ihrem Stammbaum neue Mitglieder, es war unglaublich, so ein Ereignis persönlich mitzuerleben. Der Zufall wollte es, dass ich Eva Knieriem aus Krupinnen kennenlernte. Sie hat uns ausgezeichnet mit der Dolmetschertätigkeit geholfen. Ganz herzlichen Dank, es war wunderbar entspannend, so sicher und schnell mit unseren Freunden aus Treuburg, Bürgermeister Waclaw Olszewski und Herrn Beresniewicz kommunizieren zu können. Die beiden Herren begleiteten unser Fest während der gesamten fünf Tage. Sehr bürgernah wurden viele Einzelgespräche geführt, ständig sah man die beiden Herren im Kontakt mit den ehemaligen Einwohnern Treuburgs. Jan Beresniewicz reichte eine DIN-A 4 Fotomontage durch die Besucherreihen, die das alte Friedhofstor abbildet, gesetzt auf Sockeln am Eingang des ehemaligen evangelischen Friedhofes. Schüler der Berufsbildenden Schulen in Treuburg haben auf Initiative von Jan Beresniewicz diese Arbeit in Angriff genommen und die Fertigstellung soll noch in diesem Jahr erfolgen. Etwa im Oktober soll die Einweihung sein. Wenn Sie Interesse haben sollten, an dieser Zeremonie teilnehmen zu wollen, melden Sie dieses bitte bei Herrn Lask an. Spontan sammelten alle Gäste einen Betrag (zirka 300 Euro), um dieses Projekt zu unterstützen. Die Kommune Olecko und der dortige Heimatverein sind ebenfalls finanziell beteiligt. Es fehle noch ein Betrag von 1800 Euro, um diese wichtige historische Arbeit zu vollenden. Nachmittags war ein Ausflug nach Buxtehude vorgesehen. Drei große Busse standen bereit, um uns Treuburger in die

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 19

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 17

preußen Ortsgruppe Uetersen gemeinsam gestaltet worden war, konnte der Vorsitzende der Uetersener Ostpreußen Joachim Rudat im August auf der Monatsversammlung neben den Mitgliedern und Gästen den vielen schon bekannten vielseitigen Entertainer Harry Lasch aus Königsberg begrüßen. Er hatte schon mehrmals seinen Landsleuten in den vergangenen Jahren mit seinem Können frohe Stunden bereitet. So sollte es auch diesmal sein. Vor dem üblichen gemeinsamen Kaffeetrinken zu Beginn der Versammlung dankte der Vorsitzende den fleißigen Damen für die geschmackvoll hergerichtete Kaffeetafel. Wie immer wurde auch den Geburtstagskindern der Zwischenzeit herzlich gratuliert, ab 80 Jahren mit einer Blume. Dann hieß es „Bühne frei für Harry Lasch“. Wieder verstand Harry Lasch es, mit seinem Temperament und einem wundervoll ausgesuchten Programm seine Zuhörer zu begeistern. Zu den beliebten und bekannten Melodien wurde kräftig mitgeklatscht und gesungen. Für diesen Nachmittag wurde Harry Lasch herzlich gedankt. Er versprach auch im nächsten Jahr wiederzukommen, wenn es Zeit und Gesundheit zulassen. Joachim Rudat dankte seinem Landsmann für die flotten Sprüche und wünschte sich im Namen aller ein baldiges Wiedersehen.



THÜRINGEN

Vors.: Edeltraut Dietel, August-Bebel-Straße 8 b, 07980 Berga an der Elster, Tel. (036623) 25265.

Landesgruppe – Montag, 10. September, 14 Uhr, Volkssolidarität, Mühlhausen: Treffen der Heimatgruppe Königsberg. – Dienstag, 11. September, 14.30 Uhr, Eisenach, Rot-Kreuz-Weg 1: Heimatnachmittag der LM Gruppe Ost- und Westpreußen. – Mittwoch, 19. September, 14 Uhr, Mühlhausen, BdV-Heimatstube: Treffen der Heimatgruppe Ermland.

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 18

schöne Stadt im Kreise Stade zu fahren. Über die Lange Straße in der Altstadt, wurden wir von Stadtführern entlang der Häuserzeile am Westfleth zur dreischiffigen Backsteinbasilika geleitet. Das gewölbte Gebäude ist mit einer Gesamthöhe von 75 Metern das weithin sichtbare Wahrzeichen der Stadt. Nach dem Heimweg hatte man noch etwas Zeit zum Erzählen. Der Abend klang aus mit einem Glas Wein oder einem Tänzchen aus. Oder man konnte den Video-Film anschauen, den Bruno Kossak während des 450-jährigen Jubiläums in Treuburg aufgenommen hatte. **Dienstag, 22. Mai:** Ein Ganztags-Ausflug nach Lüneburg stand auf dem Programm. Die über 1050 Jahre alte Stadt zwischen Hamburg und Hannover ist eine der faszinierendsten Städte Norddeutschlands. Der spannendste Moment war der Besuch des Ostpreußischen Landesmuseums. Die Gegenstände zu bewundern, war eine wahre Freude. Viele Treuburger waren noch nie in diesem schönen Museum. Auch Exponate unseres Kreistagsmitgliedes und Kreisältesten Helmut Niederhaus konnten wir bewundern. Inspiriert von so vielen Erinnerungen ging es wieder zurück ins Hotel. Nach dem Abendessen zeigte uns Ute Schröder geb. Winkelmann mit Ehemann Ulrich einen Dia-Beitrag. Ihr Vater war Rektor in Reimannswalde (Kowahlen) und schrieb die Dokumentation: „Reimannswalde-Kowahlen". Der Dia-Vortrag zeigte eine spannende Fahrradtour mit einem Tandem, welcher den Fluchtweg von Utes Mutter zurückverfolgte. **Mittwoch, 23. Mai:** Heute Vormittag findet die Wahl des Kreistages, integriert in der Kreistagssitzung, statt. Im Konferenzraum ist alles hergerichtet. Flipchart, Büroutensilien und Getränke stehen bereit, es ist alles gerichtet. Wir fühlen uns willkommen. Ich selbst kandidierte nicht, ich stellte mein Mandat zur Verfügung. Hier der **neue gewählte Kreistag**: Ingrid Meyer-Huwe geb. Huwe, aus Treuburg , Kreisvertreterin, Siegfried Schmidtke, Vorfahren aus Treuburg und Diebauen, Stellvertretender Kreisvertreter. Mattias Lask, M.A., Vorfahren aus Saiden und Kleschen, Geschäftsführer. Helmut Niederhaus, aus Rehfeld, Beirat. Irmgard Klink geb. Meißner, aus Schwalg, Beirat. Manfred Bednarzik, aus Bärengrund, Beirat. Helga Lüttgen geb. Seesko, Vorfahren aus Borken, Karin Seesko, aus Borken. Astrid Welsch geb. Jeworrek, Vorfahren aus Treuburg. Wolfgang Gorny, aus Schwentainen, neu. Gabi Janßen geb. Kowalzik, Vorfahren aus Treuburg, neu. Guido Klink, Dipl. Ing., Vorfahren aus Schwalg, neu. – Auch die Schwentainer-Gruppe tagte. Herr Pulla wünschte sich einen Nachfolger. Es stellten sich zur Verfügung und wurde gewählt: Ute Symanowski geb. Borrek aus Nußdorf, Gleiwitzer Straße 4, 48157 Münster, Telefon (0251) 248182. Sie nahm das Amt an und machte den Vorschlag, das nächste Schwentainer Treffen vom 2. bis 7. Juni 2013 im Eurostrand-Hotel in Leiwen/Mosel zu organisieren. – Der Nachmittag war dem größten Vogelpark der Welt in Walsrode gewidmet. Diese gepflegten Gartenanlagen mit den wunderschön blühenden Rhododendronbüschen und vielen weiteren Blumen- und Baumarten zu genießen, war wohltuend. Absoluter Magnet im Vogelpark ist die Flugshow auf der Freilichtbühne: Beim weiteren Rundgang durch die Anlage konnte man auch ganze Familien des „Meister Adebar" begrüßen. Ostpreußen ist ja das Storchenland Nummer eins und so wurden wir an unsere Heimat erinnert. Am Abend hatten wir ein Erlebnis der besonderen Art. Die Enkelin einer Treuburgerin wurde Heidekönigin des Jahres in Schneverdingen. In ihrer herrlichen Robe erschien Nina Cziommer mit ihrer 91-jährigen Großmutter Edith Kudies geb. Ratz aus Reuß. Mit freundlichen Worten stellte sie sich vor und erzählte ihren Lebenslauf. Nach abgeschlossenem Abitur wurde sie in dieses Amt gewählt. Um ihren Aufgaben gerecht zu werden, nahm sie sich ein Jahr Auszeit, um danach erst mit dem Studium zu beginnen. Gerne unterschrieb sie Autogrammkarten und ließ sich sogar von der Hotelleitung in die große Tropic-Halle begleiten, in welcher noch weitere 200 Gäste verweilten. **Donnerstag, 24. Mai:** Heute ist der große Tag der Festveranstaltung. Bei der turnusmäßig vierjährigen Wahl gab es Veränderungen. Die bisherige Kreisvertreterin Irmgard Klink stellte ihr Mandat nach 16-jähriger Vorstandsarbeit zur Verfügung, obwohl sie mit Abstand die meisten Wahlstimmen erhielt. Der Tag nach der Wahl war dem Kreistreffen in Fintel/Lüneburger Heide gewidmet. Mit dem Läuten von Kirchenglocken begann der Festakt des Treffens. Die großzügige Festhalle bot ein prächtiges Ambiente. Die große Treuburger Fahne war der Blickfang auf der Bühne. Irmgard Klink begrüßte die Gäste aus nah und fern. Es folgte das Totengedenken, bei welchem stellvertretend für alle Verstorbenen Dr. Klaus Krech erwähnt wurde. Pastor Lars Rüter aus dem nahegelegen Lauenbrück überbrachte uns Gottes Wort und sprach uns Mut zum Zusammengehörigkeitsgefühl zu. Das Grußwort aus der Stadt Treuburg sprach Bürgermeister Waclaw Olszewski, der von Jan Beresniewicz begleitet wurde. Ins Deutsche vorgetragen von Guido Klink. Leider konnte Hannelore Muraczewska, nicht anwesend sein. Sie sandte ein Grußwort. Hubertus Hilgendorff, Kreisvertreter des Kreises Rastenburg, war Festredner. Er war erst am Tag zuvor von einer Reise in seine Heimat zurückgekehrt und ließ es sich nicht nehmen, einen sehr aufschlussreichen Vortrag über die Geschichte Ostpreußens und über die Bewahrung des ostpreußischen Kulturgutes zu halten. Eine Herzensangelegenheit für Hubertus Hilgendorff ist das Ostpreußische Landesmuseum in Lüneburg. Er wirkt seit den 1980er Jahren als Vorsitzender des Vereins Ostpreußisches Jagd- und Landesmuseum e.V. und entscheidend an dessen Auf- und Ausbau mit. Die Gründung der Ostpreußischen Kulturstiftung, die heute Träger des Ostpreußischen Landesmuseums und des Kulturzentrums Ostpreußen ist, begleitete er von 1991 bis 1994 als stellvertretender Vorsitzender des Vereins Ostpreußischer Kulturstiftung e.V. Bis heute ist Hubertus Hilgendorff stellvertretender Vorsitzender der Ostpreußischen Kulturstiftung und hat wesentlich zur Steigerung der Attraktivität des Ostpreußischen Landesmuseum beigetragen. Hubertus Hilgendorff gehört zudem dem Bundesvorstand und dem geschäftsführenden Vorstand der Landsmannschaft Ostpreußen an und erwarb sich Verdienste in der Stiftung Ostpreußen. Er war außerdem von 1982 bis 1998 Gemeindevertreter in Högsdorf. Am 8. Dezember 2011 wurde Hubertus Hilgendorff für sein soziales Engagement in der Kieler Staatskanzlei des Bundeslandes Schleswig-Holstein mit der Verdienstmedaille des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland ausgezeichnet. Uta Lüttich geb. Hennig, geboren in Reimannswalde Kreis Treuburg, ist Bundesvorsitzende der Landsmannschaft Ostpreußen. Als Landesvorsitzende der LO in Baden-Württemberg überbrachte sie die herzlichsten Grüße des Landesvorstandes, des Sprechers der LO, Stephan Grigat, und der Bundesvorstandsmitglieder. Sie begrüßte Ingrid Meyer-Huwe zur neu gewählten Kreisvertreterin und wünschte ihr persönlich, wie auch dem Team der Kreisgemeinschaft, viel Glück. Sie ernannte Irmgard Frau Klink mittels einer Urkunde in ihrer Eigenschaft als Bundesvorstandsmitglied zur „Präsidentin der Kreisgemeinschaft Treuburg auf Lebenszeit". (Diese Ehrung wurde anschließend bei der Kreistagssitzung am 23. Juni ins Protokoll aufgenommen und bestätigt.) Schon anlässlich des 450-jährigen Jubiläums 2010 in Treuburg durfte Uta Lüttich Irmgard Klink die silberne Ehrennadel der Landsmannschaft Ostpreußen überreichen. Da die Kreisgemeinschaft keinen Antrag an die Bundeslandsmannschaft eingereicht hatte, stellte Wilhelm v. Gottberg, der damalige Sprecher der LO, den Antrag. Diesem Antrag stimmte der Bundesvorstand einstimmig zu. Uta Lüttich übernahm diese Aufgabe in Vertretung des Sprechers der LO, Wilhelm v. Gottberg, der zu dem Zeitpunkt schwer erkrankt war. Ursprünglich wollte Wilhelm v. Gottberg selbst zum 450-jährigen Jubiläum der Einladung von Irmgard Klink folgen. Aus Baden-Württemberg hat Rosemarie Winkler aus Buchen mit ihrer Sing- und Volkstanzgruppe „Ännchen von Tharau" teilgenommen und wir haben uns an den vorgeführten Volkstänzen erfreut. Uta Lüttich appellierte an alle Treuburger Landsleute, auch zukünftig treu zu ihrer Kreisgemeinschaft zu halten. Das schöne Treuburger Wappen auf der Bühne, wurde von Herrn Priebe, Freund des Herrn Hartmann, gearbeitet und uns in einem Holzkoffer (als komfortable Transportmöglichkeit) geschenkt. Recht herzlichen Dank für dieses wertvolle Geschenk. „Sehr geehrter Herr Priebe, wir werden es in Ehren halten und danken Ihnen vielmals", sagte Irmgard Klink. Hans-Günther Meißner, Präsident der Kreisgemeinschaft Goldap, kam aus dem nahe gelegenen Hamburg und konnte noch sehr gut den masurischen Dialekt sprechen. Er erzählte einige Anekdoten aus alter Zeit. Während der Losverkauf mit Gabi Janßen und Guido Klink seinen Betrieb aufnahm, kam noch Ingrid Raven auf die Bühne und wusste ein ostpreußisches Rezept gegen „Die Erkältung". Der Hauptgewinn, der Reisegutschein der Firma Ostreisen, ging an eine Dame aus Lyck. Am Nachmittag konnte das Mikrofon von jedermann auf der Bühne benutzt werden, um Erzählungen, Lieder und Geschichten vorzutragen. Noch bis zum Abendbrot wurde erzählt, Adressen ausgetauscht und langsam Abschied genommen werden. „Ein Treffen in so gemütlicher und liebevoller Atmosphäre habe ich noch nicht erlebt. Und Zeit haben, um in Ruhe Erinnerungen auszutauschen und wieder etwas Neues zu hören, hat mich sehr begeistert. Wann und wo findet das nächste Treffen dieser Art statt? Es war nicht nur ein Treuburger Kreistreffen, sondern auch wunderschöne und erholsame Urlaubstage, danke für alles, es war ein Traum" sprach eine Besucherin. *Irmgard Klink*

Stiftung Bildung und Erinnerung

Das nächste Seminar findet statt von Freitag, 5. bis Sonntag, 7. Oktober im Ostheim Bad Pyrmont statt. Das Seminar ist kostenlos. Die Fahrtkosten mit der DB, 2. Klasse, werden ersetzt. Die Teilnehmer sollten nicht älter als 65 Jahre sein. Anmeldungen ab sofort möglich bei:

Landsmannschaft Ostpreußen, Christiane Rinser M.A., Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, rinser@ostpreussen.de

Kulturfestival in Breslau

Das IV. Kulturfestival der deutschen Minderheit findet am Sonnabend, 29. September in Breslau statt. Das Kulturfestival, welches alle drei Jahre organisiert wird, ist schon zu einem traditionellen Teil des Veranstaltungskalenders der deutschen Minderheit und Partnerorganisationen geworden.

Die Festivals setzen sich als Ziel, den kulturellen Reichtum der deutschen Minderheit aus ganz Polen aufzuzeigen. Auch die Landsmannschaft Ostpreußen wird durch den Stellvertretenden Sprecher, Gottfried Hufenbach und Bundesvorstandsmitglied Dr. Wolfgang Thüne vertreten sein. Eine Berichterstattung werden Sie zu gegebener Zeit in der Preußischen Allgemeinen Zeitung lesen können. http://kulturfestival2012.wordpress.com. *PAZ*

Kreuzworträtsel

größere flache Tasche; Ordner · beunruhigt · elastische Möbelauflage · britische Kronkolonie (Spanien) · Schauspiel-, Ballettschüler · türkische Großstadt · bayr. Benediktinerabtei · Geheimgericht · franz. Stadt an der Loire · gefleckter Raubfisch · wirtschaftlicher Zusammenbruch · Singvogel; Berühmtheit · Stadt u. See in Pennsylvania · Notiz, Vermerk · früheres Wärmemengenmaß · Gottes Gunst · Schlagader · Pflanzenteil · Stadt in Norditalien · Schussgeräusch · Arbeitsentgelt zahlen · Sitzmöbelstück · scherzhaft für Berlin · einen Kreis ziehen · schwankend, unsicher · dehnbares Hohlorgan · oberster Teil des Getreidehalms · Kzw. für Jugendliche(r) · Nähmaterial · wahrnehmen, fühlen · Furchtgefühl · Unterarmknochen · Bücherfreund; Abonnent · silberfarbenes Hartmetall · Fädchen, Fiber · Vulkan in der östlichen Türkei · Korankapitel · norditalienischer Fluss · griechischer Buchstabe · schweiz. Stadt am Rhein · Wiederholung (Musik) · Gewichtseinheit · Tat, Aktion · musikalisches Bühnenwerk · Krankheitserreger · Organ des Harnsystems · ital. Stadt an der Nera · Offiziersrang · luftförmiges chem. Element · Hunnenkönig Attila (dt. Name) · Altersruhegeld · Tastenmusiker · landwirtschaftliches Gerät · nord. Schicksalsgöttin · Fördermaschine · ägyptischer Königsname · Endpunkt · Reihe, Folge · Unsinn, Unfug (ugs.) · Nachlassempfängerin · eine der Gezeiten · Trennlinie · Ackerunkraut, Nelkengewächs · fertig gekocht · Fragewort: Von welchem Ort? · auf etwas, jemanden zu · Strecke bis zum Stillstand (Kfz) · eingelegtes Hühnerprodukt · Getreidespeicher · Vernunft, Einsicht · Buch des Alten Testamentes · Gebetsschlusswort · Schultertuch · altägyptischer Gott · glätten, planieren · Wettkampfstätte; Manege · Überschrift · gepflegte Grünfläche · frühere engl. Anrede: junger Herr · Roman von Émile Zola · Hafenstadt in Spanien · Wintersportgerät · schmal; begrenzt · alkoholisches Getränk · Staat in Nahost, Persien · Brutstätte · Abkürzung für Summa · vermindern · Gegenschlag beim Boxen · mit Metallbolzen befestigen · Jazzstil · Drama von Ibsen · altrömische Mondgöttin

PAZ12_36

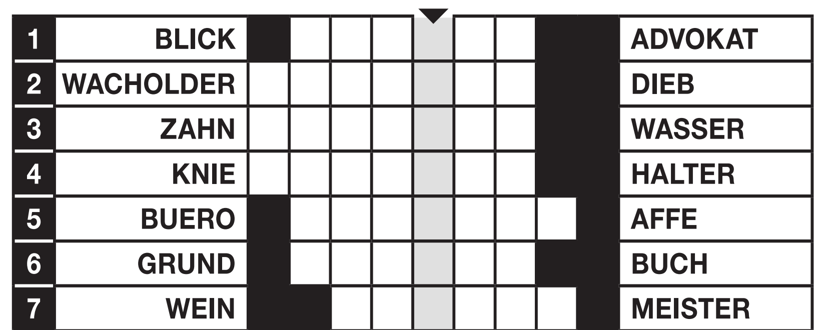
Schüttelrätsel

In diesem ungewöhnlichen Kreuzworträtsel stehen anstelle der Fragen die Buchstaben der gesuchten Wörter alphabetisch geordnet in den Fragefeldern. Zur Lösung beginnen Sie am besten mit den kurzen Wörtern (Achtung: ORT kann z. B. ORT, TOR oder auch ROT heißen).

AINOP · DEHR · AEFGR · EIRSW · ENRU · DEIR · ADEM · DEER · DEEIR · ABDRSU · AEEGINNUU · EHNO · EIMR

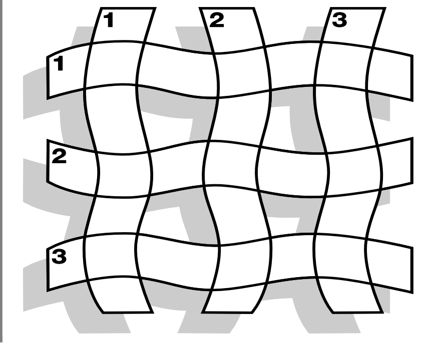
Mittelworträtsel

Erweitern Sie die linken und rechten Wörter jeweils durch ein gemeinsames Wort im Mittelblock. Auf der Mittelachse ergibt sich in Pfeilrichtung ein Gewürz.



1	BLICK	ADVOKAT
2	WACHOLDER	DIEB
3	ZAHN	WASSER
4	KNIE	HALTER
5	BUERO	AFFE
6	GRUND	BUCH
7	WEIN	MEISTER

Magisch



Schreiben Sie waagerecht und senkrecht dieselben Wörter in das Diagramm.

1 Verlust, Wertminderung
2 Technik des Malens
3 Grieche

So ist's richtig:

Schüttelrätsel: PFW / EIDER ERDE / ARABSURD / NEUGUINEA / OHNE REIM

Mittelworträtsel: 1. Winkel, 2. Strauch, 3. Schmelz, 4. Strumpf, 5. Klammer, 6. Gesetz, 7. Keller – Kuemmel

Magisch: 1. Schaden, 2. Pastell, 3. Hellene

Bewunderung für ostpreußische Gutsherren

Ein junger Lehrvikar zu Besuch bei den »Großagrariern« – Gutshäuser als Zentren theologischer Bildung

Vergilbt ist der mit „Ostpreußische Gutsherren“ überschriebene Abschnitt der Publikation „Brücke zur Heimat“, deren Erscheinungsdatum nicht bekannt ist. Autor Harry Goronzy beschreibt darin seine Begegnung mit ostpreußischen Gutsherren, darunter die mit der Großmutter des Alt-Sprechers Wilhelm v. Gottberg.

Als ich heute im Ostpreußenblatt die Tagebuchaufzeichnungen des Herrn von Sanden las, die er in den letzten Wochen niedergeschrieben hat, ehe die Walze der Zerstörung über unsere ostpreußische Heimat hinging, da standen sie mit einem Male vor mir, jene Gutsherren meiner Heimat, die mir begegnet sind, und ich dachte, man müsste einmal von ihnen und der Welt, in der sie lebten, erzählen. Es ist eine versunkene Welt, von der ich berichte, und sie wird so, wie sie war, nicht mehr wiederkehren. Aber es wäre ein tiefer Schade, wenn zu ihrem äußeren Verlust nun noch das völlige Vergessen träte.

„Großagrarier“ wurden sie genannt, diese Herren auf ihren großen Gütern, und wer sie nicht oder nur von außen kannte, mochte sie

Antrittsbesuch auf den Gütern zählte zur Gepflogenheit

mit diesem Namen schmähen wollen. Natürlich, es war nicht alles Gold, was glänzte, und auch auf sie konnte die ostpreußische Redeweise Anwendung finden: „Es gibt so'ne und so'ne und Pillkaller!“ Sie waren nicht alle fromm und gottesfürchtig; mancher mochte „Schulden haben wie ein Major“, nicht jeder war von jener altväterlich anmutenden Fürsorge für seine „Leute“ erfüllt, und dieser und jener mochte fälschlich konservativ nennen, was in Wahrheit unfruchtbar gewordener Rückschritt war. Aber was bedeutete das für den, der sie nun kennenlernte und unter ihnen wunderbaren Gestalten begegnete, die man nicht vergessen sollte!

Als ich vor über zwanzig Jahren als junger Lehrvikar in den durch-aus großargraischen Kreis Mohrungen kam, gehörte der Antrittsbesuch auf den großen Gütern der Gemeinde noch zu den selbstverständlichsten Gepflogenheiten, wie es auch selbstverständlich war, dass man dann im Winter zu den reihum stattfindenden Einladungen gebeten wurde. Da hielt dann die geschlossene Kutsche, die uns abholte, vor der Tür. Welch ein Gespann mochte man deuten, aber was ein Wunder, wenn doch unser Gastgeber ein kleines Privatgestüt von 50 Pferden hatte. Dann fuhren wir über den riesigen Hof, dort vor dem Dorf war das Herrenhaus, jetzt noch eine elegante Biegung, und wir – ja, wir „donnerten auf die Rampe“, denn so gehörte es sich. Da war die Freitreppe, und dort an der breiten Tür stand wahrhaftig der zweite Kutscher mit einem Windlicht. Das gab es also wirklich und nicht nur in den Romanen aus der „guten, alten Zeit“.

Wir treten in die Halle, dort der riesige Erntekranz, Bilder und Geweihe, und eine breite, sich nach oben schwingende Treppe. Dann die kleine Feierlichkeit der Begrüßung, man steht ein wenig herum und begrüßt die anderen Gäste: man hat inzwischen erfahren, wen zu Tisch zu führen man gebeten wurde, und schließlich der ein wenig feierliche Zug in den Speisesaal. Natürlich betet der Herr Superintendent zu Tisch und nun sitzen wir an der langen Tafel, nach einer geheimen Rangordnung gesetzt. Da ist das alte Tafelsilber, wirklich alte Erbstücke, denn hier ist nichts neu, es wäre nur verdächtig. Dann die kleine Zeremonie, wie der Hausherr mit der Geflügelschere hantiert, eine kleine Tischrede steigt,




Beispiel eines großen Gutes: Schloss Trakehnen mit dem „Tempelhüter“ Bild: Archiv

ein Glas auf die Damen und als wir uns dann von der Tafel erheben, da küssten nicht nur die jungen Herren der Hausfrau die Hand, während die jungen Damen einen Knicks machten. Nur der Herr Superintendent ist vom Handkuss befreit, das lässt sein Amt nicht zu, wiewohl er es am Vollendesten könnte, denn er ist auch einmal jung gewesen. Nur zu Haus an seinem eigenen Tisch beobachte ich täglich wie reizend er sich nach dem Essen mit einem Handkuss bei seiner Frau „für das schöne Mittagessen“ bedankt.

Versteht ihr, dass man das nicht nachmachen kann? Dazu gehört lange Überlieferung, das muss man im Blut tragen, man muss bis zum Horizont über sein eigenes Feld sehen können, man muss Reiter sein und von Pferden mehr verstehen als von den „vertrackten Autos“, wiewohl man selbstverständlich drüben auf dem Hof einen ganzen Park von Motoren und Maschinen besitzt. Wird man es nicht falsch verstehen, wenn ich sage, dass wir mit dem Versinken dieser Welt etwas verloren haben, was ein Volk ohne Schaden zu nehmen, nicht verlieren darf, nämlich das, was man „Herren“ nennt? Begreifen wir, was eine bewusste Zerstörung aller Tradition für ein Volk bedeutet? Wie da die Einebnung alles Menschentums einsetzt, die den Menschen zum Gegenstand für die dunklen Pläne unbekannter Mächte macht? Aber ich will ja von diesen Herren erzählen. Unvergesslich stehen mir jene Gestalten vor Augen, die ihr Herrentum nur in einem abgeleiteten Sinne verstanden, weil sie über sich „Gott, den Herrn“ wussten.

Ich weiß noch wie heute, wie es mich berührte, als ich zum ersten Male die große Halle des Herrenhauses in Gergehenen betrat. Es war wie überall, aber dort an der Wand stand unübersehbar für den Besucher geschrieben: „Wir haben hier keine bleibende Stadt, sondern die zukünftige suchen wir!“ Mochte die Welt untergehen, aber würde sie nicht ewig stehen, diese unerschüttert stehende Welt? Aber da stand dieses Wort an der Wand, und es war mir wie ein Sinnbild für die Haushalterschaft, in der sich viele dieser Herren selbst mit ihren großen Besitztümern verstanden. Es gab nicht wenige, die wussten, dass die Welt nichts in die Welt gebracht hatten und auch nichts hinausnehmen würden. Was waren das nur für Leute, die so dachten? Da öffnete dieser Herr sein großes Haus der Berliner Missionsgesellschaft und lud alle seine Nachbarn dazu ein, bewirtete sie tagelang und ließ sie in den Vorträgen an der Weltweite der Mission teilnehmen, und man konnte sicher sein, dass diese Vorträge oft mehr Horizont hatten als alle Berichte des Auswärtigen Amtes. Dann stand ich mit ihm an der Flügeltür des Speisesaals und den Sammeltellern. „Schönen Dank, Nachbar“, hörte ich ihn sagen, während sie ihre Scheine gaben. Und dann entschuldigte er sich: „Mein Vetter X kann noch nicht geben!“, weil er nach seiner Meinung etwas knauserig gewesen war.

Die alte Frau von Gottberg machte es wieder anders. Sie lud einen Theologieprofessor von Königsberg in ihr Haus und die Nachbarn dazu, und nun hörten sie Vorträge über den neuesten Stand der theologischen Forschung, und es war nicht nur Anteilnahme geistig bewegter Menschen, sondern hier ging es um letzte Dinge. Als ich sie anlässlich einer Volksmission, die ich in ihrer Gemeinde hielt, besuchte, nahm sie mich – ich muss schon sagen – regelrecht ins Verhör. Aber was wusste sie auch alles, und was war sie nur für eine wunderbare Frau! Ehe ich ging, schloss sie die Tür, durch die ich wie zu einer großen Dame geführt worden war, und dann kniete diese alte weißhaarige Frau mit mir nieder und betete. Ich werde dieses Gebet nie in meinem Leben vergessen! Versteht ihr, dass die Gutsleute für ihre „Gnädige“ durchs Feuer gingen? Die Frauen

Für ihre »Gnädigste« gingen die Gutsleute durchs Feuer

schworen auf sie, weil sie sie in ihrer schweren Stunde nicht im Stich gelassen hatte, die Mädchen beichteten bei ihr, und die Männer hatten ganz einfach Achtung. – Ihr Sohn wohnte nur zwei Kilometer entfernt auf einem benachbarten Gut. Ich habe einmal in einem Winter eine Woche lang bei ihm gewohnt. Wisst ihr, wie das ist, aus dem Fenster auf einen verschneiten Park sehen zu können? Ich brauche nur die Augen zu schließen und erlebe noch einmal, wie die Dämmerung über diesen verschneiten Park mit seinen alten Bäumen sich senkt. Da kommt das Rehwild zur aufgestellten Raufe, und ein tiefer Friede liegt über dem allen. Um mich, schöne, alte Möbel und die Wärme eines Kachelofens.

Wo der Geist der Geschichte spukt

Zu Gast im Schloss Cecilienhof, in dem 1945 »die Großen Drei« das Potsdamer Abkommen unterzeichnet haben

Hier wurde Geschichte geschrieben. Im Schloss Cecilienhof entschieden die Siegermächte am 2. August 1945 über die Zukunft Deutschlands und die Neuordnung Europas. Heute kommen Gäste aus aller Welt in das Hotel, in dem einst Stalin, Truman und Churchill das Potsdamer Abkommen beschlossen haben.

Doch, es ist noch etwas zu spüren. Wenn man im Restaurant des Schlosshotels vor dem Kamin steht, darüber an der Wand das Gemälde Cecilies, meint man, das Kronprinzenpaar müsse gleich erscheinen. Hier im Speisesaal mit Zugang zum Garten haben sie ihre Mahlzeiten eingenommen, ohne Kinder. Die speisten im Salon Frederik. Nur wenn die Eltern sie einluden, durften auch sie mit dinieren. „Das wünscht sich sicher heute so manches Elternpaar auch“, sagt Ingrid Diwald, die Hoteldirektorin des Relexa-Schlosshotels Cecilienhof in Potsdam. Seit 2007 ist sie die Chefin und mit Elan dabei, das traumhafte Anwesen zu einem Erlebnishotel zu machen.



Insgesamt 176 Zimmer befinden sich in dem im englischen Tudorstil gebauten Schloss, von dem aber nur der Westteil als Hotel mit 41 Zimmern genutzt wird Bild: Michael Urban/dapd

„Unser Haus bietet die einmalige Chance, in einem Unesco-Welterbe zu wohnen“, wirbt die Chefin. Und nicht nur das, hier wurde Geschichte geschrieben: In Cecilienhof trafen sich 1945 die Vertreter der alliierten Siegermächte Stalin, Truman und Churchill, um das Potsdamer Abkommen zu unterzeichnen, in dem die politische und territoriale Ordnung für Deutschland und Europa manifestiert wurde.

Man sieht diese Weltgeltung dem idyllischen gelegenen Schloss nicht an. Eher wähnt man sich irgendwo in England, wo sich zwischen sanften grünen Hügeln ein Landhaus erhebt. Zweimal beehrte die britische Queen das Anwesen bei ihren Besuchen in Berlin und Potsdam. Und auch der ehemalige US-Präsident George Bush senior bettete hier sein Haupt. Wann immer Brandenburgs Ministerpräsident Matthias Platzeck einen Staatsbesuch bekommt, finden sich die Politiker nach ihrem Programm zum Kaffee oder Festmahl an diesem Ort ein.

Kronprinzessin Cecilie von Preußen als Namensgeberin

Kein zweites Hotel in Deutschland kann auf so eine Geschichte zurückblicken. Kaiser Wilhelm II. gab 1913 den Auftrag, ein Schloss im englischen Landhausstil zu errichten. So entstand bis 1917 die Residenz für das letzte deutsche Kronprinzenpaar Wilhelm von Preußen und seine Frau Cecilie. Und sie gab dem Anwesen den Namen: Cecilienhof. Bis 1945 nutzte die Prinzessin mit ihren Kindern das Haus.

Heute erwartet den Gast eine edle Atmosphäre. Nicht nur im Haus – auch der umgebende Park



Schlossrestaurant: Der ehemalige Speisesaal des Kronprinzenpaares Bild: relexa hotels

sucht seinesgleichen. Das Anwesen liegt zwischen den Ufern des Jungfernsees und des Heiligen Sees im Neuen Garten. Ein Areal, das König Friedrich Wilhelm II. 1787 anlegen ließ. Wahrhaft königlich kann man hier lustwandeln. Aufatmen vom Alltag, dieses Gefühl kommt auf, wenn man durch den Garten flaniert. Tagsüber teilt man ihn mit Touristen aus aller Welt, die die Gedenkstätte besuchen. Zum Spätnachmittag hin haben jedoch auch die Letzten die Anlagen verlassen. Dann und morgens früh natürlich finden die Hotelgäste ganz für sich allein ein Paradies in Grün vor, in dem man die Seele baumeln lassen kann zwischen Wasser, historischen Gebäuden wie dem Marmorpalais und altem Baumbestand.

Schon ab 1960 wurde das Schloss vom Reisebüro der DDR als Hotel betrieben. 1994 erfolgte eine komplette Innensanierung durch die Haenisch-Hotelgruppe, die das Haus übernahm und es im Jahr 2000 an die Relexa-Hotelgruppe verkaufte. Ein Viertel der Räumlichkeiten des Schlosses ist der Gedenkstätte des Potsdamer Abkommens vorbehalten.

In 41 unterschiedlich gestalteten Zimmern können sich die Gäste wie zu Hause fühlen, wobei das schönste und größte die Hohenzollernsuite ist. In den 90er Jahren als Staatssuite umgebaut, bietet diese zwei Zimmer mit einem Extra-Flur und einem kleinen Raum für Sicherheitsleute. Wunderbare Ausblicke auf den Park eröffnen sich, wenn man im Haus die Flure entlangschlendert und aus den Fenstern schaut. Fast meint man, das Rascheln fürstlicher Kleider zu hören, oder erwartet im nächsten Korridor das Trappeln prinzlicher Kinderfüße. Der Geist der hohen Herrschaften ist, trotz heftiger Nachkriegsgeschichte, noch zu spüren.

Ab 2014 wegen Sanierung für drei Jahre geschlossen

Dem steht keinesfalls die Aussage der Hoteldirektorin entgegen, sie wolle Cecilienhof entstauben. Dazu gehörte auch, die Hemmschwelle zu senken, das fürstliche Anwesen zu nutzen. Es ist ihr gelungen, denn inzwischen wird das Klientel der Gäste immer gemischter. Waren es anfangs noch ältere kulturinteressierte Paare, die sich ein nettes Wochenende machten, kommen nun auch immer Familien mit Kindern. So wurde ein Kinderspielzimmer eingerichtet, damit die Eltern in Ruhe essen können. Ganz im Sinne der einstigen Erbauer. Die Sonnenterrasse lädt bei gutem Wetter zum Verweilen ein, ebenso der Hofgarten. Wer Lust hat, kann die Gedenkstätte gleich nebenan besuchen oder die Privaträume des Kronprinzenpaares im Museum besichtigen. Während diese Räumlichkeiten geöffnet bleiben, wird das Hotel am 30. April 2014 wegen notwendiger Sanierungen des Daches, der Fassade und der Haustechnik geschlossen. Im Mai 2017 soll es wiedereröffnet werden. 100 Jahre, nachdem Cecilie und Wilhelm hier einzogen.

„Wir bieten hier einen sehr individuellen Service“, versichert Hotelchefin Diwald. Dazu gehören nicht nur umfangreiche Erlebnisangebote im Friedrich-Jahr und zur Schlössernacht. Spezielle Stadtführer seien mit an Bord, wenn die Gäste im Auto zu Ausstellungen gebracht und abgeholt werden. Ganz nach Wunsch werden sogar Eintrittskarten besorgt und Arrangements getroffen. Hier ist der Gast eben Kronprinz oder -prinzessin. Jedenfalls darf er sich so fühlen.

Silvia Friedrich

Aberglaube bis in den Tod

Medizinmänner in Kapstadt – Ungebrochen großer Einfluss traditioneller Heiler im modernen Afrika

Eine Voodoo-Puppe grinst vom Dach, zwei Kerzen beleuchten Gräser, zusammengetragen von heiligen Stätten. In den Regalen lagern Pulver, Steine und Flüssigkeiten. Scharfe Öle mischen sich mit Schweiß und erfüllen die Baracke mit einem penetranten Geruch. Der Rauch des Heilgrases brennt in den Augen. Auf einem Plastikstuhl sitzt ein Mann Mitte 60, den Blick zu Boden gerichtet. Leise murmelnd bereitet er sich auf seine nächste Sitzung vor, in der er die Ahnen wieder um Rat fragen wird. Ndaba ist traditioneller Heiler. Aus erlesenen Extrakten von Tieren und Pflanzen mischt, kocht und filtert der Afrikaner seine Medizin. Er wirkt wie in Trance. Als wäre er in seiner eigenen, magischen Welt.

Verkehr mit einer Jungfrau soll Aids heilen

In Afrika haben Medizinmänner eine jahrtausendealte Tradition und selbst im 21. Jahrhundert ist ihr Einfluss ungebrochen. So besuchen 84 Prozent aller Südafrikaner dreimal im Jahr einen Sangoma, wie die Heiler in der Stammessprache isiXhosa heißen. Der Glaube an die traditionelle Medizin, das Muti, zieht sich durch alle Gesellschaftsschichten. Und das so gut wie in ganz Afrika. Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) erkannte die Bedeutung der Medizinmänner und rief am 31. August 2002 den ersten „Internationalen Tag der traditionellen afrikanischen Medizin“ aus. Am Freitag vergangener Woche wurde erneut dieses von Mythen umwobenen Themas gedacht. Einerseits um die Vorurteile gegen Schamanen auszumerzen, andererseits sollen alte Heilkunde und Schulmedizin ein Stück zusammenrücken.

Darin sehen afrikanische Politiker einen dringenden Aufholbedarf. Denn Schlangenöl für die schnelle Liebe und Phalaza, eine Kräuterpaste, die durch Erbrechen zu innerer Reinigung führe, zählen noch zu den eher harmlosen Methoden von Sangomas. Moderne Mediziner kritisieren sie wegen der angeblichen Heilung von HIV – der Infizierte müsse nur mit einer Jungfrau schlafen und schon neutralisiere sich das Virus. Drogenmorde mit der gefährlichen Muti-Arznei bringen Sangomas auch ins Fadenkreuz religiöser Vertreter und der Polizei. Die Medizin gewinnen sie dabei nicht aus Pflanzen oder Tieren, sondern vom Menschen. In entlegenen Regionen handelt es sich heute noch um blutige Realität.

Die jüngsten Proteste in der Marikana-Mine bei Johannesburg sollen gezeigt haben, wie der Aberglaube die Menschen sogar bis in den Tod mobilisieren kann. In einem Akt, den internationale Medien als „schlimmsten Gewaltausbruch nach der Apartheid“ bezeichneten, schoss die Polizei auf tobende Minenarbeiter. 34 Menschen starben. Bevor sie in den tödlichen Kugelhagel liefen, soll ein Medizinmann sie mit einer Tinktur besprüht haben, die sie angeblich unverwundbar mache. Das berichteten südafrikanische Zeitungen. Die Polizei will von einem Helikopter aus beobachtet haben, wie sich Dutzende Menschen aufreihten, um sich vom Sangoma gegen die Schüsse der Polizei schützen zu lassen. „Der Gebrauch von Muti wurde bei den Aktionen von Gewerkschaften zum gewöhnlichen Brauch“, sagte Crispen Chinguno, Forscher an der Universität Johannesburg.

Schamanen in das Gesundheitssystem integrieren

Ärzte akzeptieren ihre alternativen Kollegen mittlerweile. Doch es ist eine Zweckfreundschaft, denn letztendlich mussten Akademiker und Regierungen den Einfluss anerkennen, den Sangomas im 21. Jahrhundert immer noch ausüben. Im südlichen Afrika mobilisieren Regierungen Sangomas vor allem gegen Aids. Haben diese erkannt, dass es sich bei dem Virus nicht um einen bösen Geist handelt, schwören sie ihren Methoden meist ab. Sie informieren ihre Patienten über Verhütung, verweisen sie an Krankenhäuser und beraten sie über antiretrovirale Mittel.

Die Weltgesundheitsorganisation möchte Schamanen weltweit in das staatliche Gesundheitssystem integrieren. Ihre Statuten wollen „traditionelle Medizin als Teil der Grundversorgung anerkennen“. Um die Sicherheit der Patienten sicherzustellen, so die WHO, sollten „das Wissen und die Fähigkeiten der Medizinmänner aufgerüstet werden“. Südafrika machte hier die ersten Schritte: Nach einem Test bei einem alten Sangoma erhalten junge Medizinmänner eine staatliche Lizenz. Die brauchen sie zwar nicht, dennoch dient sie ihnen als Qualitätsmerkmal.

Markus Schönherr



Wenig vertrauenerweckend: Trotzdem gehen in Südafrika immerhin 84 Prozent aller Einwohner regelmäßig zu einem Medizinmann Bild: M. Schönherr



DDR vor Vaterliebe

Über Kinder von Stasi-Leuten

Bereits die Begriffe sind grotesk: Die „Hauptabteilung Kader und Schulung“ des Ministeriums für Staatsicherheit der DDR führte Listen über „negativ-dekadente Verwandte“ der hauptamtlichen Mitarbeiter. Ein Eintrag auf dieser Liste der „HA KuSch“ (so die offizielle, wahrscheinlich unfreiwillig komische und doch so treffende Abkürzung) war nicht gerade karriereförderlich. Also achteten die Mitarbeiter auf entsprechend konformes Verhalten ihrer Kinder. Das begann beim äußeren Erscheinungsbild und machte auch vor dem Freundeskreis oder den Liebesbeziehungen der Jugendlichen nicht Halt. Hatte der Sohn wegen einer DDR-kritischen Wandzeitung gar eine Gefängnisstrafe in Kauf zu nehmen, so distanzierte sich der Vater auch schon mal ganz und schrieb Berichte über ihn.

Von solchen Fällen erzählt die Journalistin Ruth Hoffmann in ihrem Buch „Stasikinder“. Eingeflossen sind die Erfahrungen von insgesamt 13 Personen, deren Väter, zuweilen auch deren Mütter, im Dienst des „Organs“ standen. Zu Recht wird unterstrichen, dass beim Thema Stasi erstaunlicherweise meist die IM im Fokus stehen, die Hauptamtlichen hingegen wenig wahrgenommen werden. Ein Teil von deren Lebenswelt wird nun hier aus der Perspektive der Kinder erschlossen.

Die Stasi sah sich als Elite und war eine „geschlossene Gesellschaft“. Nahezu unsäglich war die gegenseitige Bespitzlung, gerade unter den hauptamtlichen Mitarbeitern. Rekrutiert wurde der Nachwuchs vorzugsweise aus deren Kreis – eine Reihe der hier zu Wort kommenden Kinder hat diese Erfahrung gemacht, die besonders leidvoll war, wenn es sie eben nicht in den Spitzel-Dienst drängte oder sie der DDR gar kritisch gegenüberstanden.

Bekannte Namen tauchen auf – und neue Blickwinkel. So etwa, wenn es um Werner Stiller geht, der im Jahre 1979 spektakulär überlief und dem BND umfangreiche Listen von Stasi-West-Spionen vorlegte. Eine Familie, deren Vater langjährig bei der Preussag tätig war und der fleißig in die DDR berichtet hatte, flüchtete daher buchstäblich Hals über Kopf von Hannover nach Ost-Berlin. Der Agent bekam Orden, man ermöglichte ihm hier ein materiell vergleichsweise privilegiertes Leben. Er sollte aber bald feststellen, dass das DDR-System doch nicht so ideal war, wie er es sich vorgestellt hatte. Eine späte Einsicht, zu leiden hatten vor allem die Söhne.

Nachwuchs sogar ins Gefängnis geschickt

Kritische Reflexionen waren und sind bei hauptamtlichen, in der DDR tätigen Stasi-Mitarbeitern nach dem Mauerfall wenig verbreitet. Eine Ausnahme macht hier der Vater von Vera Lengsfeld, dem bereits bei der Ausbürgerung Wolf Biermanns im Jahre 1976 Zweifel kamen.

Über die Erinnerungen der Kinder, ergänzt durch Zwischenkapitel, die einen Überblick über die Institution „Stasi“ geben, gelingt es Ruth Hoffmann, beklemmende Einblicke zu präsentieren. Es lässt sich jedoch nicht konstatieren, dass das hier dargestellte rücksichtslose und schäbige Verhalten von Eltern gegenüber ihren Kindern zwingend an ein diktatorisches Spitzel-System wie das der DDR gebunden ist. Hier war es lediglich begünstigt und ist sichtbar geworden. *Erik Lommatzsch*

***Ruth Hoffmann: „Stasikinder. Aufwachsen im Überwachungsstaat“**, Propyläen, Berlin 2012, geb., 318 Seiten, 19,99 Euro*

Mehr als nur der Papageno

Anschauliches Porträt des 1812 verstorbenen Emanuel Schikaneder

Er war ein Tausendsassa und im lag das Theater im Blut, das man sich nur vorstellen kann: Der am 1. September 1751 in Straubing geborene und am 21. September 1812 in Wien verstorbene Johann Emanuel Schickaneder war Theaterdirektor, Schauspieler und Sänger sowie Dichter, Komponist und Manager in einer Person. In der deutschen Theatergeschichte dürfte es wenig vergleichbare Talente geben. Sein Lebenskreis lag in Wien und im österreichisch-bayerischen Raum. Hier hat er Theatergeschichte geschrieben, auch wenn er heute vor allem als Librettist von Mozarts „Zauberflöte“ und als erster Darsteller des Papageno in Erinnerung ist. Nur recht, dass ihm jetzt zu seinem 200. Todestag die Literaturwissenschaftlerin Eva Gesine Baur eine ebenso kenntnis- wie materialreiche Biografie widmet.

Letztlich ist Schickaneders Vita der erstaunliche Lebenslauf eines Selfmade-Mannes, der sich aus der untersten sozialen Schicht – der Vater war Tagelöhner, die Mutter Magd – zu einem der führenden Theaterleute in der kunstverwöhnten Hauptstadt der Habsburger emporgearbeitet hat. Wie in anderen Fällen wird auch hier ein aufgeweckter und kunstbegabter Junge von kirchlichen Einrichtungen, bei Schikaneder von den Jesuiten, aufgefangen und erhält bei spartanischem Leben eine solide Ausbildung vor allem in den musischen Fächern. Früh merkt er, dass seine Bestimmung das Theater ist; als 23-Jähriger steht er bereits auf der Bühne des Hoftheaters in Innsbruck; wenig später hat er – dem oft herablassend beurteilten „fahrenden Gesindel“ angehörend – eine eigene Truppe, die er über Augsburg, Graz und Pressburg schließlich nach Wien führt.

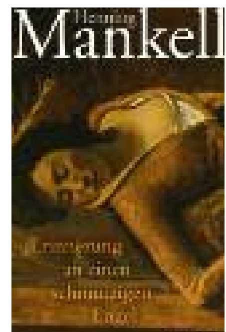
Theater lag Jesuitenschüler im Blut

Die Wiener Jahre von 1789 bis zu Schikaneders Tod 23 Jahre später nehmen den Hauptteil des Buches ein. Die Autorin hat als Untertitel „Der Mann für Mozart“ gewählt, was nicht falsch, aber doch nur halbrichtig ist. Bis zu Mozarts Tod im Dezember 1791 erzählt sie beider Leben fast auf gleicher Ebene, – ein Kunstgriff, der vielleicht berechtigt ist, kennen wir heute diesen ungewöhnlichen Theatermann doch wirklich in erster Linie aus der „Zauberflöte“, die ein so andauernder Erfolg wurde, dass sie den oft am Ruin balancierenden Theaterdirektor immer wieder aus der Klemme half. Letztlich aber war Schikaneder weit mehr: Ein vom Theater besessener Schauspieler, der inszenierte, dichtete, komponierte, alle männlichen Stimmlagen beherrschte (den Papageno sang er einige hundert Male), sich in der Konkurrenz zu den mächtigen Hoftheatern lange behauptete und kurz nach 1800 mit dem in risikoreicher Eigenregie betriebenen Neubau eines Theaters – des Theaters an der Wien, in dem 1805 Beethoven mit seiner ersten „Fidelio“-Fassung verunglückte – ein bis heute bewundernswertes Theaterexperiment vollbrachte.

Intrigen und Finanznöte, dazu eine oft bissige Kritik und eine giftige Zensur, denen sich auch Mozart und teilweise sogar Beethoven ausgesetzt sahen, gehörten bei Schikaneder zum Alltag. Zwei Jahrzehnte hat er ausgehalten, dann musste er aus finanziellen Gründen aufgeben. Und er hatte sich aufgerieben; als sich im Herbst 1812 ein verheißungsvoller Neubeginn in Budapest anbahnte, versagten Psyche und Physis; von einem Tag auf den anderen wurde er verwirrt, dämmerte in Wien dahin und starb, ebenfalls wie Mozart, arm und verlassen.

Die Autorin hat mit immensem Fleiß alles eingängige Quellen- und Archivmaterial ausgewertet; Schikaneders Leben und die Wiener Theaterwelt um die Jahrhundertwende werden anschaulich und lebendig. Vielleicht inspiriert von ihrem „Helden“ bleibt sie nah an den Personen und lässt sich von der Dramatik des Geschehens treiben; die Ausläufer der großen Wiener Musiktradition des 18. Jahrhunderts, in die Mozart und Schikaneder ja noch hineinkamen, und die ebenso nachhaltigen gesellschaftlichen Veränderungen durch die Napoleonische Zeit sind weniger berücksichtigt. Gleichwohl eine dankenswerte Erinnerung an einen Theatermann, der endlich seinen gebührenden Ehrenplatz unter den Großen dieser Zunft erhält. *Dirk Klose*

***Eva Gesine Baur: „Emanuel Schikaneder. Der Mann für Mozart“**, Verlag C. H. Beck, München 2012, gebunden, 384 Seiten, 22,95 Euro*



Eiseskälte führte ins Bordell

Henning Mankell kann nicht nur Krimis schreiben, wie dieser Roman zeigt

In dem Roman „Erinnerung an einen schmutzigen Engel“ von Henning Mankell verschlägt es die mittellose 18-jährige Hanna Renström Anfang des 20. Jahrhunderts vom schwedischen Winter in die Hitze Südostafrikas. Da Hanna die älteste von drei Geschwistern ist, schickt ihre Mutter Elin sie schweren Herzens fort, als sie erkennen muss, dass sie nicht alle drei Kinder lebend durch den eisigen Winter bringen kann. Durch Zufall landet Hanna als Köchin auf einem Handelsschiff. Und hier beginnt ihr Abenteuer. Das Mädchen, welches die ersten 18 Jahre seines Lebens nur eine spärliche Holzhütte sein Zuhause nannte und Hunger wie Kälte als stetige Begleiter akzeptiert hatte, fährt hinaus in die große weite Welt.

Dem Leser gegenüber erscheint Hanna zunächst genauso spröde und ebenso einfach gestrickt wie ihre Herkunft, ein einsames Flussgebiet in Nordschweden. Doch mit ihren Lebensumständen wandelt sich auch der Charakter von Mankells Hauptfigur. Auf der Überfahrt nach Südostafrika erleidet die Frau einen schweren persönlichen Verlust, verlässt in Mosambik heimlich das Schiff und landet im „O Paraiso“, einem Etablissement mit zweifelhaftem Ruf, welches von dem freundlichen Senor Vaz geleitet wird. Im weiteren Verlauf des Romans wird Hanna ihrer Umgebung gegenüber offener und beginnt die Art und Weise, wie die weißen Menschen die Schwarzen behandeln, kritisch zu betrachten. „Am Kai fand fieberhaftes Löschen und Beladen statt … Die halbnackten Arbeiter trieften vor Schweiß, als sie mit ihrer Bürde über schwankende Gangways liefen. Und überall die weißen Männer mit ihren Tropenhelmen, die wie hungrige Raubtiere über ihre Sklaven wachten.“

Hanna ergreift die Chancen, die sich ihr bieten, nicht bedenkenlos, sondern eher wie aus Ermangelung einer besseren Idee. Kurioserweise steht das naive Mädchen aus dem sprichwörtlichen Mus-topf am Ende als steinreiche Bordellbesitzerin da.

Wer Henning Mankell bisher nur als Autoren der Krimireihe um den Ermittler Kurt Wallander kennt, sollte nicht davon ausgehen, dass ihm auch der Roman „Erinnerung an einen schmutzigen Engel“ gefallen wird. Mankell selbst lebt abwechselnd in seiner Heimat Schweden und seiner Wahlheimat Mosambik. Dies erklärt die Liebe zum Detail, mit welcher er Hannas Heimat in Schweden und die Umgebung Mosambiks beschreibt. *Vanessa Ney*

***Henning Mankell: „Erinnerung an einen schmutzigen Engel“**, Paul Zsolnay Verlag, Wien 2012, 352 Seiten, gebunden, 21,90 Euro*

Folgen einer Währungsreform

Finanzjournalist gibt Ratschläge, wie Sparer ihr Geld retten können

Irgendwann wird vielleicht auch der letzte Euro-Retter merken, dass die Retterei zu nichts führt und die Euro-Zone in ihrer bisherigen Konstellation nicht länger bestehen kann, weil hier Länder zusammen in einen Topf geworfen wurden, die wirtschaftlich und politisch nicht zusammen passen. Doch was kommt dann? Immer wieder taucht das Schreckgespenst einer Währungsreform auf, doch welche Folgen hat diese überhaupt? Der Finanzjournalist Michael Brückner hat sich in „Vorsicht Währungsreform! Wenn die staatliche Schuldenblase platzt“ dieses Themas angenommen und weist auf die Schwächen des Papiergeldes hin. „Was bedeutet es aber für unser Geld, wenn sich die Geldmenge in etwas mehr als 30 Jahren verachtzehnfacht hat“, fragt Brückner, erwähnt hierbei aber leider nicht, wie sich die Wirtschaftkraft im selben Zeitraum entwickelt hat, denn nur die Angabe dieser Vergleichszahl lässt die Bedeutung der Verachtzenfachung deutlich werden.

Ziemlich zu Beginn geht der Autor auf die Banken- und Euro-Krise ein, über die die meisten Leser an anderer Stelle schon besser informiert wurden. Abgesehen davon sind die meisten inzwischen aufgrund der reinen Nachrichten bereits so weit informiert, dass sie das Thema im Grunde nicht mehr hören können. Voller Spannung erwartet man also die Informationen zur Währungsreform und erfährt dann im dritten Kapitel, dass diese im Grunde gar nicht so selten sind. So ging Frankreich zwischen 1500 und 1800 acht Mal pleite. Dann werden die Währungsreformen in Deutschland von 1923 und 1948 vorgestellt. Brückner geht auf die Umtauschverhältnisse ein und teilt mit, dass beispielsweise bei der D-Mark Sparguthaben im Verhältnis zehn zu 0,65 umgetauscht wurden. Ein Sparer, der zuvor 1000 Reichsmark hatte, hatte nach dem Umtausch also nur noch 65 D-Mark, ein Verlust von 94 Prozent, betont der Autor. Doch das stimmt nur, wenn die Preise gleich blieben. Blieben sie das? Und wie war es mit laufenden Verträgen und Rechnungen? Wie wurde da von Reichsmark auf D-Mark umgerechnet, wer war da der Leidtragende, der Käufer oder der Verkäufer? Überhaupt sind alle vorgestellten Währungsreformen, ob nun in der Türkei, Argentinien oder Russland, recht oberflächlich dargestellt. Sogar bei wikipedia erfährt man zum Teil mehr.

Leider sehr einseitig und oberflächlich

Auch über die Anlagetipps lässt sich streiten. Von Immobilien hält der Autor nicht viel und begründet das vor allem mit dem Hinweis auf den Lastenausgleich, den Immobilienbesitzer bei der Währungsreform 1948 zu zahlen gehabt haben. Zudem sei keine Geldanlage so gut vom Staat überwacht wie der Kauf einer Immobilie, denn eine Eintragung im Grundbuch und der notarielle Kaufvertrag machen alles offiziell. Außerdem seien Immobilien illiquide. Aktien sind Brückner keine Erwähnung wert, stattdessen dreht sich alles bei ihm um Gold und andere Edelmetalle wie Silber, Platin und Paladium. Auch auf Diamanten und Perlen als Geldanlage wird eingegangen. Bei Gold empfiehlt der Autor, nicht mehr als jeweils 14 999 Euro zu investieren, weil in diesem Fall keine Legitimation erforderlich sei und der geldgierige Staat so nicht erfahren kann, was der Bürger sich in seinen Tresor legt.

Wenn es um Edelmetalle geht, bietet das Buch so manche wertvolle Information, beispielsweise wie der Goldpreis ermittelt wird und was der Unterschied zwischen Karat und Carat ist. Doch im Ganzen gesehen, neigt „Vorsicht Währungsreform! Wenn die staatliche Schuldenblase platzt“ zur Oberflächlichkeit und Einseitigkeit. *Rebecca Bellano*

***Michael Brückner: „Vorsicht Währungsreform! Wenn die staatliche Schuldenblase platzt“**, Kopp, Rottenburg 2012, 206 Seiten, 19,95 Euro*



Unversöhnlich

Makedonien erzürnt Griechen



Man darf dem in Österreich geborenen Autor der zweifach preisgekrönten Dissertation „Griechenlands Makedonische Frage. Bürgerkrieg und Geschichtspolitik im Südosten Europas 1945 bis 1992“ Adamantios Skordos für seine Grunderkenntnis dankbar sein: Es gibt keinen „Streit“ um den Staatsnamen „Makedonien“, denn dahinter stecken allein griechische „Hysterie, Expansionsgelüste, Lügen, Desinformation, Skrupellosigkeit, Volksaufwieglung“.

Politik und Geschichte kommen im Buch wenig und mit sachlichen Fehlern vor, das überbordende Literaturverzeichnis ist zumeist ein Zettelkasten griechischer Zeitungsartikel, andere Literatur ist spärlich vertreten, makedonische oder überhaupt slawische fehlt völlig – eine tollkühne Unterlassung gerade bei diesem Thema.

Nur ganz versteckt erwähnt Skordos, dass Griechenland erst 1912 seinen Nordteil „Ägäisch Makedonien“ okkupierte. Weltkriege, Bürgerkrieg, Juntaherrschaft hätten die Griechen „traumatisiert“, die überall Ränke der „Skopjoter“ witterten, die „Griechen als Rasse bedrohen“, „Slawophone“ in Griechenland „Vaterlandsverräter“.

Nach 1974 milderte sich der brachiale Tonfall, 1992 kam der „Schock“ makedonischer Unabhängigkeit, die Athen mit Embargos und Blockaden von Nato und EU bekämpft, obwohl die Republik Makedonien inzwischen von 133 Staaten, darunter Russland, USA und China, diplomatisch anerkannt ist. Eine Anerkennung verweigert bislang die EU, aber deren Verhältnis zu ihrem Mitglied Griechenland trägt längst masochistische Züge. Vielleicht sollten die EU-Granden Skordos' Buch als Pflichtlektüre verordnet bekommen. *W.O.*

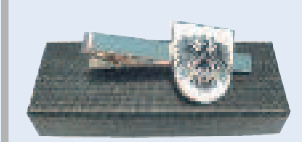
***Adamantios Skordos: „Griechenlands Makedonische Frage. Bürgerkrieg und Geschichtspolitik im Südosten Europas 1945 bis 1992“**, Wallstein Verlag, Göttingen 2012, geb., 440 Seiten, 39,90 Euro*



„Wolfskinder“ erzählt von einer ostpreußischen Flüchtlingsfamilie, deren Kinder sich auf den Trecks aus ihrer Heimat verloren hatten und auf wundersame Weise wieder zusammenfanden. Eberhard Fechner schildert die spannenden Erlebnisse dieser Geschwister zwischen Privatem und Geschichtlichem.
Als Extra ist die Dokumentation „Flucht und Vertreibung – Inferno im Osten“ zu sehen.
Laufzeit: 120 Minuten + 57 Minuten Bonusfilm
Best.-Nr.: 5568

statt € 14,95 nur noch € 9,95

Preußen-Krawattenklammer



Preußenadler in Wappenform golden eingefaßt, emaillierte Oberfläche auf eine goldene Krawattenklammer aufgesetzt. Maße: Wappen: B: 22 mm, H: 25 mm, Klammer: B: 55 mm. Die Lieferung erfolgt in einem hochwertigen Geschenkkarton.
Best.-Nr.: 6932, € 12,95

Ostpreußen-Seidenkrawatte



Edle Seidenkrawatte in den Farben Preußens mit der Elchschaufel
Farben: schwarz/weiß mit der Elchschaufel
Best.-Nr.: 7091

€ 19,95



Michael Brückner
Vorsicht Währungsreform! Crash-Alarm!
Gebunden, 208 Seiten
Best.-Nr.: 7172, € 19,95



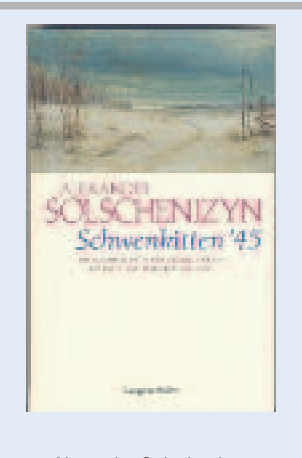
Michael Grandt, Gerhard Spannbauer, Udo Ulfkotte
Europa vor dem Crash
Gebunden, 336 Seiten, zahlreiche Abbildungen
Best.-Nr.: 7081, € 19,95



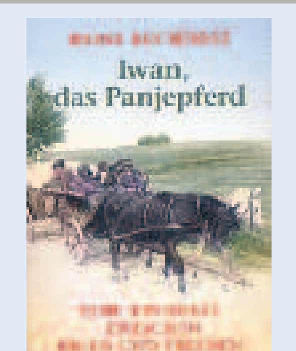
Bruno Bandulet, Wilhelm Hankel, Bernd-Thomas Ramb, Karl Albrecht Schachtschneider, Udo Ulfkotte
Gebt uns unsere D-Mark zurück!
Gebunden, 160 Seiten
Best.-Nr.: 7184, € 12,95



Thilo Sarrazin
Europa braucht den Euro nicht
Geb., 464 Seiten
Best.-Nr.: 7181, € 22,99

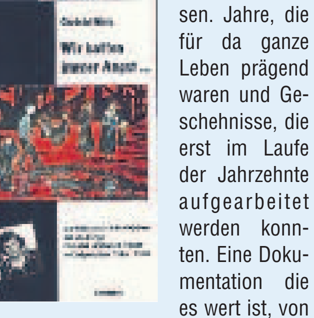


Alexander Solschenizyn
Schwenkitten ‘45
Geb., 205 Seiten
Best.-Nr.: 4213, € 9,95



Heinz Buchholz
Iwan, das Panjepferd
Eine Kindheit zwischen Krieg und Frieden
Kart., 256 Seiten
Best.-Nr.: 4795, € 8,95

Christel Wels
Wir hatten immer Angst



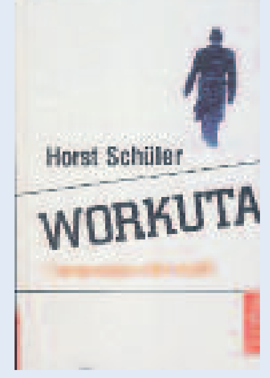
Die Kriegsschicksalsjahre der Zwillinge Christel und Alice Faust in Ostpreußen 1945- 1948 Christel Wels, geb. Faust aus Groß Pöppeln im Kreis Labiau, Ostpreußen, am Kurischen Haff, beschreibt das Schicksal ihrer Familie in den Jahren 1945 bis 1948 im seit 1945 russischen Teil Ostpreußens. Unbeschreiblich Schlimmes haben die Zwillinge Christel und Alice, ihre Mutter sowie die Geschwister Elfriede und Gerhard erleiden müssen. Jahre, die für da ganze Leben prägend waren und Geschehnisse, die erst im Laufe der Jahrzehnte aufgearbeitet werden konnten. Eine Dokumentation die es wert ist, von vielen Menschen gelesen zu werden.
Man kann das Erlebte in einem Satz zusammenfassen: Vergeben ja, vergessen niemals.
Kart., 180 Seiten
Best.-Nr.: 7099, € 12,90



Marion Lindt
Ostpreußen - Rezepte, Geschichten und historische Fotos
Geb., 128 Seiten
Best.-Nr.: 7085, € 9,99



Joachim Albrecht
Katjuscha und ihre Folgen
Königsberg im Januar 1945
Kart., 257 Seiten
Best.-Nr.: 7196, € 14,80



Horst Schüler
Workuta- Erinnerungen ohne Angst
Geb., 254 Seiten
Best.-Nr.: 1015, € 9,95



Soya Winterberg
Wir sind die Wolfskinder
Verlassen in Ostpreußen
Geb., 336 Seiten
Best.-Nr.: 7191, € 19,99



lesensWERT!
Die Buchempfehlung des Preußischen Mediendienstes!



Heinz Günther Guderian
Das letzte Kriegsjahr im Westen
Die Geschichte der 116. Panzer-Division - Windhund-Division - 1944-1945 Generalmajor a. D. Heinz Günther Guderian trat am 1. April 1933 als Fahnenjunker in die Kraftfahrabteilung 3 in Wünsdorf ein. Nach Beförderung zum Leutnant am 1. April 1935 Zugführer, Abteilungs- und Regimentsadjutant und Kompaniechef in den Panzerregimentern 1 und 35. Im Polenfeldzug EK2 und EK1, im Westfeldzug zweimal verwundet bei der Truppe verblieben. 1942 Kriegsakademie, danach Verwendung im Generalstabsdienst in Panzerverbänden, ab Mai 1944 Erster Generalstabsoffizier der 116. Panzer-Division bis zur Kapitulation im Ruhrkessel, unterbrochen durch die dritte Verwundung. Ritterkreuz am 5. 10. 1944 für das Herausführen der Reste der Division aus dem Kessel von Falaise. In der Bundeswehr Kommandeur des Panzerbataillons 3, zuletzt Inspizient der Panzertruppe und General der Kampftruppen im Heeresamt. Dieses Buch schildert die Kämpfe der 116. Panzerdivision nach der Invasion der Westalliierten in Frankreich bis zum Ende im Ruhrkessel und von Teilen im Harz. Höhepunkte sind der Gegenangriff Richtung Avranches, der Kessel von Falaise, die Kämpfe um Aachen, im Hürtgenwald, in der Ardennen-Offensive, am Niederrhein und im Ruhrkessel. Immer wird auch die große Lage beleuchtet, in die die Division hinein gestellt war. Das Buch geht der Behauptung nach, daß die Division bewußt vom Einsatz in der Normandie zurückgehalten wurde, um sie für einen Putsch bereit zu haben. In der US-Kriegsgeschichte wird die 116. Panzerdivision mehrfach anerkennend erwähnt.
Das Buch berichtet sachlich, auf sorgfältigem Quellenstudium fußend, wie die Dinge wirklich waren. Dabei geht der Autor auch auf Details ein, die gerade heute im Rahmen der taktischen Weiterbildung der militärischen Führer von großem Wert sind. So hat das Manuskript dieses Buches bereits als wesentliche Quelle einer militär-historischen Geländebesprechung im Hürtgenwald als Teil der Führerausbildung von amerikanischen und deutschen Offizieren des Heeres gedient und neue Erkenntnisse gebracht.
Geb., 635 Seiten, 46 Abbildungen, 26 Karten,
Best.-Nr.: 5544

€ 34,00



Vom Autor signiert! (Nur geringe Stückzahl verfügbar!)

Arno Surminksi
Tod eine Richters
Roman über ein ungewolltes Kind
Geb., 270 Seiten
Best.-Nr.: 7171, € 19,95

Die Berliner
(Mitglieder der Berliner Philharmoniker)
spielen Salonmusik
Teil 2

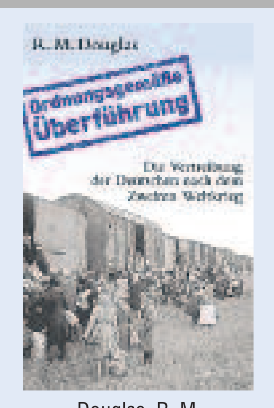


The Entertainer, Avant de mourir, Poloetzer Tanz, Auf einem persischen Markt, Intermezzo sinfonico, Rusticanella, Alexander's Ragtimeband, Gebet einer Jungfrau, Hindulied, Japanischer Laternentanz, Einsamer Sonntag, Ständchen
12. Titel
Spieldauer: 46:37 Minuten
Best.-Nr.: 7195

CD — € 17,95



Douglas, R. M.
Ordnungsgemäße Überführung
Gebunden, 556 Seiten mit 16 Bildern und 3 Karten
Best.-Nr.: 7187, € 19,95



statt € 19,00 € 12,95

Siegfried Henning
Krieg frisst Heimat auf
Lebenserinnerungen eines Ostpreußen, Kartoniert, 416 Seiten mit einigen schwarz-weiß Abbildungen
Best.-Nr.: 3372



Standbild Friedrich II.
Wunderschöne detailgetreue Darstellung, Metallguß bronziert auf Mamorsockel, Höhe: 27 cm, Gewicht: 2,4 kg
Best.-Nr.: 4036, € 159,95

Die Berliner
(Mitglieder der Berliner Philharmoniker)
spielen Salonmusik
Teil 1



Schöner Gigolo , Püppchen, du bist mein Augenstern, Plaisir d'amour, Petersburger Schlittenfahrt , Narcissus , Jealousy, Zigeunerlager, Oh, Donna Clara, Minuetto, Barcarole, Das alte Lied, Mondnacht auf der Alster
12 Titel
Spieldauer 46:40 Minuten
Best.-Nr.: 7194

CD — € 17,95



Das war Königsberg
Erleben Sie das unzerstörte Königsberg
Laufzeit: 30 Minuten, schwarz/ weiß- Aufnahmen von vor der Zerstörung Königsbergs
Best.-Nr.: 4470, € 19,00



Sommer in Ostpreußen 1942
In einem Bonus-Interview kommt der Erzähler Arno Surminski zu Wort.
Laufzeit: 56 Minuten + 15 Minuten Bonusfilm
Best.-Nr.: 6981, € 14,95





Preußen-Schirmmütze



Preußen-Schirmmütze
Abweichend zur Abbildung dunkelblaue Schirmmütze in Einheitsgröße mit gesticktem Adler in weiß
Best.-Nr.: 7124, € 14,95

Königsberg- Schirmmütze



Königsberg-Schirmmütze dunkelblau
Dunkelblaue Schirmmütze in Einheitsgröße mit gesticktem Wappen in Farbe der Stadt Königsberg
Best.-Nr.: 7192, € 14,95

Elchschaufel-Schirmmütze



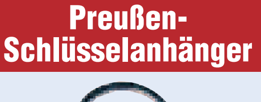
Elchschaufel-Schirmmütze
dunkelblau Dunkelblaue Schirmmütze in Einheitsgröße mit gestickter Elchschaufel in Wappenform
Best.-Nr.: 6969, € 14,95

Elchschaufel-Brosche



Elchschaufel- Brosche
Versilbert mit aufgesetzter Elchschaufel in Wappenform. Die Oberfläche des Emblems ist emailliert.
Maße Brosche: B 3 cm, H 1,5 cm
Maße Emblem: H 15 mm, B 13 mm
Rückseitig Quernadel mit Sicherheitsverschluss
Best.-Nr.: 7125, € 4,95

Preußen-Schlüsselanhänger





Preußenadler im Wappen auf den Farben Preußens
Oberfläche des Emblems ist emailliert
Best.-Nr.: 6776, € 4,95

Elchschaufel-Schlüsselanhänger



Elchschaufel-Schlüsselanhänger
Best.-Nr.: 6638, € 4,95

Elchschaufel-Manschettenknöpfe





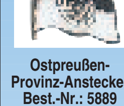
Hochwertige Manschettenknöpfe mit emaillierter Vorderseite, auf der die Elchschaufel dargestellt ist. Die Rückseite der Manschettenknöpfe ist schwarz eloxiert. Maße: 18 mm hoch, 15 mm breit. Die Lieferung erfolgt in einem hochwertigen Geschenkkarton.
Best.-Nr.: 6643, € 24,95

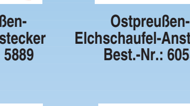
Manschettenknöpfe-Preußenadler

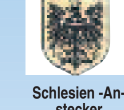


Der Preußenadler auf weißem Hintergrund, silbern umrandet, Oberfläche emailliert, Durchmesser = 20mm
Die Lieferung erfolgt in einem hochwertigen Geschenkkarton
Best.-Nr.: 6782, € 24,95

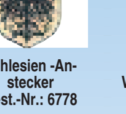
Heimat-Anstecker

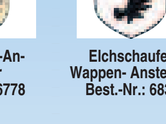








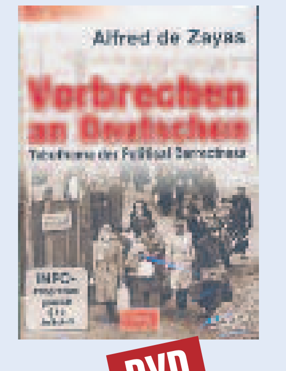




Ostpreußen-Provinz-Anstecker Best.-Nr.: 5889	Ostpreußen-Elchschaufel-Anstecker Best.-Nr.: 6055	Königsberg-Anstecker Best.-Nr.: 6056	Westpreußen-Anstecker Best.-Nr.: 6504
Sudetenland-Anstecker Best.-Nr.: 6880	Schlesien -Anstecker Best.-Nr.: 6778	Elchschaufel-Wappen- Anstecker Best.-Nr.: 6830	Elchschaufel-Anstecker Best.-Nr.: 6642
Preußenadler-Flaggen-Anstecker Best.-Nr.: 6722	Preußen-Anstecker Best.-Nr.: 6057	Pommern - Anstecker Best.-Nr.: 6928	



Je Anstecker nur € 2,95



Alfred de Zayas
Verbrechen an Deutschen
Deportation, Zwangsaussiedlung u. ethnische Säuberung
Laufzeit: ca. 92 Min.
Best.-Nr.: 7129, € 9,95



Ostpreußen wie es war
In Filmaufnahmen aus den 20er und 30er Jahren werden Kultur und Tradition Ostpreußens wieder lebendig. Mit dem Bonusfilm „Alltag in Ostpreußen“, Laufzeit: 72 Minuten + 45 Minuten Bonusfilm
Best.-Nr.: 3656, € 19,95





€ 14,95

Blutiger Freitag –
Das Schicksal der deutschen Kurland Kämpfer
Laufzeit: 55 Minuten + 6 Min Bonusinterview,
FSK: ab 16 Jahren
Best.-Nr.: 7193



PMD Preußischer Mediendienst
Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden oder faxen an: Preußischer Mediendienst 36/12
Mottelerstraße 7 · 04155 Leipzig · Tel. (03 41) 6 04 97 11 · Fax (03 41) 6 04 97 12
Lieferung gegen Rechnung. Achtung! Die Versandkostenpauschale beträgt nur € 3.50*, ab einem Bestellwert von € 80.00 ist die Lieferung versandkostenfrei *nur gültig bei Versand innerhalb Deutschland ohne Inseln. Auslandslieferung gegen Vorkasse, es werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. Videofilme, DVDs und CDs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

Bestellcoupon

Menge	Best.- Nr.	Titel	Preis

Vorname: Name:
Straße/Nr.: Telefon:
PLZ/Ort:
Ort/Datum: Unterschrift:

Über 1500 weitere Artikel finden Sie auch in unserem Internetshop www.preussischer-mediendienst.de

MELDUNGEN

Mehrheit gegen EU-Bundesstaat

Berlin – Die Deutschen wenden sich mit großer Mehrheit gegen die von der Politik vorangetriebene Idee der „Vereinigten Staaten von Europa“. Laut einer Forsa-Umfrage wünschen sich nur 20 Prozent einen europäischen Bundesstaat, 25 Prozent wollen die EU belassen, wie sie ist. Die relative Mehrheit von 35 Prozent befürwortet eine Rückkehr zur alten Freihandels-EWG, während 15 von Hundert gar die Abschaffung der EU fordern. *H.H.*

Mit Hitler gegen Hindenburg

Münster – Im westfälischen Münster hat eine Initiative, die den dortigen Hindenburgplatz umbenennen will, für Empörung gesorgt. Um den Reichspräsidenten a. D. zu verunglimpfen, plakatierte die Initiative ein Bild, das Hindenburg mit Hitler zeigt. Der zweimal demokratisch gewählte Hindenburg war im Sommer 1932 siegreich gegen Hitler angetreten, sah sich im Januar 1933 aber gezwungen, den NS-Führer zum Kanzler zu ernennen. *H.H.*

ZUR PERSON

Ein gezähmter Wilder

Während seiner letzten Regierungstage als CDU-Ministerpräsident des Saarlandes soll **Peter Aloysius Müller** bei Landtagsdebatten auf seinem Tablet-PC Schach gespielt haben. Dieses Vergnügen wird er sich sparen müssen, wenn er demnächst als einer von acht Richtern des Bundesverfassungsgerichts um die Zukunft des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) mitentscheidet. Am 12. September wird in Karlsruhe das Urteil gefällt, ob der Parlamentsbeschluss des deutschen Bundestages zur Einführung des ESM verfassungskonform ist.

Ausgerechnet einer der parteiinternen Kritiker Angela Merkels soll über eine der Schicksalsfragen der Kanzlerin entscheiden. Schließlich galt er als „Junger Wilder“, der dem „Andenpakt“ zugerechnet wurde, einer parteikritischen Gruppe junger CDUler, die sich auf Reisen politisch abstimmte. So hatte er als Ministerpräsident von Saarbrücken aus häufig Breitsalven Richtung Merkel abgegeben. Unter anderem soll er 2002 ihre Kanzlerkandidatur verhindert haben, weil sie beim CDU-Spendenskandal mit den Altgedienten allzu hart aufgeräumt hat.



Merkel „dankte“ es ihm, indem sie ihn bei der Regierungsbildung 2005 zwar ins Kompetenzteam aufnahm, ihm aber kein Ministeramt übertrug. Dass er als erster Ministerpräsident eine „Jamaika-Koalition“ aus CDU, FDP und Grünen gebildet hatte, schmeckte der Kanzlerin auch wenig. Aber da war ihm nach zehn Regierungsjahren wohl schon die Lust an der Politik vergangen. Zwei Jahre später nahm er seinen Abschied, um sich zum Verfassungsrichter wählen zu lassen. Die Personalie war umstritten, zumal der Jurist zuletzt zwischen 1986 und 1990 vor Amts- und Landgerichten Urteile sprach. *tws*



Zeichnung: Mohr

Trockene Krümel

Wie wir mit »falschen Tätern« leben lernen, warum es trotzdem die »Mehrheitsgesellschaft« war, und wie ein Schaffner die Saison rettet / Der Wochenrückblick mit HANS HECKEL

Übung macht den Meister! Vor wenigen Jahren noch reagierte das empörungsbeseelte Deutschland völlig verwirrt, wenn sich muslimische Jugendliche an einem Juden in unserem Land vergingen: Die „falschen Täter“ hieß es dann und niemand wusste so recht, ob und gegen wen überhaupt man jetzt seine Zivilcourage aus dem Schrank holen sollte.

Das ist vorbei: Als der Rabbiner in Berlin von muslimischen Rüpeln ins Krankenhaus geprügelt wurde, zeigten die Verantwortlichen eine beeindruckende Routine. Wären die Täter deutsche Idioten gewesen, hätten sie von einem Problem gesprochen, das „tief in der Mitte der deutschen Gesellschaft wurzelt“, wofür wir uns alle schämen sollten. Da es aber nun andere waren, wurde schnell klargestellt, dass die Tat mit der Herkunft der Täter aber auch gar nichts zu tun hat.

Die Ausländerbeauftragte der Bundesregierung, Maria Böhmer (CDU), nutzte ihren Auftritt zur Sache, indem sie jeder Form von „Ausländerfeindlichkeit, Gewalt und Antisemitismus“ den Kampf ansagte. Und Deutschenfeindlichkeit? Davon kein Wort. Das lässt aufatmen: Da es zunehmend deutsche Jugendliche sind, die an Schulen oder auf der Straße wegen ihrer Nationalität angegangen werden, hätte sich kürzlich beinahe eine Debatte über „Deutschenfeindlichkeit“ entwickelt. Experten, Politiker und die Lehrergewerkschaft GEW waren aufs Höchste alarmiert: Die GEW ließ wissenschaftlich verlauten, „Deutschenfeindlichkeit“ gebe es gar nicht. Danach war die Diskussion schnell zu Ende.

Und tot blieb sie auch, wie die feinsinnige Auswahl der Frau Böhmer verrät. Hätten sich die jungen Moslems einen gewöhnlichen Deutschen für rassistische Beschimpfungen und Prügelattacken gesucht, hätte die CDU-Politikerin keine Silbe dazu verloren.

Unter islamischen Verbänden hinterlässt der Vorfall dennoch ein Gefühl des Unbehagens. Man will Opfer sein, und zwar ausschließlich Opfer. Etwas gereizt belehrt uns daher der Vorsitzende des Koordinierungsrates der Muslime, Ali Kizilkaya: Wenn über Antisemitismus geredet werde, müsse gleichermaßen über Islamfeindlichkeit gesprochen werden, denn beides sei menschenfeindlich. Soll wohl heißen: Auch die Angreifer seien doch eigentlich Opfer gewesen, gell?

Und wessen Opfer? Dreimal dürfen Sie raten. Somit wäre laut Kizilkaya die Attacke auf den Rabbiner eigentlich ein Anlass gewesen, gemeinsam auf die Straße zu gehen gegen die Ignoranz und den Rassismus der Deutschen, wobei viele Deutsche gewiss gern mitmarschiert wären, die bei so etwas immer gern dabei sind. Wenn das nächste Mal ein Jude von einem Moslem attackiert wird, wissen wir also, gegen wen wir „Gesicht zeigen“ müssen: die „deutsche Mehrheitsgesellschaft“.

> Rabbi-Überfall: Eigentlich waren die Prügler ja auch Opfer. Raten Sie mal, von wem?

Da werden schließlich immer noch genügend Nazis hervorgebracht, die es theoretisch auch hätten sein können. Wie sehr sich unser Staat bei der Produktion von Neonazis ins Zeug legt, tritt anhand der NSU-Akten immer eindrucksvoller zu Tage.

In dem vom Verfassungsschutz-Agenten Tino Brandt gegründeten „Thüringer Heimatschutz“ tummelten sich 40 Staatsagenten, bei einer Gesamtmitgliederzahl von (in den besten Zeiten) allerhöchstens 140. Von jenen „Kameraden“, die fließend lesen und schreiben konnten, dürfte also in etwa jeder zweite sein Geld vom Staat erhalten haben. Mittlerweile verdichten sich die Hinweise, dass auch NSU-Hausmütterchen Beate Tschäpe zu den Staatsnazis zählte. Die drei NSU-Figuren hatten im „Heimatschutz“ bekanntlich Nationalsozialismus gelernt.

Uns hat diese ganze „Terror-Trio“-Geschichte ein unheimliches Mysterium hinterlassen: Wer steckt nun eigentlich wirklich hinter den „Zwickauern“? So richtig raus ist das immer noch nicht. Uwe Mundlos und Uwe Böhnhard sind ja tot, die können niemandem mehr antworten. Und brisante Akten wurden rechtzeitig, Verzeihung, wurden aus Versehen vernichtet.

Immerhin kommen die Medien ihrer Pflicht ebenso vorbildlich nach wie bei der Erstickung der „Deutschenfeindlichkeit“-Debatte. Für sie ist klar, dass die drei Zwickauer auf eigene Rechnung unterwegs waren und nicht etwa mit den „Diensten“ vernetzt. Alles, was nicht in dieses Bild passt, wird unter der Rubrik „Noch eine Panne beim Verfassungsschutz“ mit leichter Hand weggetüncht. Auf diese Weise ist ein Bild von so betörender Eindeutigkeit entstanden, dass die vielen Risse und Löcher gar keiner mehr wahrnimmt.

Um sein Weltbild in Schuss zu halten, ist es wichtig, dass man auch mal wegsieht. Beim Nachbarn Frankreich ist eine sozialistische Regierung gerade dabei, reihenweise illegale Zigeunerlager auseinanderzujagen. Reaktionen in Deutschland: Ein paar kurze Berichte, einige Pflichtappelle von Institutionen, die für solche Appelle mit öffentlichen Mitteln gefördert werden, ein bisschen politisches Gegrummel von den hinteren Rängen, sprich: nichts von Belang. Man stelle sich vor, die Zigeuner-Vertreibung hätte noch unter dem „Rechten“ Sarkozy stattgefunden – da hätten wir was draus gemacht!

Also zurück nach Deutschland: Trotz allen Einsatzes treuer Medien haben die Bemühungen des deutschen Staates um die Hege und Pflege der nationalsozialistischen Bedrohung etwas gelitten. In letzter Zeit ist recht wenig passiert, man hat einfach zu wenig Zeit bei den Ämtern, die sind mit Aktenschreddern und Spuren verwischen beschäftigt, vor allem aber mit Legendenbildung unter der Überschrift „Schonungslose Aufklärung“.

Daher müssen wir uns bei der Skandalisierung des deutschen Rassismus mit kleineren Brötchen begnügen, oder um ehrlich zu sein, mit jedem trockenen Krümel. Ein Schaffner hat zu einer dunkelhäutigen Frau gesagt: „In Afrika fahren die Züge nicht so schnell.“ Endlich! Wie hungernde Kojoten stürzen sich die Rassistenjäger auf den „Skandal“: „Rassismus bei der Deutschen Bahn!“ schnauben sie sich durch die Internetforen. Der gute Schaffner weiß gar nicht, welches Geschenk er uns gemacht hat.

Dass etwas ein Skandal werden kann, hängt von den exakten Umständen ab. Hätte ein nigerianischer Busfahrer zu einem weißen Fahrgast gesagt: „In Europa sind die Straßen nicht so lang wie in unserem großen Afrika!“ wäre gar nichts passiert. Und hätte ein New Yorker einem Gast mutmaßlich europäischer Herkunft verkündet: „In Europa sind die Häuser nicht so hoch!“, dann hätten weder wir noch sonst jemand in der Welt irgendwas Verdächtiges erkennen können. Aber nun war es ein deutscher Schaffner, auf ihn mit Gebrüll!

Richtig angezapft ist der Rassismusvorwurf unerschöpflich. In der nächsten Umdrehung kann man den Spieß sogar glatt umdrehen gegen die Empörer: Wieso ist der Hinweis auf Afrika eigentlich rassistisch? Deutet das nicht darauf hin, dass man Afrika pauschal mit „rückständig“ gleichsetzt? Geschnappt! Das ist das Tolle an solchen Sachen: Egal, wie man sich zu dem Vorfall verhält, der Rassismus-Vorwurf ist einem sicher. Und der wiegt tonnenschwer.

Gut, und wozu das alles? Ganz einfach: Die Leute müssen doch irgendwie beherrscht werden! Verunsicherte Menschen sind so wunderbar gefügig, also: Mach ihnen Angst, stelle sie permanent unter Verdacht, so lange, bis die Idioten sich sogar selber verdächtigen. Das hat schon der gute alte Stalin so gehalten und ist hervorragend damit gefahren.

Außerdem müssen die Bürger abgelenkt werden. Man stelle sich vor, die Deutschen hätten der Euro-Politik jene Aufmerksamkeit geschenkt, die ihr der Bedeutung nach gebührt? Niemals wären wir soweit voran gekommen.

Schließlich sollen die Bürger geradezu glücklich darüber sein, dass sie nichts zu sagen haben: Wo doch bei uns im Volk überall braune Elemente hausen, vielleicht sogar in mir selbst, da bin ich doch froh, dass es da diese weise Führung gibt, die mich und die Meinen vor mir und den Meinen beschützt.

MEINUNGEN

*Die Publizistin **Cora Stephan** erklärt in der „Welt“ (3. September), warum **Deutschland** als natürliche **Führungsmacht** Europas versagt:*

„Es gibt wohl kein anderes Land, dessen Bewohner so bereitwillig (Kollektiv-)Schuld annehmen selbst da, wo sie nicht vorhanden ist. Ein moralisch verkürztes Geschichtsverständnis opfert die gesamte deutsche Geschichte einer zwölfjährigen Diktatur. Mit einem solchen Selbstbewusstsein ist in der Tat keine ‚Führung‘ zu machen.“

***Wolfgang Münchau** sagt in „Spiegel online“ voraus, dass **Merkel** alle **Stabilitätsschwüre brechen** wird, weil Berlin Deutschlands Euro-Verpflichtungen längst ins Uferlose habe steigen lassen, wodurch wir **erpressbar** geworden seien, was die Partner langsam merkten:*

„Nach außen wahrt Merkel immer noch den Schein als Europas mächtigste Politikerin. In Wirklichkeit hat Merkel ihr Land in eine Ecke manövriert. Die Welt hat ihren Bluff durchschaut und ist gerade dabei, die Konsequenzen zu ziehen.“

*Der Habermas-Schüler **Hans-Hermann Hoppe** verweist im „Focus“ vom 27. August auf die **Schwächen der Demokratie**:*

„Statt eines königlichen ‚Dilettanten‘ waren es nun im Wettbewerb um Wählerstimmen ausgezeichnete ‚Professionelle‘, das heißt Politiker, die sich als enteignende Eigentumsschützer und rechtsbrechende Rechtsbewahrer betätigen durften. Und: Statt mit langfristig orientierten, weil dauerhaft inthronisierten Staatsinhabern hatte man es jetzt mit vorübergehenden Staatsverwaltern zu tun, die dieser Rolle und Anreizstruktur angepasst, kurzfristig planten und kalkulierten. Stichwort: Nach mir die Sintflut, und langfristig sind wir alle tot.“

Hoffen und Bangen

Sind dem Auftrag wir gewachsen
wie erteilt von Goldman-Sachsen?
Diese bange Frage nagt
an den Euro-Regisseuren
samt Komparsen und Claqueuren –
den Experten, schlicht gesagt.

Können wir wie heut' auch morgen
pflichtgemäß für Kurzweil sorgen,
klappt das weiterhin so gut?
Denn dass deprimierte Griechen
hoffnungslos zu Euro siechen,
ist ja längst ein alter Hut.

Selbst bei anderen Maladen
an des Mittelmeers Gestaden
ist nicht neu das Wechselbad –
kurz, den Zahlern und Garanten,
den Gewinnern, sogenannten,
wird dabei womöglich fad!

Doch nicht nötig ist der Kummer:
Im Programm als nächste Nummer
springen jetzt Slowenen ein –
jene just, die vor paar Jahren
Euro-Musterknaben waren,
werden auch bald pleite sein.

Oder kommt verfrüht das Hoffen?
Denn das Ländchen, das betroffen,
ist nicht groß und lässt sich leicht
ohne neue Machenschaften
unterm Rettungsschirm verkraften –
also wieder nichts erreicht!

Darum heißt es dranzubleiben
und gezielt voranzutreiben,
was im Sinn der Hochfinanz,
ist das Werk ja erst vollendet,
wenn der Kontinent verpfändet
und verkauft ist gar und ganz ...

Pannonicus